

fonction publique

numéro 288
janvier 2026
58^e année
paraît 4 fois par an

CGFP
Organe de la Confédération Générale
de la Fonction Publique



KI muss dem Menschen dienen – nicht umgekehrt!

Der digitale Wandel und die künstliche Intelligenz verändern die Arbeitswelt rasant – doch die Verantwortung liegt letztlich beim Menschen. KI darf bestehende geschlechts-spezifische Ungleichheiten nicht verstärken, lautete die Schlüsselbotschaft der von CGFP und CESI im Rahmen des europäischen Projekts „eQualPro“ organisierten Fachtagung „Gleichstellung am Arbeitsplatz in Europa“.

Diskriminierung, verdeckte Leistungskontrollen durch KI und die Benachteiligung von Frauen in MINT-Berufen müssen verhindert werden. Flexible Arbeitsmodelle, digitale Schulungen und gezielte Förderprogramme sollen Frauen stärken und Chancengleichheit sichern. Luxemburg und die EU setzen auf rechtliche Rahmenbedingungen, digitale

Kompetenzentwicklung und gezielte Förderung, um eine inklusive und faire Arbeitswelt zu gestalten.

Die Konferenz, prominent besetzt mit Spitzenpolitikern, Vertretern von Gewerkschaften und Institutionen machte deutlich: Digitalisierung darf keine neue Zwei-Klassen-Gesellschaft nach sich ziehen. Oberstes Ziel muss es daher sein, eine Arbeitswelt zu schaffen, in der Mensch und Technik Hand in Hand arbeiten. Die Gewerkschaften bleiben dabei ein zentraler Ansprechpartner, um Mitbestimmung, soziale Gerechtigkeit und Transparenz zu gewährleisten.

Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 6 und 7

KEIN AUSVERKAUF ÖFFENTLICHER AUFGABEN



Stockender Sozialdialog, Rentenreform, Steuerpolitik, Digitalisierung und Privatisierung öffentlicher Kernaufgaben: Auf der 59. CGFP-Vorständekonferenz wurde deutlich, welche politischen Weichen jetzt gestellt werden müssen. Die CGFP bezog klar Position gegen den schlechrenden Abbau staatlicher Verantwortung und warnte vor sozialen Fehlentwicklungen. Die diesjährige „Conférence des Comités“ machte deutlich: Ein handlungsfähiger Staat ist keine Option, sondern unverzichtbar für Demokratie und sozialen Zusammenhalt.

Mehr zu diesem Thema ab Seite 8

STEUERREFORM AUF DEM PRÜFSTAND



Die Steuerreform wird das System modernisieren und viele Haushalte spürbar finanziell entlasten. Die CGFP begrüßt diesen Schritt, warnt jedoch vor langfristigen Risiken: Unzureichende Übergangsfristen und ausgesetzte Indextranchen bei der Anpassung der Steuertabelle an die Inflation könnten die Kaufkraft vieler Bürgerinnen und Bürger schmälern. Zudem bleiben bei der Umsetzung dieses ehrgeizigen Vorhabens zahlreiche Details offen. Die CGFP bleibt wachsam, um die Interessen der Steuerpflichtigen zu sichern.

Mehr zu diesem Thema auf Seite 5

PERIODIQUE

POST
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/141



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

OUVERT
LE SAMEDI MATIN



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg

Tél. 47 00 47-1 • e-mail: info@luxvoyages.lu

Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

EDITORIAL



Kein Luxus

„Ein neues Jahr hat begonnen und damit auch eine Zeit voller neuer Chancen, Vorsätze und Hoffnung, die sich oft in Wünschen nach Glück, Gesundheit und Erfolg für die kommenden 365 Tage ausdrückt, mit dem Ziel, Altes hinter sich zu lassen und das Beste aus dem neuen Kapitel zu machen. Man blickt auf das Vergangene zurück, begrüßt das Neue mit offenen Armen und startet mit frischem Mut, sei es mit festen Plänen oder einfach mit dem Wunsch nach mehr Erlebnissen und Freude.“

Besser könnten die Wünsche zum Neuen Jahr wohl kaum formuliert sein. Und dabei stammen diese einleitenden Sätze nicht etwa von einem geliebten Mitmenschen, sondern schlicht und ergreifend... von der KI!

Dass sich die künstliche Intelligenz allmählich in vielen Bereichen unseres täglichen Lebens bemerkbar macht, ist mittlerweile bekannt. Ob in der Verwaltung oder in der Privatwirtschaft, künstliche Intelligenz und Digitalisierungsbestrebungen – laut Wörterbuch Prozesse zur Umwandlung analoger Informationen in digitale Formate, die von Rechnern verarbeitet, gespeichert und übertragen werden können – sind fester Bestandteil unseres alltäglichen Lebens geworden und kaum noch aufzuhalten.

Dass der öffentliche Dienst sich diesem „technischen Fortschritt“ nicht verschließen darf, wenn er denn mit Bereichen aus der Privatwirtschaft Schritt halten möchte, steht dabei außer Frage. „Veränderungsbereitschaft ist 2026 der Schlüssel zu allem“, hieß es in diesem Kontext etwa auch bei dem Mitte Januar in Köln stattgefundenen Gewerkschaftstag der CGFP-Partnerorganisation, des dbb beamtenbund und tarifunion. Entscheidend ist dabei allerdings, dass der Mitarbeitende immer noch die Kontrolle über die KI behält – und nicht umgekehrt! Digitalisierung und Modernisierung dürften keinesfalls auf Kosten der Beschäftigten gehen, so die klare Botschaft aus Köln, wo ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, dass die so wichtige Modernisierung der Gesellschaft nur *mit* den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gelinge – und nicht *ohne* sie.

Was für Deutschland zählt, gilt in ganz besonderem Maße auch für ein kleines Land wie Luxemburg. Verwaltungsmodernisierung muss in erster Linie Entlastung für die Beschäftigten bedeuten, darf keinesfalls aber als Ersatz für die Mitarbeitenden betrachtet werden.

Diese Auffassung vertritt im Übrigen auch die luxemburgische Ministerin für Digitalisierung, Stéphanie Obertin, die jüngst anlässlich einer in den CGFP-Räumlichkeiten durchgeführten CGFP/CESI-Fachtagung deutlich machte, dass die „digitale Transformation“ nur Sinn ergebe, „wenn sie menschlich, sozial und inklusiv“ gestaltet sei.

Auch für Beamtenminister Serge Wilmes müsse die Digitalisierung „als Hebel genutzt werden, um eine gerechtere und inklusive Verwaltung weiter auszubauen“, und das mit den Mitarbeitenden – nicht ohne sie und schon gar nicht gegen sie (siehe hierzu unsere Berichterstattung ab Seite 6).

Und CGFP-Präsident Romain Wolff hatte bereits vor der CGFP-Vorständekonferenz im vergangenen Dezember deutlich gemacht, dass KI wohl eine wertvolle Unterstützung bieten könne, auch für den öffentlichen Dienst, es in letzter Instanz aber noch immer der Mensch sein müsse, der letztlich die Entscheidungen treffe (siehe unseren ausführlichen Beitrag ab Seite 8). Dass gerade auch uns Gewerkschaften eine große Verantwortung zukommt, darf dabei nicht außer Acht gelassen werden. „Die Gewerkschaften stehen vor einer doppelten Aufgabe: Sie müssen den Wandel aktiv gestalten, gleichzeitig aber Sicherheit für die Beschäftigten gewährleisten“, bringt es CESI-Generalsekretär Klaus Heeger in seinem Gastbeitrag in dieser „fp“-Ausgabe treffend auf den Punkt (siehe Seite 17).

Alles andere wäre fatal und würde mit verhängnisvollen Folgen einhergehen. Denn: Dass der öffentliche Dienst – und damit seine Mitarbeitenden – das Rückgrat der Gesellschaft bilden, zeigt sich nicht nur in schwierigen Situationen wie beispielsweise während der COVID-19-Pandemie, sondern gleichermaßen auch in unserem Alltag. „Der öffentliche Dienst ist Garant der Demokratie“, bringt

es CGFP-Präsident Romain Wolff in seinen Verlautbarungen immer wieder auf den Punkt. Und das völlig zu Recht. Dabei darf das Rückgrat aber nicht überlastet werden, wie auch aus den unzähligen Wortmeldungen anlässlich der dbb-Tagung mehrfach deutlich hervorging. Die Politik müsse aufhören, von den Beschäftigten stets mehr zu verlangen – und ihnen immer weniger zu geben, so die ganz klare Botschaft aus Köln.

In einer Zeit, in der die Politikverdrossenheit zunimmt, rechtsextreme Ideologien auch in weiten Teilen unseres Kontinents an Einfluss gewinnen und Entwicklungen von außen auch für das kleine Luxemburg Gefahren bergen, ist ein starker öffentlicher Dienst schlicht unabdingbar. Gerade unter diesen Umständen braucht es einen öffentlichen Dienst, der unabhängig arbeitet, nicht käuflich ist, entsprechend gut aufgestellt ist und somit als Garant für Stabilität und Verlässlichkeit, ja für Rechtsstaatlichkeit und sichere Verhältnisse gilt.

Und genau aus diesem Grunde wehrt sich die CGFP seit jeher völlig zu Recht mit aller Entschlossenheit gegen jede Privatisierungstendenzen im öffentlichen Dienst. Die Verwaltung hat einen anderen Auftrag als die Privatwirtschaft. Sie gilt als moderner Dienstleister, der nicht gewinnorientiert arbeitet, sondern ganz im Gegenteil ungeachtet von Profitgier voll und ganz im Dienst der Bürgerinnen und Bürger im Lande steht. Das ist oberstes Gebot – auch mit Blick auf die gegenwärtigen Privatisierungstendenzen in einem doch so hochempfindlichen Bereich wie dem der Gesundheitspolitik.

Denn wie hieß es einst schon so treffend am Rande der Tarifverhandlungen in unserem Nachbarland Deutschland: Der öffentliche Dienst ist kein Luxus. Er bildet die Grundlage unserer Gesellschaft. Und dessen sollte sich auch die Luxemburger Politik wieder bewusst werden!

**Steve Heiliger,
CGFP-Generalsekretär**

„Bereit für Veränderungen, bereit für die Zukunft“ dbb-Gewerkschaftstag mit luxemburgischer Beteiligung in Köln

Traditionsgemäß fand zum Jahresanfang wieder der Gewerkschaftstag der CGFP-Partnerorganisation, des dbb beamtenbund und tarifunion, in Köln statt. Neben CGFP-Präsident Romain Wolff und Generalsekretär Steve Heiliger nahm auch der Vorsitzende des CGFP-Kooperationspartners, der FGFC, Claude Reuter, an der zweitägigen Tagung teil.

Hochkarätige Tagungsteilnehmer wie u.a. Bundesinnenminister Alexander Dobrindt, der Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung, Karsten Wildberger, und der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Hendrik Wüst, erörterten dabei weitreichende Vorhaben im Zuge einer umfassenden Modernisierungsagenda für Staat und Verwaltung angesichts der geopolitischen Herausforderungen.

Dabei wurde vor allem eins klar: Nur ein starker öffentlicher Dienst ist und bleibt die Grundlage für einen funktionierenden Rechtsstaat. Und dafür müsse in erster Linie das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Staates wieder gestärkt werden.

„Gerade erst mussten Bürgerinnen und Bürger am eigenen Leib erfahren, wie anfällig unsere kritische Infrastruktur, wie unzureichend die Vorbereitung auf den Ernstfall ist“, sagte der dbb-Bundesvorsitzende, Volker Geyer, mit Blick auf



Am Rande des dbb-Gewerkschaftstages in Köln: CGFP-Präsident Romain Wolff und CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger beim Austausch mit Bundesinnenminister Alexander Dobrindt und dbb-Chef Volker Geyer (v.l.n.r.)

das Strominfrastruktur-Attentat in Berlin. Das alles sei verheerend für das Vertrauen in den Staat. In solchen Situationen wollten die Bürgerinnen und Bürger – völlig zu Recht – Sicherheit, Verlässlichkeit, Schnelligkeit und Stabilität. Kurz: Ob bei Stromausfall oder Licht: Die Menschen

wollten sehen, dass der Staat funktioniere. Das gelte nicht nur im Krisenmanagement, sondern auch im Alltag. Staat und Bevölkerung müssten demnach krisenfester werden. Gerade der öffentliche Dienst habe in diesen komplexen Vorhaben eine entscheidende Rolle wahrzunehmen. Es

gehe schlicht und ergreifend darum, ein modernes Land aufzubauen. Weniger Warten, mehr Handeln. Weniger Bürokratie, mehr Innovation. „Sind wir bereit für Veränderung, dann sind wir bereit für die Zukunft“, lautete eine zentrale Botschaft aus Köln.

fp

**Kid's Plan**

Offrez à vos enfants la sécurité financière pour réaliser leurs projets futurs

Financer des études, une année à l'étranger ou encore une première voiture ?

Kid's Plan, le contrat d'assurance-vie qui vous permet d'aider vos enfants ou vos petits-enfants à démarrer dans la vie.

Une assurance 



CGFP Assurances S.A.

18, rue Érasme, L-1468 Luxembourg
Tél. 27 04 28 01, info@cgfp-assurances.lu

cgfp-assurances.lu

Die CGFP nimmt die am 6. Januar von der Regierung vorgestellte Steuerreform zur Kenntnis und begrüßt das übergeordnete Ziel, das luxemburgische Steuersystem zu modernisieren und die Haushalte erheblich finanziell zu entlasten. Die Einführung der einheitlichen Steuerklasse U, die unabhängig vom Familienstand gilt, stellt dabei einen wichtigen Schritt dar. Insbesondere Alleinerziehende und alleinstehende Personen werden von dieser Maßnahme profitieren.

Die CGFP befürwortet, dass die Reform das Steuersystem transparenter und einfacher gestalten soll. Besonders wichtig ist die weitgehende Abschaffung von Voraus- und Nachzahlungen, die in der Vergangenheit viele Haushalte unvorbeireitet finanziell belastet haben. Mit der Aufhebung der gemeinsamen Steuererklärungspflicht für Ehepartner werden bürokratische Hürden abgebaut und Betroffene in schwierigen Situationen deutlich entlastet.

Trotz dieser positiven Ansätze sieht die CGFP weiterhin zahlreiche offene Fragen, die einer sorgfältigen Prüfung bedürfen. Von Beginn an machte der Dachverband aller öffentlich Bediensteten deutlich, dass es zu keiner Verschlechterung der Haushalte kommen dürfe – eine klare Position, die auch anlässlich der CGFP-Vorständekonferenz im Dezember erneut bekräftigt wurde. Diese zentrale Forderung fand bei der Regierung Gehör: Bei der Vorstellung der Steuerreform betonte der Finanzminister mehrmals, dass künftig niemand mehr Steuern zahlen werde als jetzt.

Steuerreform mit Verlierern?

Die Darstellung der Regierung spiegelt jedoch nicht unbedingt die tatsächliche Situation wider. Nach aktuellem Stand könnte die Steuerreform auf lange Sicht durchaus Verlierer hervorbringen. Besonders Haushalte mit nur einem Einkommen oder mit großen Gehaltsunterschieden, die zurzeit der Steuerklasse 2 angehören, würden beim Wechsel in die neue Steuerklasse U schlechter dastehen. Um diese Härtefälle abzufedern, schlägt die Regierung eine Übergangsfrist von 25 Jahren vor.

Die CGFP hatte bereits am 17. November in einem Gespräch mit Finanzminister Gilles Roth gefordert, dass die bisherigen Bedingungen für alle betroffenen Haushalte dauerhaft bestehen bleiben müssten. Zwar reagierte die Regierung nur wenige Tage später, indem sie die Übergangsfrist von 20 auf 25 Jahre verlängerte – aus Sicht der CGFP ist dies jedoch unzureichend.

Ein anschauliches Beispiel: Eine Person, die beim Inkrafttreten der Reform 25 Jahre alt ist, würde nach dem Ablauf der Übergangsfrist im Alter von 50 Jahren deutlich höhere Steuern zahlen – ausgegerechnet in der „Rush Hour“ des Lebens, wenn Kredite abbezahlt werden müssen und Kinder in der Ausbildung sind. Die CGFP warnt daher: Ohne dauerhafte Regelung drohen für Steuerpflichtige, die sich in einer solchen Situation befinden, später erhebliche finanzielle Nachteile.

Am 7. Januar zeigte sich der Finanzminister in der RTL-Sendung „Invité vun der Redaktioun“ offen für eine zeitlich unbegrenzte Übergangsregelung: „Wamer e rechtliche Wee fannen, do muss och de Conseil d'Etat matspillen, fir dat op onbegrenzten Zäit ze maachen, da maache mir dat selbstverständliche(...) Ech wier dee Leschten, deen sech deem géif widersetzen, ech géif mech souguer doriwwer freeën.“ Erfahrungen zeigen, dass eine unbefristete Übergangsregelung rechtlich möglich ist; vergleichbare Präzedenzfälle existieren bereits.

Der Ressortminister erklärte der Presse, dass künftig Maßnahmen ergrif-



fen werden sollen, um den Wechsel in die Steuerklasse U attraktiv zu gestalten, ohne Zwang für die Betroffenen. Aufgabe der kommenden Regierungen werde es sein, entsprechende Anreize zu schaffen, damit ein freiwilliger Umstieg zur einheitlichen Steuerklasse erfolge. Die CGFP wird diesen Prozess kritisch begleiten und bei Bedarf entschlossen intervenieren, um die Interessen der Haushalte zu schützen.

Für Personen, die die Voraussetzungen für eine vorzeitige Altersrente erfüllen und freiwillig bis zum Alter von 65 Jahren berufstätig bleiben, wird ein neuer Steuerfreibetrag für die Weiterbeschäftigung eingeführt (AMVP: „Abattement de maintien dans la vie professionnelle“). Diese Maßnahme ermöglicht eine Verringerung des steuerpflichtigen Einkommens um bis zu 9.000 Euro pro Jahr (750 Euro pro Monat).

Finanzminister Gilles Roth bezeichnete diese Regelung in der Sitzung des parlamentarischen Finanzausschusses am 28. Oktober als „sozial gerecht“, da Personen mit geringem Einkommen proportional am meisten profitieren. Ein Steuerzahler mit einem steuerpflichtigen Einkommen von 50.000 Euro in der Steuerklasse 1 muss ohne Freibetrag 7.854 Euro Steuern zahlen, mit Freibetrag jedoch nur noch 4.820 Euro – eine Ersparnis von 3.034 Euro. Die Steuerbemessungsgrundlage sinkt damit von 50.000 Euro auf 41.000 Euro. Bei einem Einkommen von 100.000 Euro ergibt sich eine jährliche Ersparnis von 3.756 Euro; diese höhere absolute Summe wird jedoch relativiert, da die Gesamtsteuerlast von 24.881 Euro nach wie vor höher ist als bei einem Einkommen von 50.000 Euro.

Finanzieller Bonus allein reicht nicht

Die Schaffung steuerlicher Vorteile für pensionsberechtigte Personen wirft die Frage auf, welche politischen Maßnahmen ältere Beschäftigte dauerhaft im Arbeitsleben halten sollen. Denn die Realität zeigt einen besorgniserregenden Trend: Beschäftigte, die ein bestimmtes Alter erreichen, werden aus unterschiedlichsten Gründen – häufig auch aus Kostengründen, da ihre Gehälter höher ausfallen – systematisch aus den Betrieben und somit aus dem Arbeitsprozess gedrängt. Fehlen gezielte Schutzmechanismen bleibt die AMVP-Maßnahme ein Stückwerk – finanziell belohnend, aber ohne echte Sicherheit. Die CGFP fordert daher konkrete Maßnahmen, die ältere

Ein Teil der Finanzierung erfolgt nicht über neue staatliche Mittel, sondern durch die nicht vollständige Anpassung der Steuertabelle an die Inflation. Eine echte Entlastung der Bürgerinnen und Bürger sieht anders aus. Konkret werden die noch ausstehenden zweieinhalb Indextranchen, die für eine vollständige Inflationsanpassung der Steuertabelle notwendig wären, zur Finanzierung der Steuerreform herangezogen. Außerdem sollen alle Indextranchen, die bis zum 1. Januar 2028 eintreten, ebenfalls dafür genutzt werden. Dies bedeutet nichts anderes, als dass den Bürgern zustehende Inflationsanpassungen geopfert werden, um die Reform umzusetzen, die ihnen gleichzeitig als Vorteil verkauft wird.

Kaufkraft sichern statt politischer Finanztricks

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist dieses Vorgehen problematisch und aus Sicht der CGFP dürfte hier das letzte Wort noch nicht gesprochen sein. Die Beschäftigten haben in den vergangenen Jahren bereits Einkommensverluste erlitten, weil die Steuertabelle nicht zu 100 % an die Inflation angepasst wurde. Diese Kaufkraftverluste sind real. Werden die ausstehenden Anpassungen zur Finanzierung der Steuerreform genutzt, entsteht ein klarer Verteilungseffekt auf Kosten der Bevölkerung: Einerseits wird Entlastung versprochen, andererseits wird diese durch zuvor entstandene Einbußen wieder relativiert.

Eine Steuerreform darf nicht nach dem Prinzip funktionieren, den Menschen zuerst etwas wegzunehmen, um es ihnen später teilweise wieder zurückzugeben. Indexanpassungen dienen dem Ausgleich der Inflation und dürfen nicht als Finanzierungsreserve für politische Reformen missbraucht werden. Inflationsausgleich ist kein politisches Geschenk, sondern ein notwendiger Schutz der Kaufkraft.

Die Steuerreform soll den Abgeordneten im kommenden Herbst zur Abstimmung vorgelegt werden. Für die Umsetzung wird der zuständigen Verwaltung anschließend ein Zeitraum von einem Jahr eingeräumt. Der Finanzminister hat öffentlich erklärt, dass im weiteren Gesetzgebungsverfahren noch Änderungen möglich sind. Die CGFP wird ihn an diese Aussage erinnern und den Dialog mit der Regierung weiterhin aktiv führen, um darauf zu achten, dass die Reform sozial gerecht, nachvollziehbar und transparent umgesetzt wird.

Max Lemmer



eQUALPRO

CGFP und CESI laden zu einer Fachtagung ein

KI darf nicht über Gerechtigkeit entscheiden

Chancengleichheit am Arbeitsplatz ist kein Selbstläufer, sondern das Ergebnis kontinuierlicher gewerkschaftlicher und politischer Arbeit. Auf einer Fachkonferenz der CGFP und der Europäischen Union Unabhängiger Gewerkschaften (CESI), die am 15. Januar im Rahmen des europäischen Projekts „eQualPro“ in Luxemburg stattfand, stand die EU-Gleichstellungspolitik im Mittelpunkt. Unter dem Motto „Gleichstellung am Arbeitsplatz in Europa: die Vergangenheit ehren, die Gegenwart gestalten, die Zukunft bauen“ diskutierten die Teilnehmer darüber, welche Chancen der digitale Wandel und die künstliche Intelligenz für eine gerechte und inklusivere Arbeitswelt bieten.

Carmen JAFFKE
(CGFP-Verwaltungsrat)
führte als Moderatorin
durch die Fachtagung.



Die gut besuchte Veranstaltung war mit prominenten Persönlichkeiten aus Politik, Institutionen und Arbeitnehmervertretungen erstklassig besetzt. Unter den Teilnehmenden waren Parlamentspräsident Claude Wiseler, die Minister Serge Wilmes (öffentlicher Dienst) und Stéphanie Obertin (Digitalisierung), die Vertreterin der EU-Kommission in Luxemburg, Anne Calteux, sowie Mona Guirsch, Präsidentin der Berufskammer aller öffentlich Bediensteten.

Romain Wolff, Präsident der CGFP und der CESI, hob zu Beginn die wachsende Bedeutung der künstlichen Intelligenz als zentrales Thema der Konferenz hervor. Laut einer Studie der nationalen Statistikbehörde STATEC werde KI rasant voranschreiten und schon in diesem Jahr die Arbeit vieler Berufe spürbar verändern.

Die Ergebnisse seien eindeutig: Etwa 15 % der Arbeitsplätze könnten potenziell

„KI kann handeln, aber die Verantwortung bleibt beim Menschen, der in letzter Instanz entscheiden muss.“
Romain WOLFF

automatisiert werden. Besonders betroffen seien junge Frauen, die häufiger in Verwaltung und Verkaufstätig seien – alles Bereiche, in denen KI Aufgaben eher ersetzt als ergänzt.

Mensch vor Maschine

Eine zentrale Frage bleibe die digitale Kompetenz: Laut STATEC würden nahezu neun von zehn Beschäftigten von den Veränderungen betroffen sein. Zwar werde nicht jeder seinen Arbeitsplatz verlieren, doch die Art und Weise, wie die Arbeit erledigt wird, werde sich rapide verändern.

„Wer Routinearbeiten verrichtet, spürt den Druck der KI zunehmend, wer jedoch komplexe Tätigkeiten ausführt, erhält durch KI eine zusätzliche Unterstützung“, fasste Wolff zusammen. Abschließend

betonte er: „KI kann handeln, aber die Verantwortung bleibt beim Menschen, der in letzter Instanz entscheiden muss.“

CESI-Generalsekretär Klaus Heeger würdigte in seiner Rede die Verdienste der Europäischen Union bei der Förderung der Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt. Dabei nannte er mehrere zentrale Richtlinien, darunter die Direktive über „gleiche Chancen und Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf“, die Gleichstellungsstellen stärkt, ihre Aufgaben klarer definiert und Diskriminierung am

„Die Gewerkschaften sind entscheidend für den Erfolg der europäischen Arbeit.“
Klaus HEEGER

Arbeitsplatz effektiver bekämpfen soll; die „Women on Boards“-Richtlinie, die darauf abzielt, die „gläserne Decke“ in den Chefetagen börsennotierter Unternehmen zu durchbrechen; sowie die Richtlinie zur „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“, die sicherstellt, dass Eltern und pflegende Angehörige Mindestrechte erhalten, um Familie und Beruf besser zu vereinbaren.

Darüber hinaus unterstrich Heeger, wie wichtig die nationale Umsetzung dieser EU-Vorgaben sei: „Für den Erfolg der europäischen Arbeit ist entscheidend, dass die nationalen Gewerkschaften – allen voran die CGFP – darauf achten, dass die Richtlinien tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden.“ Die enge Zusammenarbeit zwischen Brüssel und den nationalen Organisationen sei ein entscheidender Faktor.

Wo steht Luxemburg?

Im Anschluss daran wies CGFP-Rechtsberaterin Stevie Kosch darauf hin, wie die EU die Gleichstellung konsequent vorangetrieben hat: von den wirtschaftlich motivierten Anfängen im Vertrag von Rom über erste Richtlinien zu gleicher Bezahlung, Arbeitsbedingungen und So-

„In der EU weist Luxemburg den höchsten Anteil von Frauen in Niedriglohnsektoren.“
Stevie KOSCH

zialversicherung bis hin zu Gender Mainstreaming, der Charta der Grundrechte und aktuellen Initiativen wie Work-Life-Balance-, Pay-Transparency- und Gender-Balance-Richtlinien.

Die Frauen seien stärker erwerbstätig als zuvor, verdienten aber im Durchschnitt nur 80 % des Einkommens ihres Partners und übernahmen weiterhin den Großteil der unbezahlten Fürsorgearbeit. Bei der Altersvorsorge liege die geschlechtsspezifische Rentenlücke bei 33 %, im EU-Durchschnitt bei 25 %. Luxemburg weise zudem mit 38 % den höchsten Anteil von Frauen in Niedriglohnsektoren in der EU auf.

Auch auf europäischer Ebene würden weiterhin erhebliche Herausforderungen bestehen, schlussfolgerte Kosch. Gender-Pay- und Rentenlücken, Betreuungsverpflichtungen, Unterrepräsentation in Entscheidungspositionen und geschlechtsspezifische Gewalt würden die tatsächliche Gleichstellung nach wie vor einschränken. Dies zeige, dass starke rechtliche Rahmenbedingungen allein nicht ausreichen, sondern nur in Verbindung mit einer konsequenten Umsetzung, einer wirksamen Durchsetzung und einem dauerhaften politischen Engagement Wirkung entfalten.

„KI darf vergangene und bestehende Ungerechtigkeiten nicht in die digitale Welt übertragen.“
Serge WILMES

Keine Wiederholung alter Rollenbilder

Als erster Gastredner sprach Serge Wilmes, Minister des öffentlichen Dienstes, über die Bedeutung einer modernen und inklusiven Verwaltung verdeutlichte. Noch immer seien einige Berufe nicht geschlechtsneutral besetzt. Die Stereotypen würden vielerorts bestimmen, wer welchen Job ausübe. „KI darf vergangene und bestehende Ungerechtigkeiten nicht in die digitale Welt übertragen“, mahnte Wilmes. Künstliche Intelligenz müsse vielmehr ein Hebel für eine gerechtere, inklusivere Verwaltung sein.

Trotz unbestreitbarer Fortschritte beständen noch Ungleichgewichte, räumte der Minister ein: Der Staat beschäftigte fast 39.000 Menschen (Stand: Dezember 2025), davon 53,4 % Frauen und 46,7 % Männer. In einzelnen Bereichen falle das Verhältnis sehr unterschiedlich aus: Im Bildungswesen z.B. würden die Männer nur 31,7 % des gesamten Personals darstellen, im Bereich der öffentlichen Gewalt dagegen 80,6 %. Im Justizwesen zeige sich eine ausgeglichene Verteilung. Teilzeit werde nach wie vor überwiegend von Frauen genutzt, deren Anteil bei fast 80 % liege. Staatliche Führungspositionen seien nach wie vor größtenteils den

Männern vorbehalten – nur 35,9 % der 478 leitenden Posten seien von Frauen besetzt

Digitalisierung biete Chancen, diese Ungleichheiten zu verringern. Flexible Arbeitszeitmodelle, Homeoffice und digitale Tools könnten die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben erleichtern – vorausgesetzt, dass Risiken wie die steigende Belastung durch unbezahlte Arbeit und die Verwischung der Grenzen zwischen Job und Freizeit berücksichtigt werden. Das Recht auf Abschalten („droit à la déconnexion“) werde künftig gesetzlich im Statut der Staatsbediensteten verankert

Zudem betonte der Minister, dass gezielte Aus- und Weiterbildungen entscheidend seien, um den digitalen Wandel erfolgreich zu gestalten. Rund 2.000 Staatsbedienstete hätten allein im vergangenen Jahr an Schulungen teilgenommen. Ein gerechter Zugang zu digitaler Kompetenzentwicklung sei insbesondere für Frauen essenziell, um die Gleichstellung aktiv zu fördern.

KI und digitale Technologien könnten die Effizienz steigern, Innovationen vorantreiben und die Attraktivität des öffentlichen Dienstes erhöhen – doch nur, wenn sie verantwortungsvoll und inklusiv eingesetzt würden.

Als nächste Gastrednerin stellte die Ministerin für Digitalisierung, Stéphanie Obertin, die Leitlinien einer inklusiven Digitalstrategie vor. Aufgabe ihres Ministeriums sei es in erster Linie sicherzustellen, dass niemand zurückgelassen werde: „Digitale Inklusion ist kein Luxus, sondern eine grundlegende Voraussetzung für gleichberechtigte Chancen und sozialen Zusammenhalt“, so Obertin. Ziel sei es, allen Menschen die Möglichkeit zu geben, aktiv an der digitalen Gesellschaft teilzuhaben – unabhängig von Alter, Bildung, Einkommen oder individuellen Fähigkeiten.

„Digitale Inklusion ist kein Luxus, sondern eine grundlegende Voraussetzung für sozialen Zusammenhalt.“
Stéphanie OBERTIN



Gefahr einer digitalen Zwei-Klassen-Gesellschaft

Die Ministerin betonte, dass die digitale Inklusion kein einmaliger Vorgang sei, sondern ein kontinuierlicher Prozess. „Wer die digitalen Instrumente nicht versteht, kann sie auch nicht richtig nutzen“, erklärte sie. Gleichzeitig müsse gewährleistet sein, dass alternative Angebote für diejenigen bestehen, die digitale Dienstleistungen nicht in Anspruch nehmen können oder wollen.

Die Zahlen, die das zuständige Ministerium seit 2022 erhebt, würden die Notwendigkeit solcher Maßnahmen verdeutlichen: Fast alle Luxemburgerinnen

und Luxemburger würden das Internet nutzen, doch nur 60 % verfügten über digitale Grundkompetenzen. Rund ein Viertel der Nutzer habe erhebliche Schwierigkeiten mit administrativen Abläufen im Netz. Ohne gezielte Maßnahmen drohe eine digitale Zwei-Klassen-Gesellschaft – ein Risiko, das der gesamten Gesellschaft schade, so Obertin.

Auf EU-Ebene sollen bis 2030 rund 80 % der Erwachsenen über digitale Grundkompetenzen verfügen. Gleichzeitig soll die soziale Spaltung zwischen den Regionen und den sozialen Gruppen deutlich verringert werden. Um diese europäischen Ziele zu erreichen, sei im vergangenen Jahr der zweite nationale Aktionsplan für digitale Inklusion verabschiedet worden, fuhr die Ministerin fort. Dieser Plan, der bis 2030 läuft, umfasste 36 Ziele und 249 konkrete Maßnahmen. Drei neue Prioritäten stünden dabei besonders im Fokus: die Koordination digitaler Initiativen zu verbessern, digitale Lösungen zu stärken und alternative Angebote aufrechtzuerhalten.

Abschließend pochte Obertin darauf, dass Digitalisierung nur dann sinnvoll sei, wenn sie menschlich, sozial und inklusiv gestaltet werde. Sie sei ein essenzieller Bestandteil des modernen Zusammenlebens und müsse allen Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen.

Deontologische Leitplanken für KI

Parlamentspräsident Claude Wiseler brachte den rechtlichen und institutionellen Blickwinkel in die Diskussion ein. Im Fokus standen die Rolle des Gesetzgebers und die demokratische Verantwortung, den Schutz der Gleichstellung auch im digitalen Raum sicherzustellen. Arbeit, Wissenszugang und Familienleben hätten sich durch die Digitalisierung grundlegend verändert.



„Die Digitalisierung erfordert politische Maßnahmen, um klare deontologische Leitplanken zu setzen.“

Claude WISELER

Wiseler warnte vor den Risiken der künstlichen Intelligenz und wies darauf hin, dass Algorithmen bestimmte Informationen gezielt steuerten. Nutzer erhielten dadurch nur eine begrenzte Auswahl an Inhalten, wodurch sich eine Art gesellschaftliche Isolation entwickle. Dies öffne Tür und Tor für Manipulationsmöglichkeiten, wie sie in diesem Ausmaß früher nicht bestanden hätten.

Erschwerend hinzu komme, dass KI zwar manche Abläufe erleichtere, zugeleich jedoch teilweise Entscheidungsprozesse vom Menschen auf die Technik übertragen würden. So seien beispielsweise dem Parlament Anwendungsprogramme angeboten worden, die bei Personalentscheidungen Hilfe leisten sollen. Wiseler erklärte, dass dies ein gefährlicher Schritt sei, da der Mensch hier Verantwortung abtrete.

Die Digitalisierung erfordere politische Maßnahmen, um klare deontologische Leitplanken zu setzen. In diesem Zusammenhang hob er die Bedeutung des „Digital Act“ hervor, der Online-Plattformen stärker in die Verantwortung nehme, wenn diese illegale Inhalte verbreiten.

Gleichstellung bleibe ein zentrales Thema in Luxemburg. Seit 2006 sei sie in der Verfassung verankert, und seither habe der Staat zahlreiche Maßnahmen umgesetzt – von Antidiskriminierungsge setzen über das Gesetz zur Gleichstellung am Arbeitsplatz bis hin zu Regelungen für Verwaltungsräte großer Unternehmen.

Auch das Parlament habe eigene Initiativen ergriffen und 2024 einen internen Gender-Audit in Auftrag gegeben. Demnach würden die Frauen die Hälfte des parlamentarischen Personalbestands ausmachen. Viele Führungspositionen würden gezielt mit Frauen besetzt, während Ausbildungen zur Gleichstellung konsequent durchgeführt würden.

Dennoch gebe es weiterhin Handlungsbedarf: Die politischen Ämter seien immer noch vorwiegend von Männern besetzt. Lediglich 21 der insgesamt 60 Abgeordneten seien Frauen. Zudem würden junge Frauen auf Hürden stoßen, etwa während der Schwangerschaft. In diesem Zusammenhang würden nun Diskussionen über das Statut der Volksvertreter geführt, mit dem Ziel, auch jungen Frauen den Zugang zu einem Abgeordnetenmandat zu erleichtern.

Digitalisierung braucht Frauenpower

Anne Calteux, Vertreterin der EU-Kommission in Luxemburg, schilderte, wie die EU im Rahmen der digitalen Dekade und der Regulierung künstlicher Intelligenz die Gleichstellung der Geschlechter gezielt unterstützt. Europa habe bei der Digitalisierung und der Innovation gegenüber den USA und China an Boden verloren. Entscheidend sei nun, dass dieser Abstand nicht weiter anwachse. Dafür müssten alle Bürgerinnen und Bürger über digitale Basiskompetenzen verfügen, die nicht nur in der Schule vermittelt, sondern im Verlauf der gesamten beruflichen Laufbahn durch gezieltes „Up- und Reskilling“ kontinuierlich weiterentwickelt würden.

Calteux warnte zugleich vor Rückschritten bei der Gleichstellung. Die europäische Gleichstellungsstrategie, die Ende 2025 ausgelaufen sei, werde derzeit überarbeitet – in einem politischen Klima, das von Populismus und rechtsextremen Tendenzen geprägt sei. Viele Errungenschaften stünden zunehmend unter Druck. Ziel der neuen Strategie sei es, bestehende und historische Ungleichheiten nicht zu verstetigen, sondern konsequent abzubauen.

Besonders deutlich mache sich der Handlungsbedarf im Bereich der digitalen Berufe bemerkbar, stellte Calteux klar. Frauen stellten zwar 51 % der EU-Bevölkerung, nur 36 % würden jedoch einen Abschluss in einem MINT-Fach (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) besitzen. In der Informatik liege ihr Anteil bei nur 17 %. Seit 2015 seien diesbezüglich kaum Fortschritte erzielt worden. Der Status quo sei keine Option. Das digitale „Gender Gap“ müsse verringert und im Idealfall langfristig überwunden werden.

Die EU stelle hierfür erhebliche Mittel bereit. Luxemburg habe in den vergangenen fünf Jahren rund 30 Millionen Euro aus den europäischen Fonds für



die digitale Transformation erhalten. Ergänzend dazu fördere das Programm „Women Tech EU“ von Frauen geführte Start-ups, indem es Mentoring, Coaching und einen erleichterten Zugang zu Investitionen anbiete – ein notwendiger Ausgleich, da die Frauen bei der Kreditvergabe weiterhin von den Banken benachteiligt würden.

Auch beim Einsatz künstlicher Intelligenz verfolge die EU einen wertebasierten Ansatz, bei dem der Mensch im Mittelpunkt stehe. Der AI-Act schaffe klare Regeln, um diskriminierende Algorithmen zu kontrollieren und Plattformen in die Verantwortung zu nehmen. Frauen

„Frauen sollen digitale Instrumente nicht nur nutzen, sondern aktiv an deren Entwicklung beteiligt sein.“

Anne CALTEUX



sollten digitale Instrumente nicht nur nutzen, sondern aktiv an deren Entwicklung und Governance beteiligt sein.

„Chancengleichheit ist ein „Must-have“, schlussfolgerte Anne Calteux. Ziel sei es, gemeinsam mit den EU-Mitgliedstaaten an der Spitze des digitalen Wandels zu stehen und langfristig eine Gesellschaft zu fördern, in der sich jeder privat wie beruflich bestmöglich entfalten könne.

Die Fachtagung endete mit einer erstklassigen Podiumsdiskussion. Mit Blick auf die wachsende Rolle der künstlichen Intelligenz wurde u.a. der Frage nachgegangen, ob ausreichende Unterstützungsstrukturen zur Verfügung stehen. Marilène Marques, Mitglied des CGFP-Exekutivkomitees, wies darauf hin, dass der Einstieg in eine KI-Welt zunächst Ängste auslöse: Wie soll KI genutzt werden? Wann darf sie eingesetzt werden? Welche persönlichen Daten dürfen einfließen? Diese erste Etappe erfordere nicht nur klare gesetzliche Rahmenbedingungen, sondern vor allem eine verläss-

liche „Governance“, die den Einsatz und die Prozesse eindeutig regele. Angesichts der mit KI verbundenen Risiken sei daher ein grundlegender Kulturwandel erforderlich.

Welche Risiken birgt KI für die Rechte und die Arbeitsbedingungen der öffentlich Bediensteten? Und wie können der Staat als Arbeitgeber sowie die Gewerkschaften dem wirksam entgegenwirken?, lautete eine weitere Frage.

Mitarbeiterrechte statt KI-Überwachung

Es sei notwendig, dass die Gewerkschaften und Personalvertretungen frühzeitig in die Entscheidungen eingebunden würden, um Transparenz über den Einsatz von KI zu gewährleisten, unterstrich Mona Guirsch, Präsidentin der Berufskammer der öffentlich Bediensteten: „KI darf nicht zur verdeckten Leistungskontrolle genutzt werden.“ Praktiken wie die Überwachung der Tipgeschwindigkeit auf Computern oder das Zählen von Tastaturanschlägen pro Minute seien inakzeptabel und müssten gesetzlich verboten werden.

Die Mitarbeiter dürften nicht aufgrund von KI-basierten Leistungskontrollen bewertet oder gar entlassen werden, nur weil sie sich nicht schnell genug an neue digitale Prozesse anpassen. Stattdessen sollte der Schwerpunkt auf Unterstützung und Motivation liegen. Eine Möglichkeit wäre z.B. die Einführung von Motivationsprämien, die Beschäftigte ermutigen sollen, sich digital weiterzuentwickeln.

Die Konferenz zeigte eindrücklich: Gleichstellung, Digitalisierung und gesetzliche Rahmenbedingungen gehören untrennbar zusammen. In den Diskussionen wurden viele Anregungen gesammelt, wie Verwaltung und digitale Gesellschaft so gestaltet werden können, dass Chancengleichheit, Mitbestimmung und Nachhaltigkeit nicht nur Ziele, sondern gelebte Realität werden. Den Abschluss bildete ein lockerer Austausch unter den Teilnehmern, bei dem die Gespräche vertieft wurden – ein echter Ideenaustausch, der nachwirkt.

Max Lemmer



Hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Gewerkschaften und Institutionen prägten die erfolgreiche Fachkonferenz durch lebhafte und inhaltlich fundierte Diskussionen.



59. CGFP-Vorständekonferenz

Privatisierung staatlicher Kernaufgaben: CGFP stellt sich quer

Von Gehälterverhandlungen über Rentenreform bis hin zu drohenden Privatisierungen im öffentlichen Dienst ganz allgemein und insbesondere im Gesundheitswesen: Für die CGFP war 2025 ein Jahr voller Herausforderungen. Dabei wurde einmal mehr deutlich: Sozialdialog ist kein Selbstläufer, faire Arbeitsbedingungen und soziale Errungenschaften müssen hart erkämpft und verteidigt werden. Wer den Staat schwächt, gefährdet nicht nur Arbeitsplätze, sondern die Demokratie selbst, lautete eine Kernbotschaft der CGFP auf der diesjährigen Conférence des Comités. Ein weiterer Schwerpunkt war die Steuerreform.

Genau 20 Jahre nach seiner ersten längeren Rede im Rahmen einer „Conférence des Comités“ begrüßte CGFP-Präsident Romain Wolff zu Beginn seiner Ansprache die rund 400 Delegierten und zahlreich erschienenen Abgeordneten. Lediglich déi Lénk sowie die Piraten glänzten hingegen durch ihre Abwesenheit. Besonders erfreut zeigte sich die CGFP-Führung darüber, Ehrensekretär Joseph Daleiden beim alljährlichen Treffen willkommen heißen zu dürfen.

Wolff bezeichnete 2025 als ein besonderes Jahr, in dem nicht nur der Thron-

wechsel ein zentrales Thema gewesen sei. Dabei ließ er die vergangenen ereignisreichen zwölf Monate Revue passieren. Auf nationaler Ebene habe die CGFP ein Gehälterabkommen mit einer zweijährigen Laufzeit unterzeichnet, das eine Vielzahl von Verbesserungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst beinhaltet. Aus den im März stattgefundenen Sozialwahlen sei der Dachverband der Staatsbedienten gestärkt hervorgegangen. Die im Rahmen der Rentenreform durchgeführte „Schwätz-mat“-Kampagne habe sich hingegen als „regelrechte Scheindebatte“ erwiesen.

2025 sei zudem ein Jahr gewesen, in dem Privatisierungen im Gesundheitsbereich die Schlagzeilen bestimmt hätten, weshalb die CGFP ein Schlichtungsverfahren habe einleiten müssen. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage, wann endlich das längst überfällige erste Treffen der Schlichtungskommission stattfinden werde. Generell sei der Sozialdialog in den vergangenen Monaten auf eine harte Probe gestellt worden. Die Tripartiten, also die Sozialrunden, seien leider ohne Übereinkunft abrupt von der Regierung beendet worden – sodass der Begriff „Sozialrunde“ zum Wort des Jahres erkoren werden könne, scherzte der CGFP-Präsident. Zum Jahresende seien zudem personelle Wechsel innerhalb der Regierung vollzogen worden. All diese Entwicklungen hätten Anlass zum Nachdenken gegeben.

Romain Wolff stellte fest, dass das Vertrauen in die Politik kontinuierlich abnehme, was kaum überrasche. Immer

mehr Menschen würden bemängeln, dass sich die politisch Verantwortlichen nicht mehr ausreichend um ihre Anliegen kümmern. Dieser Umstand spiele (rechts-)populistischen Parteien – auch auf europäischer Ebene im EU-Parlament – zunehmend in die Karten, was alles andere als positiv sei.

An dieser Stelle machte der CGFP-Präsident deutlich: „Zuhören und anschließend dennoch das tun, was man ohnehin vorhat, entspricht nicht der Art von echtem Sozialdialog, wie wir uns das vorstellen.“

Kein blinder Gehorsam

In einer parlamentarischen Demokratie wie Luxemburg seien die gewählten Volksvertreter dazu da, Entscheidungen im Interesse des Landes und seiner Bürger zu treffen – völlig unabhängig von parteipolitischen Vorgaben.

Sollte eine Regierung also eine Reform gegen die Interessen von Land und Bevölkerung initiieren, müssten die Abgeordneten diese ablehnen. Leider sei dies heutzutage nicht der Fall, da die Mitglieder der parlamentarischen Mehrheit viel zu oft den Entscheidungen der Regierung blind folgten, meist ohne kritische Fragen zu stellen oder berechtigte Kritik zu üben.

Romain Wolff bezeichnete es als mindestens ebenso problematisch, dass die letzte Sitzungswoche des Jahres in der Abgeordnetenkammer erneut mit zahlreichen Gesetzesprojekten gefüllt sei, die möglichst unbemerkt vom Wähler noch zügig durchgepeitscht werden sollen: „Offen gesagt ist dies eines Parlaments nicht würdig.“ Zunehmend kritisiert werde zudem die Tatsache, dass man ein Regierungsmitglied werden könne, ohne zuvor gewählt worden zu sein oder sich überhaupt den Wahlen gestellt zu haben.

Im Anschluss hob der Redner die zentrale Rolle des Sozialdialogs hervor. Für ein gut funktionierendes demokratisches System und ein harmonisches Zusammenleben sei ein effektiver Sozialdialog unerlässlich. „Gerade in diesem Bereich besteht noch erheblicher Verbesserungsbedarf, wie es das Dossier zur Rentenfrage sehr eindrücklich gezeigt hat“, so Wolff.



CGFP-Ehrensekretär Joseph Daleiden, umgeben von den Mitgliedern des CGFP-Verwaltungsrats: Patrick Remakel (Finanzverwalter), Steve Heiliger (Generalsekretär), Romain Wolff (Präsident), Carmen Jaffke (Assessorin), Gilbert Goergen (Vizepräsident), Claude Heiser (Erster Vizepräsident) und Christian Schleck (Assessor). (v.l.n.r.)

Man durchlebe eine turbulente Zeit tiefgreifender Veränderungen. Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine gehöre der Krieg auch in Europa leider wieder zum täglichen Leben. Dies habe eindrucksvoll gezeigt, dass Frieden und Demokratie nicht von alleine gewährleistet seien. Spannungen im Nahen Osten, neue Entwicklungen in der US-Politik, Cyberangriffe, Drohnen auf europäischen Flughäfen – all diese vielschichtigen Bedrohungen würden jedem vor Augen führen, dass die Sicherheit auch in Europa keine Selbstverständlichkeit mehr sei.

Die Pandemie, die glücklicherweise hinter uns liege, habe deutlich gemacht, wie verwundbar unsere Gesellschaft sei. Handlungsfähige Institutionen, ein effizienter Staat und ein gut funktionierender Staatsdienst seien für die Allgemeinheit von grösster Bedeutung. Ein leistungsstarker öffentlicher Dienst sei zudem der Garant dafür, dass ein demokratischer Staat auch in Krisensituationen funktioniere. Damit dies gelinge, müsse konsequent in die öffentlichen Dienstleistungen und in das Personal investiert werden.

Staatsdienst als Rückgrat der Gesellschaft

Dank des Staates, der staatlichen Dienstleistungen und der in entscheidenden Momenten getroffenen Maßnahmen seien die Krisen in Luxemburg zufriedenstellend gemeistert worden. Ein besonders gutes Beispiel dafür sei die Finanzkrise von 2008, die nicht von den öffentlich Bediensteten ausgelöst worden sei. Ein gut funktionierender Staat komme zudem der wirtschaftlichen Entwicklung zugute. Darüber hinaus würden der Staat und die Gemeinden Sicherheit und sozialen Schutz gewährleisten.

Der CGFP-Präsident empfahl allen, die glauben, der Staatsdienst koste nur Geld und die übersehen, in welchen Bereichen Staatsbedienstete täglich im Einsatz seien, einmal selbst in den öffentlichen Dienst zu treten – sei es als Sanitäter beim CGDIS im Notdienst, als Polizist im Einsatz gegen die Kriminalität, als Mitarbeiter einer Gemeinde im Kanal- oder Hygienedienst, als Gefängniswärter oder als Soldat bei der Armee, um nur diese Beispiele zu nennen.

„Und dann sehen wir mal, ob sie, nachdem sie nur einen Tag dort gearbeitet haben, immer noch der Meinung sind, sie müssten die Arbeit, die Effizienz oder auch die Gehälter derjenigen kritisieren, die all diese Aufgaben im Dienst der Bürger erfüllen“, sagte Romain Wolff unter tosendem Beifall. Er wies zudem darauf hin, dass der Staat kein Unternehmen sei, bei dem es um den grösstmöglichen Profit gehe. Ziel sei es vielmehr, allen Bürgern den bestmöglichen Service zu bieten – im Interesse einer gut funktionierenden Demokratie. Nicht mehr und nicht weniger!

Fortschritt ja – aber mit Verantwortung

Anschließend widmete sich der Redner der Digitalisierung, die die Arbeitswelt und die Kommunikationsformen mit hoher Geschwindigkeit verändere. Dabei machte er deutlich, dass die CGFP der künstlichen Intelligenz nicht zurückhaltend gegenüberstehe. KI biete zahlreiche Vorteile und entwickle sich rasant weiter.

Gleichzeitig falle jedoch immer wieder auf, dass insbesondere die Arbeitgeberseite enorme Vorteile in der KI sehe, die sich ideal zur Gewinnmaximierung nutzen ließen. Auf Gewerkschaftsseite sei die Haltung dagegen deutlich nuancierter. Neben den unbestreitbaren Vorteilen werde auch auf die Risiken hingewiesen, die ernst genommen werden müssten. Ja, es würden Arbeitsplätze verschwinden – wie es zurzeit bei einem multinationalen Konzern in Luxemburg in großem Umfang zu beobachten sei – und ja, es

würden neue Jobs entstehen. Ob dies jedoch dieselben Personen betreffe, die ihre Stellen verloren hätten, sei offen.

KI seien computerbasierte Systeme, die Daten analysieren, Muster erkennen und diese anschließend anwenden. Eines sei dabei jedenfalls klar: „KI kann handeln, aber die Verantwortung bleibt beim Menschen. KI kann eine wertvolle Unterstützung bieten, doch der Mensch entscheidet in letzter Instanz.“

Niemand bestreite, dass KI auch in der öffentlichen Verwaltung hilfreich sei, etwa zur Verbesserung von Dienstleistungen, Effizienz und Servicequalität. Wolff machte zugleich deutlich, dass KI keine Magie sei. Sie basiere auf Daten und gehöre heute schon – und morgen noch deutlich stärker – zum Alltag. Der CGFP-Präsident plädierte für einen offenen, aber verantwortungsvollen Umgang mit der künstlichen Intelligenz.

Anschließend ergriff CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger das Wort. Auch wenn die diesjährige Vorstandskonferenz kein rundes Jubiläum markiere, biete sie dennoch die Gelegenheit, auf zwölf intensive Monate zurückzublicken und zugleich den Blick nach vorne zu richten. Gleich zu Beginn seiner Rede kündigte Heiliger an, dass sich ein Thema wie ein roter Faden durch den Abend ziehen werde: „Die CGFP wird sich mit aller Entschlossenheit gegen jegliche Privatisierungsversuche öffentlicher Dienstleistungen wehren. Wir sind stolz auf unser öffentlich-rechtliches Statut und werden dieses – falls notwendig – mit allen Mitteln verteidigen, und zwar bis zum Schluss!“ Im Laufe des Abends werde man dieses Thema noch weiter vertiefen, so Heiliger, der zunächst auf die schwierige geopolitische Lage einging.

Der Krieg in der Ukraine bleibe weiterhin ein zentrales Thema, und niemand könne vorhersagen, wie sich die Lage im Nahen Osten, in Israel und im Gazastreifen entwickeln werde, wo trotz Waffenstillstand keine Ruhe einkehre. Gleichzeitig dürften die weiteren weltweiten Krisenherde nicht außer Acht gelassen werden, genauso wie die Terrorattacken am Beispiel des Anschlags in der australischen Metropole Sydney. Jeden Tag würden dramatische Bilder die Menschen erreichen.

Heiliger wies darauf hin, dass es den Bürger*innen in Luxemburg nach wie vor noch vergleichsweise gut gehe, auch wenn das internationale Umfeld, geprägt von wirtschaftlichen und geopolitischen Spannungen, sehr schnell negative Auswirkungen für die Wettbewerbsfähigkeit



CGFP-Präsident Romain Wolff: „KI kann eine wertvolle Unterstützung bieten, doch der Mensch entscheidet in letzter Instanz.“

der Unternehmen, für die Staatsfinanzen und vor allem für die Kaufkraft der Haushalte haben könne.

So funktioniert Sozialdialog

Trotz dieser schwierigen Zeiten sei es der CGFP gelungen, ein vernünftiges Gehälterabkommen auszuhandeln, das rund 20 Punkte im Sinne der Bediensteten umfasste. Besonders hervorgehoben wurden die beiden Punktwerterhöhungen: zwei Prozent zum 1. Januar 2025 und 0,5 Prozent zum 1. Januar 2026. Außerdem sei darauf geachtet worden, die Verantwortung der staatlichen Mitarbeiter stärker zu würdigen: Der PARP („poste à responsabilité particulière“) sei um weitere sieben Punkte angehoben worden. Die Einführung einer Prämie für Grundschulklassenleiter*innen („titulaires de classe“) gehe in diese Richtung. Darüber hinaus sei die Überstundenregelung vereinheitlicht worden: Alle Überstunden, einschließlich der verpflichtenden, würden nun sektorübergreifend gleich honoriert, während der bisherige Korrekturfaktor im Unterricht von 36/52 („coefficient correcteur“) abgeschafft worden sei.

Im Zuge des jüngsten Gehälterabkommens würden die Staatsangestellten näher an die Staatsbeamten herangeführt. Die CGFP habe vor allem Wert darauf gelegt, dass das Disziplinarrecht der Beamten gleich nach dem Praktikum („période d'initiation“) bei den *Employés de l'État* angewendet werde und nicht erst

nach einer zehnjährigen Dienstzeit. Dabei gehe es sicher nicht darum, die „schwarzen Schafe“ zu schützen. Bestehe jedoch ein Verdachtsfall, solle jeder öffentlich Bedienstete das Recht auf eine objektive Untersuchung sowohl zu seinen Lasten als auch zu seiner Entlastung haben – unabhängig von seinem Statut. Folglich dürfe der Betroffene in den ersten zehn Jahren nicht mit dem Hinweis „lorsque l'employé ne remplit pas les attentes“ entlassen werden. Heiliger wies darauf hin, dass dies an manchen Stellen im öffentlichen Dienst bisher immer wieder vorgekommen sei. Solch prekäre Situationen hätten die Betroffenen vor großen Herausforderungen und Probleme gestellt, die weit in ihr Privatleben hineinwirken, etwa wenn sie bei einer Bank einen Kredit beantragen wollten.

Beim Aushandeln des Gehälterabkommens habe der Sozialdialog funktioniert – was heute leider nicht überall der Fall sei. In der Übereinkunft seien auch Fristen festgelegt worden, wann die verschiedenen Punkte umgesetzt beziehungsweise die entsprechenden Texte eingereicht werden sollten. Die Regierung habe sich bislang nahezu an alle Abmachungen gehalten.

Allerdings stünden noch einige Arbeitsgruppen aus, die im Gehälterabkommen vorgesehen seien. Dies gelte insbesondere für den Arbeitskreis zur Harmonisierung der Unterschiede zwischen den

Fortsetzung siehe Seite 10





CGFP-General Sekretär Steve Heiliger: „So geht man nicht mit einem Sozialpartner um – schon gar nicht, wenn man sich den Sozialdialog auch noch groß auf die Fahne geschrieben hat.“

Fortsetzung von Seite 9

verschiedenen Entschädigungsgruppen. Diese Kluft sei nicht mehr kohärent, vor allem wenn man sie in Verbindung mit den Studienabschlüssen und Diplomen setze, die erforderlich seien, um in eine bestimmte Kategorie zu gelangen.

Tatsächlich würde man hier nicht mehr ganz im Zeitplan liegen. Es sei kaum vorstellbar, dass diese Arbeitsgruppe gemäß dem Abkommen noch „au cours de l'année 2025“ eingerichtet werden könne. An die Regierung ging der eindringliche Appell, diesbezüglich so schnell wie möglich zu handeln. Sobald diese Arbeitsgruppe einberufen worden sei, dürften auf keinen Fall Verschlechterungen weder in der einen noch in der anderen Gruppe eintreten, nur um die Lücke zur nächsten zu vergrößern. „Dies stünde weder im Geiste der Verhandlungen noch im Sinne des Abkommens und käme für die CGFP keineswegs infrage,“ warnte Steve Heiliger.

In den vergangenen Wochen und Monaten sei kaum ein Thema so intensiv diskutiert worden wie die Verteidigung, fuhr der Redner fort. Wie bereits die Berufskammer der öffentlich Bediensteten in ihrem Gutachten zum Staatshaushaltsentwurf 2026 festgestellt habe, sei es

auch für die CGFP nachvollziehbar, dass Luxemburg seinen militärischen Verpflichtungen auf internationaler Ebene nachkommen müsse. Zugleich unterstütze man alle Investitionen, die es der Armee ermöglichen, ihre Missionen zu erfüllen. Man sei sich jedoch auch bewusst, dass das Geld irgendwoher kommen müsse. Investitionen in die Verteidigung dürften auf keinen Fall zu sozialen Kürzungen führen. „Dazu stehen wir – und wenn wir als Gewerkschaft anders darüber denken würden, wären wir keine Gewerkschaft,“ bekräftigte Heiliger.

Armee stärken heißt Soldaten wertschätzen

Es genüge jedoch nicht, ausschließlich in Material, Logistik oder Strategien zu investieren, um die Verteidigung sicherzustellen und unabhängiger von (bisher) verlässlichen Verbündeten wie den USA zu werden. Es sei völlig versäumt worden, in die Menschen zu investieren. Oder halte man es für normal, dass es in der Armee Soldaten gebe, die im Dienst des Landes stünden und nicht einmal den qualifizierten Mindestlohn erhielten – und das sei noch längst nicht alles. Weitauß schlimmer sei, dass die Betroffenen nicht einmal über das

öffentlicht-rechtliche Statut verfügten, das mindestens genauso wichtig sei. Die Erklärung der politisch Verantwortlichen sei „grandios“: Gewähre man diesen Personen das Statut, sei die Armee nicht mehr funktionstüchtig, laute deren fragwürdige Begründung. Dies müsse erst einmal jemand der CGFP erklären.

Dabei sei die Faktenlage im Grunde genommen ganz einfach: Die „Volontaires de l'Armée“ würden bei der Berufskammerwahl ihre Stimmen in der Gruppe der Staatsangestellten abgeben. „Folglich sollten diese Personen auch das öffentlich-rechtliche Statut mit allen Rechten und Pflichten erhalten – genau wie alle anderen, so Heiliger.

Im Anschluss daran widmete sich der CGFP-Generalsekretär der Pensionsreform, ein Thema, das die CGFP nahezu seit der Regierungsbildung beschäftigte. Die angedachte Rentenreform habe zuvor kaum Beachtung gefunden – weder im Wahlkampf noch in den Wahlprogrammen. Sogar im Koalitionsabkommen sei sie lediglich kurz angeschnitten worden.

Nach den Parlamentswahlen sei dieses Thema plötzlich in den Fokus gerückt – eine politische Unerlichkeit, wie der Präsident der CGFP diese Herangehensweise schon des Öfteren völlig zu Recht bezeichnet habe.

Wenn Prognosen die Politik bestimmen

Begonnen habe das Ganze damit, dass der ehemalige Premierminister den Wirtschafts- und Sozialrat damit beauftragt habe, ein Gutachten zum Rentensystem „auf lange Sicht“ zu erstellen. Schnell habe sich jedoch herausgestellt, dass dies eine nahezu unmögliche Aufgabe gewesen sei, da die Positionen von Arbeitgebern und -nehmern zu weit auseinandergelegen hätten – etwa bei der Frage, inwieweit verlässliche Prognosen für die Zukunft erstellt werden könnten.

„Aber mal ehrlich: Kann sich hier im Saal wirklich jemand ernsthaft vorstellen, Prognosen oder Hypothesen bis ins Jahr 2070 zu erstellen?“, fragte Heiliger die Anwesenden. „Das wäre genauso, als hätten wir 1970 sagen müssen, wie die Situation heute aussehen würde.“

Im „Conseil économique et social“ sei schließlich eine zweigeteilte Stellungnahme zustande gekommen, wobei ein Teil von der Patronatsgruppe und der andere von der Arbeitnehmergruppe verfasst worden sei. Auf Seiten der Gewerkschaften sei eine hervorragende Arbeit geleistet worden, versicherte Heiliger. Dabei sei ein fundiertes Dokument von mehr als 100 Seiten entstanden, das zahlreiche konkrete Ansätze enthalte,

wie das Rentensystem nachhaltig abgesichert werden könne.

Die berühmt-berüchtigten Sozialrunden hätten zwar nicht „Tripartite“ genannt werden dürfen. Sie seien aber genau nach diesem Modell abgelaufen und sogar von bestimmten Regierungsgliedern während der Sitzung als Dreiergespräche bezeichnet worden. Im Rahmen dieser Verhandlungen sei – abgesehen von einer möglichen Beitragserhöhung – keiner dieser Ansätze behandelt worden, dies unter dem fadenscheinigen Vorwand, die Positionen lägen zu weit auseinander.

Regierung ignoriert echten Sozialdialog

In diesem Zusammenhang warf der CGFP-Generalsekretär einige berechtigte Fragen auf. Ist es nicht endlich an der Zeit, im Privatsektor – ähnlich wie im öffentlichen Dienst – die beitragspflichtige Obergrenze („plafond cotisable“) aufzuheben? Müsste nicht auch das Großkapital stärker in die Verantwortung genommen werden? Jedenfalls gäbe es genügend Ansatzpunkte – die bei politischem Mut umgesetzt – die Nachhaltigkeit des Rentensystems langfristig sichern könnten.

Stark kritisiert wurde die Vorgehensweise der Regierung. An der ominösen „Schwätz mat“-Kampagne hätten gerade einmal 2.000 Personen von rund 650.000 Berechtigten teilgenommen – sofern diese Zahl überhaupt stimme, da 800 Antworten offenbar nahezu identisch gewesen seien. Bei den sogenannten Sozialrunden im Schloss von Bourglinster habe zudem der Tisch nicht ausgereicht, um eine Teilnahme unter angemessenen Bedingungen zu ermöglichen. Den verschiedenen Rednern seien für erste Reaktionen gerade einmal zwei Minuten Zeit eingeräumt worden – ein Witz, eine Lachnummer, wie der CGFP-Präsident es bereits mehrfach bezeichnet habe. Von einem echten Sozialdialog könne keine Rede sein.

„So geht man nicht mit einem Sozialpartner um – schon gar nicht, wenn man sich den Sozialdialog auch noch groß auf die Fahne geschrieben hat“, ärgerte sich Steve Heiliger. Die CGFP habe deshalb am vergangenen 25. Juni eine eher symbolische Protestkundgebung vor der Abgeordnetenkammer unter dem Motto „D'Fangeren ewech vun de Pensioinen“ und „Fir en echte Sozialdialog“ organisiert.

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst würden ein besonderes Augenmerk auf die Rentenpolitik legen, da man sich noch allzu gut an die Ereignisse der 1990er-Jahre erinnere. Ebenso sei bekannt, dass die Reform von 2012 für alle nach 1999 eingestellten Staatsbedienste-



Die Gäste der Conférence des Comités

ADR

Tom Weidig, Abgeordneter
Michel Lemaire, Abgeordneter

CSV

Maurice Bauer, Vorsitzender
des für den öffentlichen Dienst
zuständigen Parlamentsausschusses

DP

Gilles Baum, Fraktionspräsident
Gusty Graas, Abgeordneter
Gérard Schockmel, Abgeordneter

DÉI GRENG

Djuna Bernard, Fraktionspräsidentin
LSAP
Ben Polidori, Abgeordneter

ten vollständig angewendet worden sei – dies habe keineswegs zu Verbesserungen geführt.

Im Rahmen der Rentenreform sei viel von Generationengerechtigkeit die Rede gewesen. Die CGFP habe sich immer mit den jüngeren Generationen solidarisch gezeigt, was man auch in verschiedenen Sitzungen deutlich gemacht habe. Anders als die Arbeitgebervertreter habe die CGFP keine Einwände gegen die weitere Anrechnung der Studienjahre erhoben, wohl wissend, dass dies nur Auswirkungen auf die Beitragszeit, nicht jedoch auf die Höhe der späteren Rente habe. Dass die Studienjahre auch künftig fraktioniert berücksichtigt werden könnten, erscheine in einer Zeit kontinuierlicher Weiterbildung – in einer Ära des „life long learning“, auch im Sinne der Wirtschaft – als durchaus zeitgemäß und normal.

Die Vorstellung, dass auch Rentner Beiträge leisten sollten, erfordere eine „große Fantasie“. Dabei gehe es nicht primär darum, ob Rentner selbst Beiträge entrichten sollten, sondern ob das Rentensystem grundlegend von einem Umlage- auf ein kapitalgedecktes Verfahren umgestellt werden solle. Dass die Ruheständler eigene Beiträge leisten müssten, um ihre eigene Rente zu sichern, bereite der CGFP erhebliche Verständnisschwierigkeiten. Zudem sei bislang noch gar nicht über die Altersarmut gesprochen worden, die sich durch eine solche Umstellung weiter verschärfen könnte. Ebenso sei es schwer nachvollziehbar, warum plötzlich die privaten Zusatzrenten – zweite und dritte Säule – derart attraktiv gemacht werden sollten. Die CGFP trete mit aller Entschlossenheit für eine Stärkung der ersten Säule ein und lehne es entschieden ab, dass private Unternehmen, die bereits intensiv Werbung betreiben, zusätzlich Kapital daraus schöpfen könnten, betonte Steve Heiliger.

CGFP warnt vor schrittweisen Rentenverschlechterung

Danach ging er auf mehrere Verdienste der CGFP ein. Die Rentenanpassung („ajustement“) habe gerettet werden können, zumindest solange, wie die Einnahmen die Ausgaben übersteigen – was durch die Beitragserhöhung in den nächsten Jahren der Fall sein werde. Das sei keineswegs selbstverständlich gewesen, wie die Verhandlungen gezeigt hätten. Die Staatsbediensteten, die vor 1999 eingestellt worden seien, müssten nicht länger arbeiten, was als einen weiteren Erfolg der CGFP gewertet werde, da ihre Beitragszeit unverändert bleibe – was selbstverständlich auch für die Beschäftigten in den öffentlichen Einrichtungen gelten müsse. Jene Beschäftigten, die nach 1999 eingestellt worden seien, ob Beamte oder Angestellte, behielten ihre Jahresendzulage – auch das sei angesichts des vom Patronat ausgeübten Drucks nicht von vornherein sicher gewesen.

Zu beachten sei jedoch auch, dass die Regierung dieses jüngste Reformpaket als ersten Schritt auf dem Weg zu einer grundlegenden Neugestaltung der Altersvorsorge betrachte. Nach den Parlamentswahlen stehe offenbar eine weitere Rentenreform auf der politischen Agenda. Die CGFP warne ausdrücklich davor, dass schrittweise Änderungen für die Versicherten zu erheblichen Verschlechterungen führen könnten.

Zur Erinnerung: Nachdem die öffentlich Bediensteten bei der Rentenreform von 1999 von den politisch Verantwortlichen im Stich gelassen wurden, sei 2012 eine weitere Rentenreform beschlossen worden, deren volle Wirkung erst 2050 (!) eintrete: „Diese Salami-Taktik darf sich auf keinen Fall wiederholen!“

Wie bereits die Berufskammer in ihrem Gutachten zum Staatshaushalt habe auch die CGFP davor gewarnt, die Gesellschaft auf Basis rein theoretischer Langzeithypothesen zur Finanzierung des Rentensystems spalten zu wollen. Eines sei dabei sicher: Wer eine solche Reform durchsetzen wolle, müsse die Unterstützung und das Verständnis der Bevölkerung dafür haben. „Genau in diesem Punkt hat die Regierung versagt. Sie hat eine Reform eingeleitet, ohne dass ein Konsens zwischen den Sozialpartnern erreicht wurde“, erzürnte sich der CGFP-Generalsekretär.

Keine Zugeständnisse zulasten der Haushalte

Unmittelbar danach setzte er sich kritisch mit der Steuerreform auseinander, einem weiteren Thema, das in den kommenden Monaten sicher für Diskussionen sorgen werde. Auch hier habe die CGFP von vornherein klargestellt, dass es zu keinen Verschlechterungen für die Haushalte kommen dürfe. Dies sei bereits in den ersten Gesprächen mit der Regierung klar kommuniziert worden. Auch in Zukunft werde die CGFP nicht von ihrer Position abrücken und ihren Standpunkt immer wieder unmissverständlich vertreten.

Die CGFP begrüße ausdrücklich, dass es überhaupt zu Gesprächen, ja zu einem Sozialdialog mit dem Finanzminister gekommen sei – umso mehr nach den wenig erfreulichen, wenn nicht gar desaströsen Erfahrungen in anderen Bereichen.

Schon seit Jahren werde über eine Steuerreform gesprochen. Ein ehemaliger Finanzminister, der einer Partei angehöre, die auch heute noch in der Regierung sitze, habe einst erklärt, dass niemand etwas verlieren dürfe. Die CGFP verfolge gespannt, wie sich die Dinge entwickeln werden.

Das Hauptziel der Reform bestehe darin, künftig nur noch eine Steuerklasse zu führen. Die CGFP habe stets darauf hingewiesen, dass mit der Einführung der allgemeinen Individualbesteuerung bei den natürlichen Personen keine Verschlechterungen einhergehen dürften. Im Fokus stünden dabei vor allem Haushalte, in denen nur ein Partner ein Einkommen beziehe (ja, auch das komme heute noch vor) oder in denen einer der beiden Partner über drei Viertel des Gesamteinkommens verdiene. Auch diese Haushalte dürften mittel- und langfristig nicht zu den Verlierern dieser Reform werden.

Nach Auffassung der CGFP sei die geplante Übergangsfrist von 25 Jahren für Steuerpflichtige, die derzeit der Steuerklasse 2 angehören und dort bleiben



möchten, völlig unzureichend. Heiliger veranschaulichte dies am Beispiel eines Paars im Alter von circa 30 Jahren, bei dem nur einer der Partner ein Einkommen bezieht. Ein solches Ehepaar habe selbstverständlich ein großes Interesse daran, dauerhaft der Steuerklasse 2 zugeordnet zu bleiben. Doch nach 25 Jahren – also kurz nach dem 50. Lebensjahr – würden spürbare finanzielle Einschnitte folgen, und das ausgerechnet in einer Lebensphase, in der man mitten im Berufsleben stehe, finanzielle Verpflichtungen trage und sein Leben verständlicherweise nach den eigenen finanziellen Möglichkeiten ausgerichtet habe.

„Nein, so geht das nicht: Die CGFP fordert ganz klar, dass die Möglichkeit, in der Steuerklasse 2 zu verweilen, für die Betroffenen dauerhaft bestehen bleibt“, betonte der CGFP-Generalsekretär kämpferisch.

Wer befürchte, der Staatsrat könne damit ein Problem haben, dürfe beruhigt sein. Der Staatsrat habe sich bislang nie den Bestimmungen einer Übergangsphase widersetzt – etwa bei der Pensionsreform von 1999.

Klärungsbedarf gebe es auch in Bezug auf Paare, die sich trennen oder bei denen ein Partner stirbt. Zurzeit könnten diese

Personen noch drei Jahre in der Steuerklasse 2 verbleiben. Doch was werde aus ihnen, wenn diese Steuerklasse künftig entfallen?

Automatische Anpassung der Steuertabelle ist Pflicht

Eine zentrale Forderung der CGFP bleibe die vollständige Anpassung der Steuertabelle an die Inflation. Der „Barème“ sei unter dieser Regierung um 6,5 Indextranchen angepasst worden. Damit sei einer langjährigen CGFP-Forderung Rechnung getragen worden. Dennoch bleibe noch genügend Spielraum – Stichwort: kalte Progression. Künftig müsse die Steuertabelle automatisch an die Inflation angepasst werden, und zwar jedes Mal, wenn eine Indextranche eintrete, um somit die Kaufkraft dauerhaft zu sichern. „Alles andere käme verdeckten Steuererhöhungen gleich – und das kann nicht sein“, lautete die klare Botschaft an die Politik.

Außerdem müssten Steuerfreibeträge, die schon seit Jahrzehnten unverändert geblieben seien, dringend angepasst werden. Werden die Kinder der Steuerpflichtigen ausreichend berücksichtigt? Wie verhält es sich mit der Besteuerung von Kapital und Finanzbeteiligungen?

Fortsetzung siehe Seite 12





Fortsetzung von Seite 11

Viele Fragen blieben offen und müssten dringend geklärt werden.

Die CGFP werde auf jeden Fall entschlossen in die nächsten Gespräche gehen. Gerade in einer Zeit, in der die Aufteilung der Steuerlast zwischen den Unternehmen und den Privathaushalten längst aus dem Gleichgewicht geraten sei, könne es nicht angehen, dass die vorgesehenen Steuererleichterungen für die Betriebe am Ende auch noch zulasten der Haushalte gingen – das sei inakzeptabel.

Öffentliche Gesundheit unter Beschuss

Im Gesundheitswesen hingegen sei der Sozialdialog bedauerlicherweise völlig zum Erliegen gekommen. Folglich habe sich die CGFP gezwungen gesehen, ein Schlichtungsverfahren einzuleiten.

Bei der „Gesondheetskeess“ (CNS) sei mittelfristig mit einer Beitragserhöhung zu rechnen. Die CGFP werde keine Leistungsverschlechterungen zulassen und sich weiterhin für einen allgemeinen Zugang zu einer hochwertigen medizinischen Versorgung einsetzen. Die von der Ärztevereinigung AMMD gekündigte Konvention mit der CNS, die Schaffung von Klinik-Außenstellen sowie die Gründung einer „Findel-Klinik“ – die übrigens alles andere als eine Klinik sei – streife Heiliger nur kurz. Bewusst konzentrierte er sich ausführlicher auf die Gründung von zwei öffentlichen Einrichtungen im Gesundheitsbereich.

Ganz heimlich, ohne die CGFP als Sozialpartner einzubeziehen, seien zwei Gesetzentwürfe ausgearbeitet und auf den Instanzenweg gebracht worden. In einem Fall sei die „Chambre des fonctionnaires et employés publics“ nicht einmal um ein

Gutachten gebeten worden. Die Regierung verfolge das Ziel, zwei Strukturen zu schaffen, die nach privatrechtlichen Kriterien verwaltet werden und deren Mitarbeiter ebenfalls nach dem privatrechtlichen Statut eingestellt werden sollen. Und das in einem so sensiblen Bereich wie dem der Gesundheit!

Genauer gesagt handele es sich um die „Agence luxembourgeoise des médicaments et produits de santé“ (ALMPS) und um die „Centrale nationale d'achat et de logistique“ (CNAL). Bei Letzterem habe sich das Gesundheitsministerium – trotz des von der CGFP eingelegten Schlichtungsverfahrens – nicht gescheut, den Gesetzentwurf auf die parlamentarische Tagesordnung setzen zu lassen. Trotz des bestehenden „Litige“ sei der Text mehrheitlich von den Abgeordneten verabschiedet worden.

Die ganze Vorgehensweise sei schlicht unglaublich. „Grandios“ sei zudem die Begründung, warum solche öffentlichen Einrichtungen geschaffen werden sollten und staatliche Aufgaben, die bisher größtenteils bei der „Direction de la Santé“ angesiedelt waren, nun plötzlich nahezu in private Hände übergehen sollen. Der Salami-Taktik folgend, werde die Privatisierung staatlicher Dienstleistungen weiter vorangetrieben.

Gefahr für eine Zwei-Klassen-Medizin

Anschließend zitierte der Generalsekretär der CGFP aus den Erläuterungen zum Gesetzentwurf betreffend die Agentur der Medikamente und Gesundheitsprodukte:

„L'intérêt essentiel de la création de l'Agence sous forme d'établissement public est de permettre le recrutement sous régime de droit privé de professionnels

venant de secteurs où la rémunération est différente de celle appliquée dans le secteur public. Si l'Agence veut pouvoir compter sur un personnel hautement qualifié, il est nécessaire de pouvoir adapter les modalités de rémunération à la réalité du secteur de provenance...“

Im Klartext: Spätestens jetzt sei jedem klar, dass man beim Staat nicht ausreichend verdiente und dass deshalb privatrechtliche Strukturen geschaffen werden müssten.

„Aus Sicht der CGFP ist es völlig inakzeptabel, wenn Aufgaben, die dem öffentlichen Dienst vorbehalten sind, Gefahr laufen, privatisiert zu werden – und schon gar nicht in einem so sensiblen Bereich wie dem der öffentlichen Gesundheit, der gemäß Artikel 41 der luxemburgischen Verfassung dem Staat vorbehalten bleiben muss“, erboste sich Steve Heiliger.

Es lasse sich nicht leugnen, dass die schrittweise Privatisierung langfristig zu einer Zwei-Klassen-Medizin führen werde. Die CGFP sei stets dafür eingetreten, dass jeder Bürger – unabhängig von seinem Einkommen oder seiner sozialen Herkunft – Zugang zur bestmöglichen medizinischen Versorgung erhalten müsse.

Gleichermaßen lehne es die CGFP entschieden ab, dass sowohl das Personal als auch die leitenden Funktionen unter dem privatrechtlichen Statut eingestellt werden sollen. Diese Vorgehensweise sei nicht nur den Prinzipien zuwider, welche die Funktionsweise des Staates regeln, sondern verstöße zudem gegen ein formelles Engagement der damaligen Regierung im Gehälterabkommen von 2002. Laut diesem Abkommen müssten die Mitarbeiter der öffentlichen Einrichtungen aus Gründen der Harmonisierung, Transparenz und Gleichbehandlung unter dem öffentlich-rechtlichen Statut eingestellt werden.

Regierung blockiert, CGFP handelt

Ein von der CGFP am 15. Mai schriftlich beantragtes Dringlichkeitstreffen sei von der Gesundheitsministerin unbeantwortet geblieben. Im Rahmen der letzten Quadripartite sei dem Präsidenten der CGFP in diesem Zusammenhang eine „sehr kluge“ Bemerkung gemacht worden: Sinngemäß sei ihm damals mitgeteilt worden, dass der Gesetzestext jetzt gestimmt werde. Danach könne jeder tun, was er nicht bleiben lassen könne. Vor diesem Hintergrund habe die CGFP keine andere Möglichkeit gesehen, als am 23. Oktober die „Commission de conciliation“ einzuschalten. Die erste Sitzung dieses Ausschusses hätte übrigens

längst stattfinden müssen. „Es wird ja wohl nicht daran liegen, dass die Regierung ihre Delegation noch nicht ernannt hat – auch das wäre nicht das erste Mal!“, echauffierte sich Heiliger.

Kurz danach, Anfang November, habe die CGFP von der Gesundheitsministerin eine Antwort auf ihre dringende Anfrage vom 15. Mai erhalten, in der ein Terminvorschlag für ein Gespräch unterbreitet worden sei. „Nein, so nicht“, konterte Steve Heiliger. Das Schlichtungsverfahren sei bereits eingeleitet worden und die Commission de Conciliation der geeignete Ort, um zu versuchen, aus dieser von der Regierung ausgelösten Situation herauszukommen. Bis zu diesem Zeitpunkt sei jedoch in dieser Angelegenheit keine Spur von Sozialdialog zu erkennen gewesen.

Hinsichtlich des noch nicht verabschiedeten Vorhabens zur Schaffung der ALMPS habe die CGFP die Gesundheitsministerin aufgefordert, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um diesen stark umstrittenen Gesetzentwurf sofort zurückzuziehen und zu überarbeiten.

Keine Experimente auf dem Rücken der Kinder

Ein weiteres Thema auf der Agenda der CGFP-Vorständekonferenz war die Bildungspolitik. Auch wenn das Gesetz zur Einführung einer flächendeckenden Alphabetisierung auf Französisch in der Grundschule verabschiedet worden sei, bedeute dies keineswegs, dass alles „in Butter“ sei. Die Menschen vor Ort würden ganz zu Recht hinterfragen, ob man nicht hätte abwarten sollen, bis die Kinder aus den Pilotprojekt-Schulen die gesamte Grundschule vom Zyklus 1 bis 4 durchlaufen hätten, um anschließend endgültig beurteilen zu können, ob diese Reform für die Orientierung im Lycée erfolgreich sein könnte. Erst dann lasse sich erkennen, wo die Kinder in Französisch und in Deutsch stünden, wenn sie auf Französisch alphabetisiert würden. Für die CGFP sei es nicht hinnehmbar, dass die Kinder – die Zukunft des Landes – hier als Versuchskaninchen dienen müssten.

Neben diesem grundlegenden Problem seien die Lehrer*innen zu Recht ratlos, woher plötzlich die zusätzlichen Klassensäle und Lehrkräfte hergezaubert werden sollten, zumal heute schon ein Mangel an Lehrer*innen bestehe. „Der Bildungsminister, den wir sonst als feine Kärel' schätzen, ist jedenfalls gut beraten, endlich auch in dieser Angelegenheit den Fachkräften zuzuhören“, ergänzte der CGFP-Generalsekretär.

Wohnungsnot: Banken in der Pflicht

Daraufhin wandte er sich dem Thema „Wohnungsbau“ zu – eines der drängendsten Probleme Luxemburgs, wenn nicht sogar das größte.

Die Hilfen seien zwar begrüßenswert, doch damit seien die Ursachen der Problematik längst nicht beseitigt. Ob die im Staatshaushalt vorgesehenen Maßnahmen tatsächlich wirksam sein werden, um die Situation zumindest ansatzweise in den Griff zu bekommen, dürfe bezweifelt werden. In einem Austausch mit dem Budgetberichterstatter Maurice Bauer habe die CGFP dies klar und deutlich zum Ausdruck gebracht.

Die hohen Immobilienpreise stellen nach wie vor eine enorme Belastung für die Haushalte dar. Viele Familien müssen bis zu 50 Prozent ihres Einkommens über einen Zeitraum von bis zu 40 Jahren aufbringen, um ihren Kredit zurückzuzahlen. Verantwortung trügen dabei nicht nur der Staat, sondern auch die Banken. „Gerade die Banken, die damals bei der Finanzkrise ebenfalls unterstützt wurden, müssen sich bei der Immobilienkreditver-



gabe kulanter zeigen", fügte der CGFP-Generalsekretär hinzu.

Wenn man auf das Jahr 2025 zurückblicken, dürfe man einen ganz wichtigen Moment im CGFP-Kalender auf keinen Fall vergessen lassen: die Wahlen für die „Chambre des fonctionnaires et employés publics“ (CHFEP) im vergangenen März. Die Wahlergebnisse seien der Beleg dafür, dass die Arbeit der CGFP eine breite Anerkennung genieße. Die CGFP habe 23 von 24 möglichen Sitzen erzielt, während ihr Kooperationspartner, die FGFC, im kommunalen Sektor 4 von 5 möglichen Sitzen errungen habe – zusammen seien das 27 von 29 Sitzen.

Angesichts dieses klaren Ergebnisses müsse niemand mehr darüber diskutieren, wer im Staatsdienst repräsentativ sei. Ein solches Resultat sei jedoch keineswegs ein Grund, sich zufrieden zurückzulehnen, sondern vielmehr ein Auftrag und zugleich ein Anreiz, auch unter dem Impuls des neuen „Büros“ und der neuen CHFEP-Präsidentin weiterhin mit demselben Engagement im Sinne des öffentlichen Dienstes weiterzuarbeiten. An dieser Stelle übermittelte Steve Heiliger im Namen der CGFP-Exekutive die Glückwünsche an die gesamte Führung der Berufskammer aller öffentlich Bediensteten.

Eine neue Ära für Luxemburg

Zum Jahresende, genauer gesagt am 3. Oktober, sei es in Luxemburg noch einmal ganz feierlich zugegangen. Nach einer 25-jährigen Regentschaft habe Großherzog Henri abgedankt. Unmittelbar danach habe sein ältester Sohn, der damalige Erbgroßherzog Guillaume, den Eid als neuer Großherzog abgelegt.

Als öffentlich Bediensteter, ob Beamter oder Angestellter beim Staat, habe man ein besonderes Verhältnis zur Monarchie – das gelte auch für die CGFP. Deshalb sei es für sie selbstverständlich gewesen, mit einer Delegation aktiv an den Feierlichkeiten teilzunehmen.

Von der „Conférence des Comités“ aus übermittelte Steve Heiliger stellvertretend für die CGFP Großherzog Guillaume nochmals die besten Glückwünsche und wünschte ihm eine glückliche Hand sowie alles Gute bei der Ausübung seiner hohen Verantwortung im Interesse des Landes und seiner Bürger.

Der CGFP-Generalsekretär bemerkte, dass es noch viel zu besprechen gebe und man künftig die Gelegenheit haben werde, einzelne Themen eingehender zu erörtern. Die CGFP werde sich, wie bereits in der Vergangenheit, weiterhin gegenüber der Regierung mit Respekt, vor allem aber mit Entschlossenheit für die Interessen des öffentlichen Dienstes einsetzen, ohne dabei jedoch die Interessen des Landes aus den Augen zu verlieren. Voraussetzung dafür sei eine echte Bereitschaft zum Sozialdialog – und zwar in allen Ressorts. Dazu gehöre auch, dass Gewerkschafter, die sich in einer Berufsorganisation engagieren, nicht in ihren Rechten und Pflichten eingeschränkt würden, wenn sie zusätzlich Präsident einer Personalvertretung seien. Den ersten Schritt müsse die Politik machen.



Claude Heiser, Erster Vizepräsident der CGFP, trug die Resolution 2025 vor, die anschließend einstimmig verabschiedet wurde.

Die CGFP strebe weiterhin eine konstruktive Zusammenarbeit an. Selbst wenn man bei dem einen oder anderen Punkt einmal nicht vollständig einer Meinung sei – was in der Natur der Sache liege – könne auch dies eine gute Ausgangssituation sein, um anschließend dennoch zu einem Mehrwert zu gelangen.

Digitalisierung für Menschen, nicht gegen sie

Auch künftig werde sich die CGFP für einen starken öffentlichen Dienst einsetzen. Sie werde dafür sorgen, dass die Verwaltungen u.a. personell so ausgestattet seien, dass sie ihren Aufgaben als moderne Dienstleister weiterhin gerecht werden könnten – selbst wenn der „Conseil National des Finances Publiques“ der Ansicht sei, dass zu viele Menschen beim Staat beschäftigt seien und dort nicht noch stärker auf die Digitalisierung zurückgegriffen werden könne.

Nach wie vor bestehe das Credo der CGFP darin, die Beschäftigten durch

die Digitalisierung zu entlasten, damit sie sich stärker den Aufgaben widmen könnten, die bisher vielleicht ein wenig vernachlässigt worden seien. Nur so entstehe ein echter Mehrwert für die Bürger. Beim technologischen Fortschritt müsse der Mensch stets im Mittelpunkt stehen. Künstliche Intelligenz dürfe nicht sich selbst überlassen werden, sondern müsse von Menschen gesteuert werden.

Heiliger wies zudem darauf hin, dass der „Conseil National des Finances Publiques“ bislang keine Antwort darauf gegeben habe, was mit denjenigen geschehen soll, die durch die Digitalisierung ihren Arbeitsplatz verlieren könnten. Die CGFP könne diesbezüglich nur sagen: „Mais de quoi je me mêle?“

Am Ende seiner Rede wünschte der CGFP-Generalsekretär sowohl in seinem persönlichen Namen als auch stellvertretend für die CGFP-Führung, den Delegierten und deren Familienangehörigen schöne Feiertage. Zudem wünschte er ihnen ein erfolgreiches neues Jahr voller

Freude und Zufriedenheit auf privater und beruflicher Ebene sowie vor allem eine gute Gesundheit. Heiliger machte deutlich, dass die CGFP auch in Zukunft auf die Unterstützung ihrer Mitglieder zählen werde – und dass diese sich im Gegenzug ebenso auf die CGFP verlassen könnten.

Zum Abschluss der Vorstandekonferenz wurde der vom Ersten Vizepräsidenten Claude Heiser vorgestellte CGFP-Entwurf 2025 einstimmig verabschiedet (siehe QR-Code). Anschließend ließen die Ehrengäste und die zahlreich erschienenen Delegierten den Abend im Rahmen eines freundlichen Empfangs ausklingen.

Max Lemmer



**WERDEN SIE NOCH
HEUTE MITGLIED!**

**CONFÉDÉRATION GÉNÉRALE
DE LA FONCTION PUBLIQUE**
Boîte postale 210
L-2012 LUXEMBOURG

CGFP



Die CGFP bietet unter anderem eine wirksame Berufsvertretung, kostenlose juristische Beratungen in Beamtenrechtsfragen, kostenlose Auskünfte und Unterstützung in Gehalts-, Pensions-, Krankenkassen- und Steuerangelegenheiten sowie ein umfassendes Dienstleistungsangebot wie z.B. CGFP-Bausparen, CGFP-Versicherungen, Krankenzusatzversicherung und Zusatzpensionsversicherung.

59. CGFP-Vorständekonferenz

Ein Empfang zu Ehren der Delegierten und Gäste



philipps home specialist

© Bleifelder Werkstätten

© Boen

© Hohenberger Tapetenmanufaktur

Ein Zusammenschluss der Großen verspricht...

Phillipps Home Specialist startet gemeinsam mit FABROS in eine neue starke Zukunft.



« mat zwee 'L' a mat zwee 'P' zu Jonglënster an op **Phillipps.lu** »

Bodenbelagsarbeiten | Dacharbeiten | Elektroinstallationen | Fassadenarbeiten | Fenster, Türen & Tore | Fliesen
Gardinen & Sonnenschutz | Garten- & Landschaftsarbeiten | Heizungsinstallation | Licht- & Spanndecken | Malerarbeiten
Neubau | Photovoltaik | Renovierung | Reinigung | Sanitärinstallationen | Schreinerarbeiten | Trockenbauarbeiten

Showroom | 7, rue de Godbrange L-6118 Junglinster | T. 42 64 95-1 | [Facebook](#) [Instagram](#)





Méi Service, Manner Risiko!

Well hei bekemmert de Patron sech nach selwer am all Client.

Tél. 585 506



The messaging app shows a conversation in Luxembourgish:

- So, mat weem hues du deemools däin Haus verkaf? 14.29
- Homexperts, dat war top 🤗 14.29 ✓
- Dann erziel mol Ma du bass mam Patron selwer a Kontakt, e Lëtzebuerger... 14.29 ✓
- Hien mécht seng euge Schätzung a kritt nach 3 onofhängeg Estimatione vu grosse Partneragencen 14.29 ✓
- Vun all deem mécht hien eng kritesch Analys fir dir de **beschte Präis** ze rechnen 14.29 ✓
- An dat mécht de Patron wierklich selwer? 14.30
- Jo! Da sicht der zesummen déi **bescht Agence** eraus an hie mécht all Woch de Suivi fun hirer Aarbecht bis zum Verkaaf 14.30 ✓
- Cool, ass awer bestëmmt deier... 14.30
- Nee, just déi üblech Kommissioun vun 3% 14.30 ✓



PRIMUS HOME & PARTNERS

1 Kontakt fir all Projet

Kaf | Verkaf | Lokatioun | Promotion immobilière

Zesumme mat eise Partner fir lech do !
Construction, Renovation, Photovoltaik Installatioun, Expertise en Bâtiment, Aménagement de l'extérieur, Gaardenaarbecht, ...

www.primushome.lu

Eilert Christian
économiste, associé-gérant
+352 26 67 22 86 | info@primushome.lu | 19, rue du Kroentgeshof | L-5312 Contern

VAKANZ DOHEEM

LASST UNS IHRE PERGOLA ZUSAMMEN PLANEN



RENSON AMBASSADOR

PERGOLA
VERANDA
MARKISE
RAFFSTORE
SCREEN



SHOWROOM
181, rue de Luxembourg – L-4222 ESCH/ALZETTE
Tel.: (+352) 55 21 56-1 | info@metalica.lu | www.metalica.lu

Wir freuen uns auf Ihren Besuch

Montag-Freitag, 9.00 - 18.00 Uhr
Samstag, 9.00 - 13.00 Uhr
Mit Termin: www.metalica.lu



Ein Gastbeitrag von CESI-Generalsekretär Klaus Heeger

Wer den Wandel verschläft, verliert die Zukunft

Tiefgreifende, rasante Veränderungen prägen unsere Zeit – und damit die Bedingungen, unter denen wir arbeiten, leben und unsere Interessen gemeinsam vertreten.

Die Pandemie hat uns vor Augen geführt, wie verwundbar unsere Gesellschaften sind und wie entscheidend handlungsfähige Institutionen für das Gemeinwohl bleiben. Der Krieg in der Ukraine hat brutal deutlich gemacht, dass Frieden und Demokratie keine Selbstverständlichkeit sind. Die Inflation und die Energiekrise haben die sozialen Spannungen weiter verschärft. Zugleich verändern Digitalisierung und künstliche Intelligenz mit enormer Geschwindigkeit unsere Arbeitswelt und unsere Formen der Kommunikation. Die zunehmende Polarisation unserer Gesellschaft bedroht darüber hinaus das Vertrauen in Politik, Medien und Institutionen.

All diese Entwicklungen führen uns unmissverständlich vor Augen: Es braucht stabile Institutionen, die Orientierung und Sicherheit geben – und Menschen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.

Der Mensch im Mittelpunkt des Wandels

Die Arbeitswelt befindet sich in einem massiven Umbruch: Grenzen verschwimmen, Strukturen werden fragmentiert und der digitale Wandel schreitet unaufhaltsam voran. Die künstliche Intelligenz, neue Geschäftsmodelle und digitale Plattformen prägen diese Entwicklung. Beispiele wie Uber, das über kein eigenes Taxi verfügt, Airbnb, das keine Wohnungen besitzt, oder Netflix, das kein Kino betreibt, machen deutlich, wie radikal sich die wirtschaftlichen Abläufe verändern.

Dieser Wandel birgt sowohl Chancen als auch Risiken: Laut Schätzungen des Weltwirtschaftsforums könnten durch KI weltweit rund 170 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen, während gleichzeitig etwa 92 Millionen bestehende Jobs durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien wegfallen könnten.

Das bedeutet: Wir erleben neue Formen der Beschäftigung, aber zugleich neue Unsicherheiten.

Die Gewerkschaften – darunter auch die CGFP als Gründungsmitglied der Europäischen Union Unabhängiger Gewerkschaften (CESI) – stehen vor einer doppelten Aufgabe: Sie müssen den Wandel aktiv gestalten, gleichzeitig aber Sicherheit für die Beschäftigten gewährleisten.

Vielelleicht wird das Credo der Zukunft lauten: Nicht die Arbeitsplätze an sich müssen geschützt werden, sondern der Mensch – in seiner Würde, seinen Rechten und seiner Teilhabe.

Das erfordert eine kluge Sozialpolitik, faire Löhne, Weiterbildungsrechte und eine echte Mitbestimmung – auch in neuen Beschäftigungsformen und beim Einsatz digitaler Technologien sowie künstlicher Intelligenz.

Sozialdialog als Standortvorteil

Dem öffentlichen Dienst und den Arbeitnehmervertretern kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Wir müssen begreifen: Die Gewerkschaften sind keine Krisenmanager, sondern entscheidende Wettbewerbsfaktoren.

Aus der jüngsten CESI-Resolution „Public Services and Social Partnerships: Foundations for a Competitive Europe“ vom März vergangenen Jahres geht hervor, dass Länder mit einem leistungsfähigen öffentlichen Dienst und einem ausgeprägten Sozialdialog eine höhere Produktivität erzielen, ein stabileres Wachstum erreichen und sich zudem schneller von Schocks und Krisen erholen.

Nach Auffassung der CESI darf die Wettbewerbsfähigkeit nicht durch Lohnsenkung, Deregulierung oder Sozialabbau definiert werden. Sie entsteht vielmehr durch intelligente Investitionen in Bildung, soziale Infrastrukturen, Innovationen und soziale Partnerschaften.

Europa braucht – so auch der nach seinem Verfasser benannte Draghi-Bericht zur Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit – nicht weniger Staat, sondern einen besseren, klügeren und leistungsfähigeren Staat.

Wettbewerbsfähigkeit bedeutet also nicht einfach mehr Druck und Effizienz.

Sie fußt auf weitsichtigen Investitionen in Menschen, Kompetenzen und Vertrauen – sichtbar in konkreten Maßnahmen: Bildung und lebenslanges Lernen, um den digitalen und grünen Wandel zu meistern; moderne Staatsverwaltungen, die durch künstliche Intelligenz unterstützt, aber nicht ersetzt werden; faire öffentliche Aufträge, die soziale und ökologische Kriterien verbindlich berücksichtigen; und ein konstruktiver Sozialdialog, der Arbeitnehmer und -geber als echte Partner einbezieht.

So entsteht eine Wettbewerbsfähigkeit, die nicht auf kurzfristiger Sparsamkeit beruht, sondern auf nachhaltiger Stärke – ein Fundament, das den öffentlichen Dienst, die Gesellschaft und die Demokratie insgesamt stabilisiert.

Luxemburg und die CGFP stehen exemplarisch für diese Herangehensweise: Das Großherzogtum beweist, dass Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Zusammenhalt kein Widerspruch sind. Auf europäischer Ebene wird somit deutlich, dass der Sozialdialog kein Luxus, sondern ein Standortvorteil ist.

Haltung zeigen, Vertrauen fördern

Eine weitere zentrale Botschaft betrifft den Umgang mit der zunehmenden gesellschaftlichen Überhitzung. In diesen angespannten Zeiten durchlaufen wir nicht nur eine technische, sondern auch eine moralische Bewährungsprobe. Jeder Tweet kann zum Skandal werden, jede Meinung zur Glaubensfrage. Demokratie braucht jedoch keine Lautstärke, sondern Haltung.

Wolfgang Schäuble, ehemaliger Präsident des Deutschen Bundestages, betonte einmal auf einer dbb-Veranstaltung zur Herausforderung demokratischer Gesellschaften: „Wir müssen lernen, mit dem Imperfekten zu leben. Das Perfekte gibt es nur in Diktaturen.“

Die deutsche Autorin, Journalistin und Schriftstellerin Mercedes Lauenstein schrieb den schönen Satz in der „Zeit“: „Ich würde mir wünschen, es gäbe statt der 800. Debatte über irgendwelche Befindlichkeiten mal eine über das offenbar vom Aussterben bedrohte Phänomen namens Drüberstehen. Wer einigermaßen friedvoll unter Menschen leben möchte, muss lernen, andere Weltanschauungen als die eigene auszuhalten. Das entspannt nicht nur Körper und Geist, sondern schützt auch noch die Demokratie.“

Gelassenheit – eine Eigenschaft, die heute wichtiger denn je erscheint. Die österreichische Schriftstellerin Marie von Ebner-Eschenbach beschrieb sie als eine anmutige Form des Selbstbewusstseins. Doch echtes Selbstbewusstsein entsteht nicht aus leeren Worten, sondern aus einem festen ethischen Fundament und

einem klaren Wertekompass, den man stets bei sich trägt.

Gerade diese innere Balance zwischen Überzeugung und Toleranz – diese Gelassenheit – zählt vielleicht zur wichtigsten Tugend unserer Zeit. Sie bildet die Grundlage für Vertrauen, Dialog und sozialen Frieden – und damit auch für eine starke Demokratie.

Für die Gewerkschaften sollte dies ein Leitmotiv sein: den Wert von Vertrauen, Dialog und sozialem Zusammenhalt immer wieder in den Mittelpunkt zu stellen. Dazu gehört auch ein bisschen mehr Gelassenheit – die anmutige Form des Selbstvertrauens. Denn Selbstvertrauen entsteht nicht nur aus Stärke; es verleiht sie einem auch.

Zukunft aktiv gestalten

Gewerkschaften wie die CGFP und ihre Mitgliedsorganisationen stehen seit Jahrzehnten für Werte, Bildung und Solidarität. Sie geben Orientierung, übernehmen Verantwortung und sorgen für Stabilität – und sie zeigen damit eindrucksvoll: Gewerkschaften sind keine Relikte der Vergangenheit. Gerade in unruhigen Zeiten gestalten sie aktiv eine gute und sichere Zukunft. Die europäische CESI-Resolution bringt es auf den Punkt: „Ein Europa, das investiert – in Menschen, in öffentliche Dienste, in Vertrauen – ist ein Europa, das Zukunft hat.“ Diese Worte erinnern uns daran, dass es unsere gemeinsame Aufgabe ist, eine Gesellschaft zu fördern, die auf Zusammenhalt, Solidarität und Vertrauen baut.



Klaus Heeger, gelernter Jurist, ist seit 2012 Generalsekretär der Europäischen Union Unabhängiger Gewerkschaften (CESI). Der Dachverband vertritt über 40 Mitgliedsorganisationen in Europa mit insgesamt mehr als fünf Millionen Beschäftigten, vor allem im öffentlichen Sektor. Die CGFP zählt zu den Gründungsmitgliedern der CESI und stellt seit 2012 den Vorsitz in der Person von Romain Wolff



EINKÜNFTE AUS VERMIETUNG (TEIL 2)

REVENUS DE LOCATION

DAS PRINZIP

- Wie bei allen anderen Einkunftsarten des Privatvermögens gilt die Regel:

$$\begin{aligned} & \text{Einnahmen (recettes)} \\ & \text{minus} \\ & \text{Werbungskosten (frais d'obtention)} \\ & \text{ergibt} \\ & \text{Nettoeinkunft (revenu net)} \end{aligned}$$

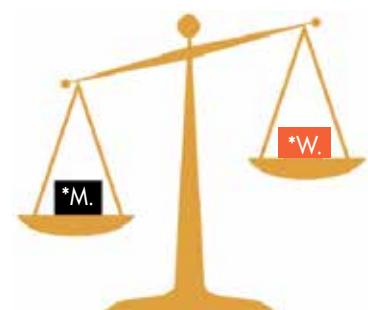
DIE EINNAHMEN: EINIGE REGELN

- Der Mietvertrag legt die Höhe der Mieteinnahmen fest.
- Besteuert werden nur die effektiv erhaltenen Mietbeträge: Fehlbeträge werden erst im Moment des Zufließens mit in Rechnung gestellt, z.B. im darauffolgenden Steuerjahr.
- Die vom Mieter erhaltene Kautions stellt keine Einnahme dar, solange sie nicht vom Vermieter einbehalten wird, z.B. bei Feststellung von Schäden am Ende eines Mietvertrags.

EINFLUSS DER VORAUSZAHLUNGEN FÜR NEBENKOSTEN



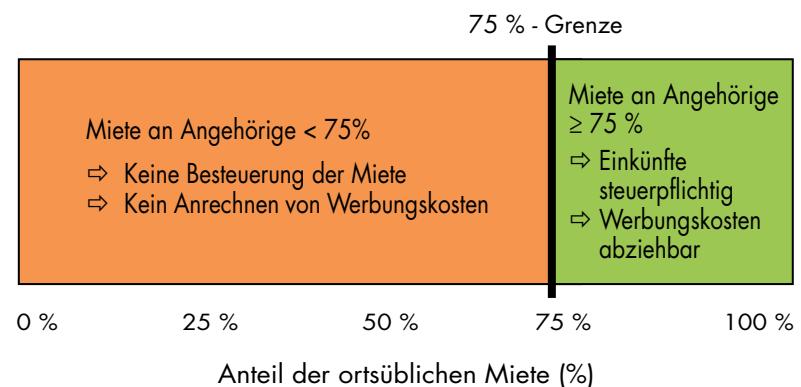
- Eigentlich gehören Vorauszahlungen des Mieters für dessen Nebenkosten zu den Einnahmen des Vermieters.
- Diese Kosten werden aber wieder vom Eigentümer an die Hausverwaltung weitergeleitet.
- Erstellt der Eigentümer einen Jahresabschluss über die Nebenkosten mit dem Mieter, bleiben diese für die Besteuerung neutral.



- Die steuerliche Praxis erlaubt es dem Vermieter, die Vorauszahlungen für Nebenkosten des Mieters ganz außer acht zu lassen.
- Der auf den Eigentümer anfallende Teil der Kosten darf natürlich als Werbungskosten abgezogen werden.

DIE HÖHE DER EINNAHMEN

- Eine teilweise Reduzierung der Miete bei nahen Angehörigen wird von der Steuerverwaltung toleriert, insofern die Kürzung nicht zu Einnahmen von weniger als 75 % einer üblicher Einnahme führt.
- Beispiel: die Miete für eine Wohnung liegt unter Drittpersonen bei 2.000 € / Monat. Der Eigentümer vermietet sie jedoch an seine Eltern für 1.600 € / Monat. Da die Miete immer noch über 75 % einer Miete unter Dritten liegt, wird sie der Besteuerung zugrunde gelegt.

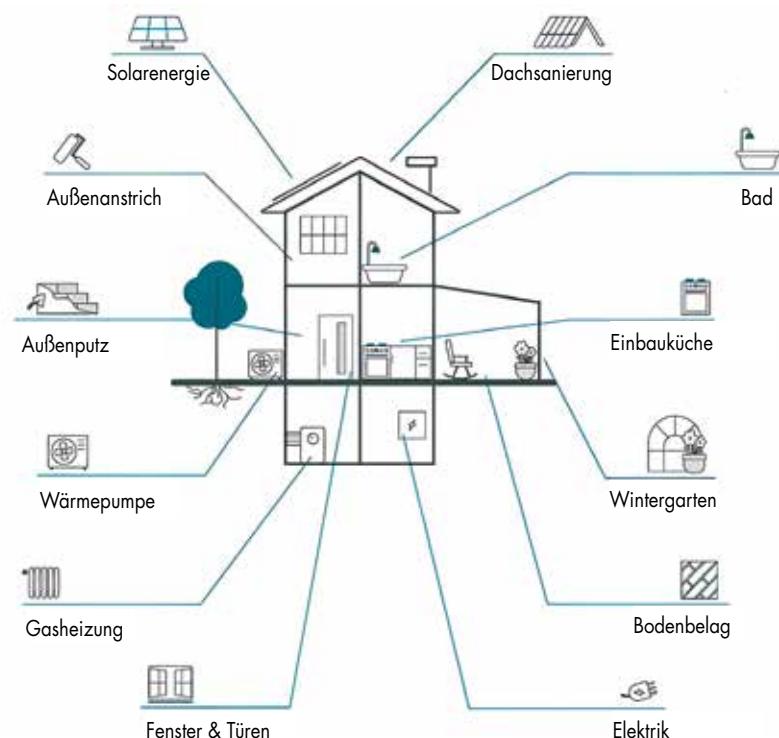


- Wird diese Untergrenze nicht erreicht, gilt die Wohnung als unentgeltlich überlassen, jedoch mit Kostenbeteiligung. Der Eigenwert (valeur locative) von 0 € ersetzt Einnahmen und Werbungskosten, inklusive Schuldzinsen, falls der Vermieter auch Besitzer seiner eigenen Wohnung ist.

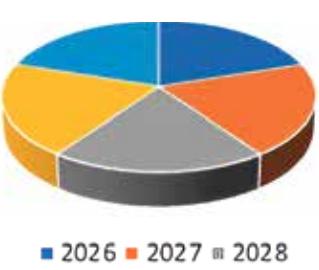
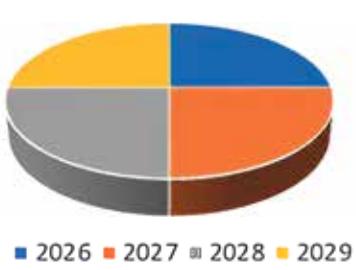
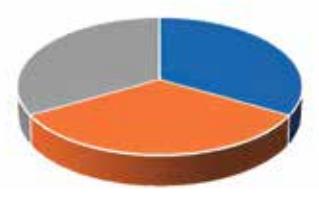
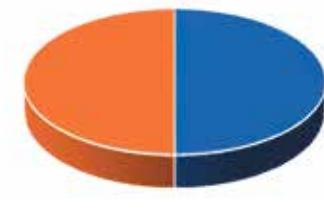
EINFLUSS DER VORAUSZAHLUNGEN FÜR NEBENKOSTEN



- Reparatur- und Erhaltungskosten gelten in der Regel als Werbungskosten.
- Dabei kommt es nicht auf die Höhe der Ausgaben an!
- Ausnahme: Werden gleichzeitig oder zeitnah mehrere Elemente des Gebäudes erneuert, sodass sich die Natur der Immobilie verändert oder sie neue Möglichkeiten zur Nutzung erlaubt, werden die Renovierungsarbeiten als Investition umqualifiziert. Sie erhöhen fortan den Anschaffungspreis und werden über den Weg der Absetzung für Abnutzung berücksichtigt und nicht als Werbungskosten im Jahr der Entstehung der Kosten abgezogen.



DIE AUFTEILUNG VON REPARATUR- UND ERHALTUNGSKOSTEN AUF MEHRERE JAHRE



Erreichen die Reparaturkosten insgesamt 50 % der jährlichen Mieteinnahmen (ohne dass sie aber dafür als Investitionen umqualifiziert werden), darf die Summe dieser Kosten gleichmäßig auf 2 bis 5 Jahre aufgeteilt werden. Der Steuerpflichtige hat hierbei die Wahl.

WEITERE TYPISCHE WERBUNGSKOSTEN:

- Beiträge zum obligatorischen Sparfonds für Arbeiten (fonds de travaux obligatoire)
- Versicherungen in Bezug auf das Mietobjekt
- Unterhaltskosten, die nicht beim Mieter zurückgefordert werden können
- Kosten zur Einforderung säumiger Mieten durch Anwalt oder Zwangseintreiber; Kosten für Mietprozesse.

DIE ABSETZUNG FÜR ABNUTZUNG



- Nur das vermietete Gebäude nutzt ab, der Grund und Boden, auf dem es steht, bleibt deshalb von einer Absetzung für Abnutzung unberührt!
- Es gilt demnach, zu allererst die Abschreibungsgrundlage (base d'amortissement) festzulegen, die mit dem Abschreibungssatz (taux d'amortissement) verrechnet wird, um die Abschreibung (amortissement) zu errechnen.
- Kosten des Notaraks sind dabei gegebenenfalls aufzuspalten auf das Gebäude und den Boden.

DIE BERÜKSICHTIGUNG DER AKTKOSTEN BEIM KAUF

Hierbei gibt es mehrere mögliche Fälle:

- 1 Es handelt sich um den Kauf einer **bereits bestehenden und baulich abgeschlossenen** Immobilie. Die Verwaltungspraxis sieht vor, den Grund und Boden mit 20 % des Gesamtkaufpreises der Immobilie zu bewerten. In den allermeisten Fällen gereicht diese Aufteilung dem Steuerpflichtigen zum Vorteil, da der Grund und Boden in der Regel einen größeren Teil des Gesamtkaufpreises ausmacht.

Beispiel:

Frau X erwirbt im Jahr 2026 ein zur Vermietung bestimmtes Haus für 1.000.000 €. Die Rechnung des Notars zum Verkaufsakt erhebt sich insgesamt auf 76.500 €.

Kaufpreis (Haus)		1 000 000 €
Akkosten beim Kauf		76 500 €
Gesamtanschaffungspreis beim Kauf		1 076 500 €
Wert von Grund und Boden	20 % von 1 076 500 €	215 300 €
Abschreibungsgrundlage	1 076 500 € – 215 300 €	861 200 €

- 2 Es handelt sich um den Kauf einer sich **bereits im Bau stehenden, aber noch nicht baulich abgeschlossenen** Immobilie. Hier kommt die Regel des auf 20 % geschätzten Wertes für Grund und Boden nicht zum Tragen, da der Kaufvertrag einen Preis für diesen festsetzt.

Die Kosten der notariellen Urkunde über den Vertrag sind gemäß dem Verhältnis zwischen Grundwert und Wert des bereits Erbauten aufzuteilen.

Beispiel:

Herr Y erwirbt im Jahr 2026 eine sich im Bau befindliche Immobilie (VEFA) zu Vermietungszwecken.

Preis für Grund- und Boden: 350.000 €

Preis für bereits geleistete Baumaßnahmen: 250.000 €

Preis für zukünftigen Bau: 275.000 €

Akkosten beim Kauf: 50.000 €.

Grund und Boden	350 000 €	
Gebäude (errichtet)	250 000 €	600 000 €
Gebäude (künftig)		275 000 €
Akkosten beim Kauf		50 000 €
Teil der Akkosten (Gebäude)	50 000 € × 250 000 € / 600 000 €	20 833 €
Abschreibungsgrundlage nach Abschluss des Baus	250 000 € + 275 000 € + 20 833 €	545 833 €

- 3 Es handelt sich um den Kauf einer **noch nicht im Bau stehenden Immobilie**.

Die Akkosten beziehen sich ausschließlich auf den Erwerb von Grund und Boden. Sie sind weder teilweise noch ganz dem Anschaffungspreis des Gebäudes zuzurechnen: die Abschreibungsgrundlage bleibt unberührt.

Beispiel:

Herr und Frau Z erwerben im Jahr 2026 eine sich noch nicht im Bau befindliche Immobilie (VEFA) zu Vermietungszwecken.

Preis für Grund- und Boden: 350.000 €

Preis für zukünftigen Bau: 525.000 €

Akkosten: 26.500 €.

Grund und Boden		350 000 €
Gebäude (errichtet)	///	0 €
Gebäude (künftig)		525 000 €
Akkosten beim Kauf		26 500 €
Teil der Akkosten (Gebäude)	///	0 €
Abschreibungsgrundlage nach Abschluss des Baus		525 000 €

FORTSETZUNG IN DEN NÄCHSTEN FP-AUSGABEN



BHW Bausparkasse AG Luxembourg

Eigenheimfinanzierung durch Bausparen
mit Vorfinanzierung beim CGFP-Partner BHW

16, rue Érasme • L-1468 Luxembourg-Kirchberg
@ info-lux@bhw.lu • www.bhw.lu



Absicherung der Familie im Todes- oder Invaliditätsfall durch eine günstige Restschuldversicherung bei CGFP-Assurances

18, rue Érasme, L-1468 Luxembourg-Kirchberg
@ info@cgfp-assurances.lu • ☎ 27 04 28 01



Eigenheiminteressenten

Die eigenen vier Wände sind der Wunsch eines jeden

BHW und **CGFP**

bieten ihnen hierzu die Möglichkeit
und zwar zu sehr attraktiven Bedingungen

Unschlagbares Angebot

für: Wohnungsbau/-kauf
Modernisierung
Grundstückserwerb

mit: Sofortkredit
CGFP-Vorzugsdarlehen
Steuervorteilen

Lassen Sie sich
unverbindlich
beraten!

Bitte ausfüllen und einsenden
oder QR-Code scannen:

OEL/CGFP

Oeuvre CGFP
d'Épargne-Logement
B.P. 595
L-2015 Luxembourg



Baukredit:
Ich bitte um
unverbindliche
Beratung durch einen
CGFP/BHW-Berater

(Name)

(Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(Plz. /Wohnort)

(Telefon)

(Dienstbezeichnung)

(Dienststelle)

Baufinanzieren

aktuell

Informationen • Meinungen • Tipps

Mitgeteilt von der BHW Bausparkasse und der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement

BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparen Plus

Bauen und Sparen

Die neuen Tarife BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparen Plus sind ideal zum Sparen und Bauen. Sie entscheiden sich für Ihr Ziel, BHW und die Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement ebnen Ihnen den Weg.

Zinsgünstiges Darlehen

BHW Wohnbausparen Plus bietet Ihnen ein zinsgünstiges Darlehen mit Festzinsgarantie über die gesamte Laufzeit. Das heißt, Sie machen sich unabhängig von den Kapriolen des Kapitalmarktes und stellen Ihren Wohnraum vom ersten Tag an auf eine verlässliche Basis.

Sie entscheiden selbst, ob und wann Sie Ihr Baugeld haben möchten.

Das Prinzip ist einfach: Je höher die Tilgung, desto schneller ist das Darlehen verfügbar. Wie hoch das Darlehen ist, ergibt sich aus Ihrem Sparvolumen, der Spardauer und der Tilgungsrate, die Sie bestimmen.

Egal, ob Sie Ihr Darlehen nun früher oder erst später in Anspruch nehmen. Entsprechend Ihren Wünschen haben Sie die Wahl zwischen zwei Darlehenszinsvarianten zu 2,35 % oder sogar zu 1,25 %.

Baugeld schon nach kurzer Zeit

Mit BHW WohnBausparen Plus kommen Sie ohne festes Mindestsparguthaben zum Baugeld. Für jene, die sofort mit dem Bauen anfangen möchten, gibt es die Möglichkeit, ihren Finanzierungsplan mit Hilfe eines BHW-Sofortkredits aufzustellen. Und als CGFP-Mitglied haben Sie zusätzlich Anspruch auf ein Gewerkschaftsdarlehen zum Vorzugszinssatz.

Staatlich gefördert

Die Einzahlungen auf Ihr Bausparkonto können Sie steuerlich absetzen: jährlich bis zu 672 Euro für jede zum Haushalt zählende Person. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern ergibt das z.B. 2.688 Euro. Seit der Umsetzung der Steuerreform sind weitere Verbesserungen der staatlichen Förderung in Kraft getreten, so zum Beispiel die doppelte Absetzbarkeit der Sparbeiträge für Bausparer bis 40 Jahre. Zudem sind die Zinserträge auf Bausparguthaben von der Quellensteuer befreit (ein CGFP-Erfolg). Das lohnt sich!



Kinder wünschen sich genug Platz zum Spielen, Lernen und Entspannen

QUELLE: SCHWÖRERHAUS / J. LIPPERT

Intelligent einrichten, besser leben

Trennen, verbinden, erweitern

In den Städten ist Wohnraum zum teuren Gut geworden. Familien fehlt es an Freiraum für das Wohnen mit Kindern. Vor allem in den Zimmern, in denen der Nachwuchs schlängt, spielt und lernt, kommt es mehr denn je auf kreative Planung an.

Für Kinderzimmer empfehlen Experten eine Größe von etwa 14 bis 18 Quadratmetern. Das ist nicht viel Platz, wenn man bedenkt, wofür der Nachwuchs den Raum alles nutzen will. Ritterburgen oder Eisenbahnen werden aufgebaut. Die ganz Kleinen beschäftigen sich mit Puppen, die Größeren mit Bastelarbeiten. Überall liegt Spielzeug herum. Platzreserven drohen spätestens auszugehen, wenn im Grundschulalter der Schreibtisch einzieht.

Ein Raum, viele Anforderungen

Für die Planung eines gut eingerichteten Kinderzimmers sollten Eltern im Auge haben, dass sich die Bedürfnisse ihrer Kinder im Laufe der Zeit ändern. Sie sollten daher Elemente und Funktionen möglichst variabel gestalten. Ein Raum sollte so gestaltet werden, dass er mitwächst! Klare Zonen für Spielen, Lernen und Entspannen anzulegen, hilft Kindern zudem, sich zu orientieren und fördert den Ordnungssinn.

Die zweite Ebene

„Es kann eine gute Idee sein, in das Zimmer eine zweite Ebene zu schaffen, zum Beispiel als Schlafplatz oder für den Schreibtisch“, sagt Krzysztof Pompa von der BHW Bausparkasse. „Vor dem Einbau sollte eine Fachfirma sicherstellen, dass alle relevanten Bau- und Sicherheitsvorschriften eingehalten werden.“ Im Zweifelsfall holt man sich Rat von einem Statiker. Wer umbaut, sollte auf stabile Materialien, ausreichende Raumhöhe – idealerweise mindestens 2,40 Meter – und auf gute Licht- und Luftverhältnisse achten. Viele Einbauten lassen sich auch in Eigenregie umsetzen.

Halten die Wärme: Wabenplissee

Es zieht! In Altbauten entweicht viel Wärme über die Fenster. Wabenplissee sorgen für rasche Besserung.

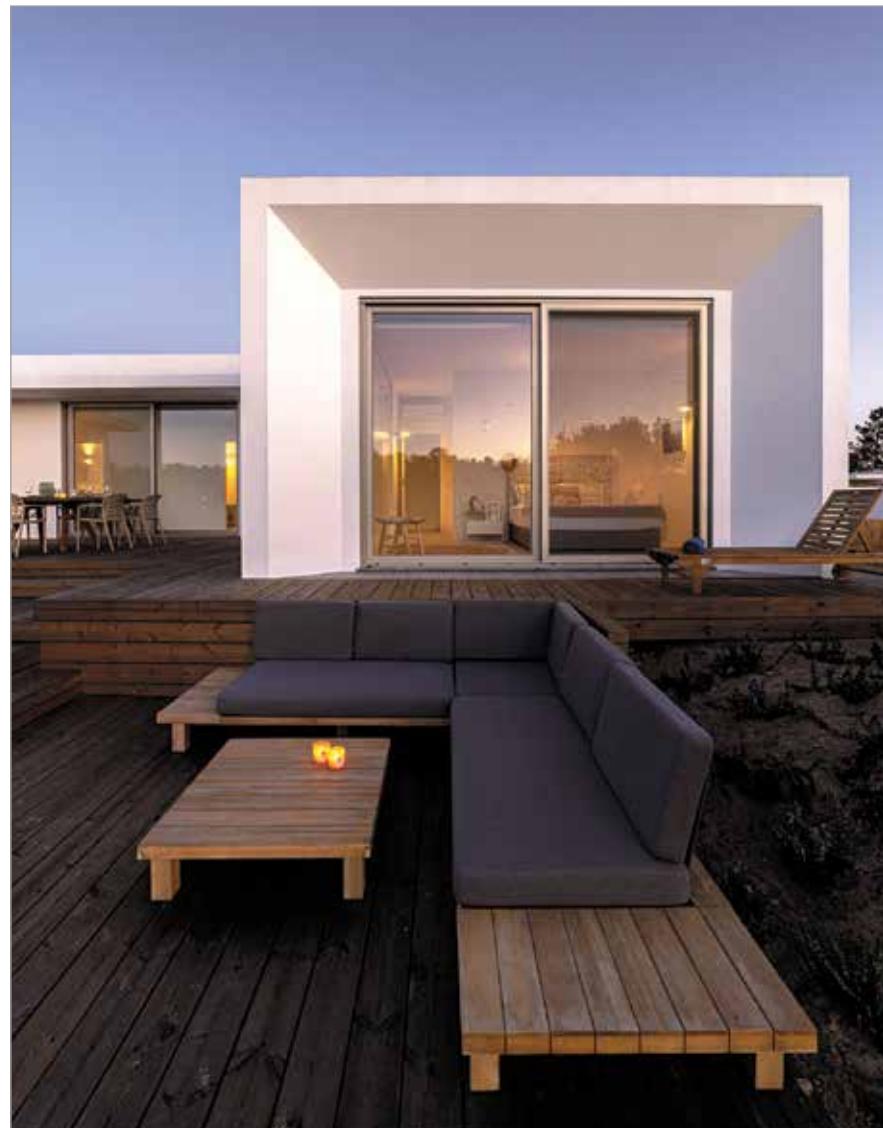
Es liegt an ihrer Struktur, dass vor dem Fenster angebrachte Wabenplissees Wärmeverluste spürbar reduzieren. Denn im Gegensatz zu einlagigen Plisseeen werden sie aus zwei Lagen Stoff gefertigt, zwischen denen sich kleine Hohlräume bilden. Darin entstehen Luftpolster, die eine isolierende Schicht zwischen Innenraum und Fensterfläche bilden. Die Wärme bleibt länger im Raum. „Plisseeen können den Heizbedarf eines Einfamilienhauses immerhin um bis zu sieben Pro-

zent reduzieren. Man sollte beim Kauf aber auf gute Qualität achten“, sagt Krzysztof Pompa von der BHW Bausparkasse. Im Sommer schützt das Luftpolsster vor Hitze. Ein weiterer Vorteil: Ganzjährig halten Plissees Lärm von draußen fern und verbessern die Akustik eines Raumes. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, Wabenplissees anzubringen. Man kann sie mit Klemmträgern oder Klebeplatten einfach am Fensterrahmen oder aber an der Glasleiste befestigen. Die Plissees gibt es in verschiedenen Dekors, in kräftigen oder warmen Farben. Je nach Stoffqualität und -dichte können sie Räume abdunkeln oder viel Sonnenlicht hereinlassen



Schicke Vorhänge gegen Kälte, Hitze und unerwünschte Einblicke

QUELLE: MHZ HACHTEL GMBH & CO. KG





Zum Phänomen der Armut: Zwischen Wissen und Handeln

In seinem Bericht vom 30. April 2024 schätzt das statistische Amt der Europäischen Union, Eurostat, die von Armut und sozialer Ausgrenzung unmittelbar bedrohten Menschen auf 93,3 Millionen, was 21% der europäischen Bevölkerung entspricht (Eurostat 2025). Weit davon entfernt, „für sich zu sprechen“, laufen Zahlen dieser Größenordnung Gefahr, das Vorstellungsvermögen des Einzelnen zu übersteigen oder eine Haltung resignativer Ohnmacht hervorzurufen. Ferner stoßen veröffentlichte Statistiken über den realen und potenziellen sozialen Abstieg vieler Bürgerinnen und Bürger – gerade in Wohlfahrtsstaaten wie Deutschland oder Luxemburg – zuweilen auf Unglauben oder Befremden. Denn ebenso schwer, wie es ist, sich 93,3 Millionen Menschen konkret vorzustellen, fällt es vielen, die Möglichkeit ernst zu nehmen, dass auch inmitten materiellen Überflusses Menschen unterhalb des Existenzminimums leben müssen.

Diese eingeschränkte Rezeptivität gründet vor allem auf der semantischen Unschärfe des Armutsbegriffs: Erfahrungen von Mangel oder partieller

Deprivation werden oft erst dann im Armutsdiskurs verortet, wenn das Leben unmittelbar gefährdet und das Individuum außerstande ist, die für das Überleben notwendigen Grundbedürfnisse zu stillen – wenn also die *absolute* Armut erreicht ist. In Europa hat sich aber längst eine andere Form etabliert, nämlich die weniger lebensbedrohliche *relative* Armut, die sich im Verhältnis zu den gesellschaftlichen Verhältnissen und dem allgemeinen Lebensstandard bemisst. Was also ist Armut? Der Begriff an sich vermag es nicht, wie jedes Abstraktum, auf eine konkrete Gegenständlichkeit unmissverständlich zu verweisen, und wird erst durch Attribute wie, bezieht es sich auf das nackte Überleben, absolut, oder, bezieht es sich auf den sozioökonomischen Kontext, relativ, substanziell. Substanziellierung bedeutet hier nichts anderes als die Konkretisierung eines abstrakten Begriffs durch seine realen Auswirkungen und Konsequenzen.

Das Unbehagen mit der semantischen Festlegung dieses Lexems, diese begriffliche Unschärfe zeigt sich auch in

offiziellen Berichten. So unterscheidet Eurostat in dem Titel seines Berichts von 2024 zwischen den Risikofaktoren „Armut“ und „sozialem Ausschluss“ – „people at risk of poverty or social exclusion“ (Eurostat 2025) –, spricht in der Einleitung jedoch von „three poverty and social exclusion risks“ (Eurostat 2025) – eine redaktionelle Inkonsistenz, die nicht nur sprachlich, sondern auch inhaltlich bedeutsam ist. Denn sie wirft die Frage auf, ob *in fine* Armut und sozialer Ausschluss gleichwertige Phänomene darstellen oder ob sie hierarchisiert werden können, d. h., ob der soziale Ausschluss vielmehr als Folge von Armut zu verstehen ist. Gerade diese begriffliche Unschärfe hat praktische Konsequenzen: Sie beeinflusst, was gemessen, wer gezählt und wem geholfen wird. Deutlich wird vor allem, dass die Definition von Armut zugleich von dem vorherrschenden gesellschaftlichen Diskurs abhängt und letztlich einer moralischen und politischen Entscheidung Ausdruck verleiht.

Insgesamt legen die erlebten und erfahrbaren Auswirkungen den Armutsbegriff und dessen Variabilität fest, da sie sich je nach Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur unterscheiden. Um die Armut quantitativ erfassen und bekämpfen zu können, müssen Kriterien bestimmt werden, die das Phänomen Armut empirisch greifbar und verifizierbar machen – etwa der mehrdimensionale Deprivationsindex der UNICEF (Unicef 2012), der festlegt, über welche Ressourcen, „items“, Kinder und Jugendliche verfügen sollten, oder Indikatoren wie Einkommen und Erwerbsintensität eines Haushalts. Doch auch dieses Instrumentarium bleibt kontextabhängig und unvollständig: Jede Messgröße schließt andere aus. Auf der analytischen Ebene wird stets Ungewissheit vorherrschen, und umso wichtiger ist es, dass die quantitative Deskription des Phänomens durch eine qualitative – humanwissenschaftliche – Perspektive bei der Festlegung und Bewertung von (Grund-)Bedürfnissen ergänzt wird – eine Perspektive, die fragt, was Menschen tatsächlich brauchen, um ein würdiges Leben führen zu können.

Bleiben Unsicherheiten bei der Beschreibung und Messung von Armut unvermeidlich, herrscht auf der normativen Ebene, bei der gesellschaftlichen Reaktion auf Kinder- und Jugendarmut Gewissheit bzw. eine bemerkenswerte Einigkeit. So stellt Maksim Hüenthal (2018, 107) in seinem Beitrag *Armut in der Kindheit* fest:

„Wer in öffentlichen Debatten Kinderarmut in einer reichen und wohlfahrtsstaatlich verfassten Industrienation wie Deutschland zum moralischen Skandal erklärt, verhält sich nicht nur erwartungsgemäß, sondern agiert auch im Modus der *Gewissheit!*“

Moralische Empörung entsteht dort, wo die schwächsten und die schutzbedürftigen Mitglieder der Gesellschaft leiden, und sie gründet auf einer unerschütterlichen ethischen Überzeugung, dass Armut kein naturgegebenes Schicksal, sondern Ausdruck gesellschaftlicher Verantwortung ist. Gewissheit herrscht auch über die Konsequenzen und Auswirkungen, die den relativen Armutsbegriff vergegenständlichen und die Multidimensionalität des Phänomens akzentui-



ieren – eine Komplexität, die ökonomische, soziale, sanitäre, psychologische, ethische und politische Aspekte miteinander verzahnt und somit einen höchst vielschichtigen Interdiskurs bildet. Zu Recht stellt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung klar, dass Armut „ein dynamischer Prozess und keine Eigenschaft“ sei. Wäre sie eine feste Eigenschaft, bliebe jede Veränderung bzw. Verbesserung ausgeschlossen – es wäre die Unterwerfung unter einen höchst fraglichen, da längst überholten Determinismus. Das dynamisch Prozesshafte eröffnet hingegen Handlungsspielräume: Armut ist veränderbar – eine Einsicht, die Hoffnung nährt und Initiative fordert.

Relative Armut wird von Betroffenen, insbesondere Erwachsenen, häufig als Demütigung erlebt, weil sie durch äußere, soziale Umstände, die ihre Selbstständigkeit beschneiden, verursacht wurde: Durch soziale Missstände verursachte Armut führt somit in eine fremdverschuldete bzw. aufgezwungene Unmündigkeit, da das Opfer unter anderen Umständen durchaus imstande wäre, für sich selbst zu sorgen. Amartya Sen (2001) zufolge entzieht Armut den Menschen nicht nur materielle Güter, sondern vor allem Fähigkeiten („capabilities“): die Möglichkeiten, sich zu bilden, gesund zu leben, selbstbestimmt zu handeln und an der Gesellschaft teilzuhaben. Für Kinder und Jugendliche, die eigenständige Anspruchsrechte und Bedürfnisse haben, bedeutet es Scham und Ausgrenzung, weil sie sich viele Dinge, die als selbstverständlich vorausgesetzt werden, nicht leisten können; für sie bedeutet es Verlust von Selbstachtung, d. h. von der Fähigkeit, auf sich selbst und seine Bedürfnisse achten zu dürfen und zu können, einer Fähigkeit, die Ralf Stoecker (2004, 114) mit dem Begriff der „individuellen Würde“ verschränkt: „Selbstachtung ist eine Haltung, die darin besteht, sich in seinem Denken, Fühlen und Handeln um die eigene, individuelle Würde zu kümmern.“ Relative Armut wirkt sich auf drei Ebenen aus: materielle Folgen in Bezug auf Ernährung, Kleidung, Wohnraum, medizinische Versorgung; immaterielle bzw. soziale Folgen wie fehlende kulturelle und ge-



sellschaftliche Teilhabe, eingeschränkte Bildungsmöglichkeiten, Stigmatisierung und Isolation; schließlich psychische Folgen wegen der Belastung durch ständige Unsicherheit, Stress und Angst. Relative Armut erschüttert das Fundament individueller und gesellschaftlicher Würde.

Inzwischen hat sich der Armutsdiskurs über ökonomische Fragen hinaus auf weitere Diskurse wie den ethischen und philosophischen ausgeweitet; so rückt zum Beispiel das 2021 erschienene *Handbuch Philosophie und Armut* von Gottfried Schweiger und Clemens Sedmak die Armut als moralisches Übel in den Mittelpunkt und wirft dementsprechend Fragen nach der individuellen, kollektiven und institutionellen Verantwortung gegenüber bedürftigen Menschen auf. Da relative Armut menschengemacht ist, muss sie auch durch menschliches Handeln überwindbar sein. Politische Programme bleiben oft abstrakt oder träge, staatliche Hilfen stoßen an Grenzen der Umsetzung. Daher kommt dem Engagement von Einzelnen, Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen eine unschätzbare Bedeutung zu, ist sie doch Ausdruck gelebter Verantwortung und Solidarität; sie zeugen von Menschen, die bereit sind, sowohl ihrer

Erkenntnis von Missständen als auch ihrer ethischen Überzeugung – Solidarität, Menschlichkeit und Verantwortungsbewusstsein – ein Gesicht und vor allem Tatkraft zu verleihen.

Gerade in diesem Sinn verdienen Stiftungen und gemeinnützige Vereine wie die *Fondation CGFP de Secours* besondere Anerkennung. Sie zeigt, dass konkrete Hilfe wirkt, dass Mitmenschlichkeit Grenzen überwindet und dass auch der Ein-

zelne einen Unterschied machen, etwas bewirken kann und nicht resignieren muss. Mögen wir aus dieser Erfahrung lernen: Armut ist keine unverrückbare Gegebenheit, sondern eine Aufforderung zum Handeln. Die Erkenntnis der Missstände darf nicht in Resignation münden, sondern in einem Appell nach Veränderung, getragen von Menschlichkeit, Solidarität und Tatkraft.

Claude Heiser

Literatur:

- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Lexikon der Entwicklungspolitik, s. v., „Armut“. Abrufbar unter: <https://www.bmz.de/de/service/lexikon/armut-14038> [zuletzt eingesehen am 21.10.2025].
 Eurostat, People at risk of poverty or social exclusion in 2024, 30.4.2025. Abrufbar unter: <https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/w/ddn-20250430-2#> [zuletzt eingesehen am 20.10.2025].
 Schweiger, Gottfried / Sedmak, Clemens (Hg.), *Handbuch Philosophie und Armut*, Berlin 2021.
 Hüenthal, Maksim, Armut in der Kindheit, in: *Handbuch Armut. Ursachen, Trends, Maßnahmen*, hg. v. Petra Böhnke, Jan Dittmann und Jan Goebel, Opladen und Toronto 2018, 107–119.
 Sen, Amartya, *Development as freedom*, Oxford 1999/2001.
 Stoecker, Ralf, Selbstachtung und Menschenwürde, in: *Studia philosophica* 63 (2004), S. 107–119.
 Unicef, Reiche Länder – arme Kinder. Unicef-Vergleichsstudie 2012. Neuartige Analyse zu Kinderarmut – Ergebnis für Deutschland enttäuschend, 29.5.2012. Abrufbar unter: <https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/presse/alle-presseartikel/vergleichsstudie-kinderarmut/276536> [zuletzt eingesehen am 20.10.2025].

**FONDATION
CGFP DE SECOURS**

CGFP-SERVICES

Wie kann man Gutes tun?

1. Mittels einer großzügigen Spende – gelegentlich oder regelmäßig – an das CGFP-Hilfswerk.
2. Zudem: Wenn Sie ein gutes oder weniger gutes Ereignis in Ihrer Familie oder in Ihrem Freundeskreis haben, dann können Sie Ihren Glückwünschen oder Ihrer Anteilnahme durch eine dem Anliegen entsprechende Spende an das CGFP-Hilfswerk Ausdruck verleihen.

Somit bekunden Sie aus Solidarität Ihre konkrete Verbundenheit mit vielen Bedürftigen dieser Welt.

Fondation CGFP de Secours

(agrée par arrêté grand-ducal du 19 octobre 1995)

CCPLULL: LU46 1111 0733 4614 0000



(Die Geldspenden sind steuerlich absetzbar
und werden dem Spender zertifiziert.)

Perspektiven einer soliden Zukunft

Die Sicherung des Wohlstandes erfordert ökonomisches Umsteuern

Unser so beliebter sozialer Fortschritt wird auf Dauer nur durch eine dynamische Entwicklung der luxemburgischen Wirtschaft ermöglicht und verfestigt. Dessen sind wir uns alle bewusst, und so sind nolens volens der ökonomisch-finanzielle Zustand des Landes und dessen positive Aussichten stets ein Anliegen aller Gewerkschaften und deren Mitgliedern.

In diesem Sinne bemüht sich „fonction publique“ über die Jahre hinweg regelmäßig, die strukturellen ökonomischen Veränderungen verständlich darzulegen und zu erläutern. Oft bleiben nämlich den Staatsdienstern wie den meisten Bürgern des Landes fundamentale Verschiebungen der Privatwirtschaft weitgehend verborgen, weil zahlreiche wichtige Akteure nur Firmenkunden im Ausland bedienen.

Dieses Bemühen wollen wir nun fortsetzen mit einer Darstellung der sich beschleunigenden Umstrukturierung unserer Wirtschaft. Neben den traditionellen Stützen unserer Exportsektoren, also den Stahlerzeugern und Zulieferern der Autoindustrie, den Banken und Fonds, den Versicherungen und Internetdienstleistern, haben völlig neue Tätigkeiten an Bedeutung gewonnen.

Weil wir eine Gesamtübersicht mit konkreten Zahlen und Beispielen vorlegen wollen, können wir in diesem Artikel aus Platzgründen keine ausführliche Darstellung der sogenannten Start-ups und Scale-ups, der Jungunternehmen im Hightech-Bereich, bringen. Wir werden also später darauf zurückkommen

Hoffnungsträger

Obschon diese Akteure noch nicht nennenswert zum Bruttosozialprodukt des Landes beitragen, sind sie dennoch die Hoffnungsträger für wirtschaftliche Erneuerung und langfristiges Wachstum. Die Erwartungen in den Erfolg der neuen digitalen Wirtschaft hängen eng zusammen mit der politisch-ökonomischen Multikrise, in der wir stecken und die sowohl enorme öffentliche als auch private Investitionen sowie gänzlich neue Technologien erforderlich macht.

Um auch Luxemburg einen angemessenen Anteil an diesem europäischen und weltweiten Aufbruch zu sichern, unternimmt die Regierung intensive Anstrengungen mit Subventionen und Forschungsaufträgen, mit Ausgaben in künftige Infrastrukturen (Hochleistungsrechner MeluXina, staatliche IRIS²-Satellitenzentrale in Bettemburg), in Bildung (neuartige Master-Abschlüsse der Universität) und Forschung (SnT, LIST, ESRIC), mit Starthilfen über Inkubatoren und Akzeleratoren (Brutkästen und Beschleuniger für Neugründungen) wie etwa Technoport und Tomorrow Street usw., sowie mit einem erleichterten Zugang zu Risikokapital via SNCI, Luxembourg Future Fund, Digital Tech Fund, Orbital Ventures, Defense Fund usw.

Das Spektrum der neuen Tätigkeitsfelder reicht von den Bemühungen um Klimabesserung und Nachhaltigkeit

keit (GreenTech, CleanTech), über den Gesundheitsbereich (HealthTech), die Finanzwelt (FinTech, RegTech, AssurTech), die Weltraumwirtschaft (SpaceTech, New Space) und die Datensicherheit (CyberTech) bis hin zur famosen DeepTech, welche ihrerseits Produkte umfasst wie AI/KI (Artificial Intelligence/Künstliche Intelligenz), IoT (Internet der Dinge), Blockchain, HPC (High Performance Computing), Quantum Computing oder Robotics. – Eine eingehendere Beschreibung all dieser Anstrengungen und Perspektiven werden wir in einer späteren „fonction publique“-Ausgabe nachreichen.

Problemfelder

Wer sich die Lage der luxemburgischen Wirtschaft als Ganzes ansieht, stellt fest, dass das Land, das jahrzehntelang ein außergewöhnliches Wachstum aufweisen konnte (siehe unsere beiden Schaubilder), derzeit genau wie seine Nachbarn nur langsam aus der schwachen Konjunktur herauskommt. Wirklich schlecht geht es aber lediglich in einigen Bereichen, die inländische Kunden bedienen, wie dem Bausektor und dem Gaststättengewerbe. Dabei beruhen deren Probleme, abgesehen von Personalmangel durch unbefriedigende Entlohnung und schlechten Arbeitsbedingungen, auf einer unzureichenden Nachfrage, sowohl beim Konsum als auch beim Investieren.

Ungewöhnlich ist diese Zurückhaltung der Kundschaft schon angesichts der derzeit spürbar gestärkten Kaufkraft durch staatliche Anstrengungen mit Steuersenkungen, erhöhten Sozialausgaben und etlichen neuen Subventionierungen. Leider aber ist die Stimmung in den Haushalten wie auch bei vielen Firmenchefs deutlich schlechter als es die ökonomische Realität tatsächlich ausweist.

Mitverantwortlich für diesen Pessimismus und die übertriebenen Ängste vieler Menschen ist ohne Zweifel die öffentliche Schwarzmalerei gewisser Patronsvertreter mit ihren absurdem Thesen zu einer ruinierten Wettbewerbsfähigkeit, einem nicht mehr reformierbaren Land und einem anstehenden Rentendesaster. Im Privatleben der Menschen kann Sparen

durchaus eine Tugend darstellen, doch derzeit zieht die Zurückhaltung bei den Ausgaben bedauerliche volkswirtschaftliche Folgen nach sich. Nicht hilfreich ist dabei, dass die Mainstream-Presse die irrationalen Ängste des Publikums per Meinungsumfragen verstärkt und sozusagen als berechtigt hinstellt.

Verschiebungen

Wer hingegen unsere exportorientierte Unternehmenswelt genauer betrachtet, stellt deren solide Gesundheit fest. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Exporteure wird durch eine traditionell extrem positive Leistungsbilanz belegt. Während des letzten Jahrzehnts erreichte der jährliche Überschuss stets mehr als drei Milliarden Euro und damit über 4 % des Bruttoinlandsprodukts.

Jüngst haben sich die relativen Anteile der einzelnen Wirtschaftsbereiche weiter verschoben, in Fortsetzung der schon zuvor festgestellten Langzeittrends. Der Beitrag des Stahlsektors zum geschaffenen Mehrwert (Bruttoinlandsprodukt/BIP), der zwischen 1960 und 2000 von 31,1 % auf 3,2 % gesunken war, fiel 2024 auf nur noch 0,7 %. Gleichzeitig schrumpfte die Landwirtschaft von 7,4 % über 0,7 % auf 0,3 %. Im Gegenzug rangiert nun der Weltraumsektor mit 1,8 % deutlich vor den beiden.

Rechnet man die Stahlherstellung heraus, sank die Industrieproduktion für 1960, 2000 und 2024 von 16,8 % auf 7,6 % und schließlich auf 3,2 % des BIP. Dass dabei der Anteil der Güterherstellung an der gesamten Wirtschaftsleistung in Luxemburg deutlich geringer ist als in den Nachbarländern, liegt aber vor allem an der außergewöhnlichen Expansion unserer Dienstleister. In der Regel sind jedoch unsere noch verbliebenen industriellen Hersteller von Exportgütern als Premiumproduzenten recht konkurrenzfähig.

Erfolgreicher Export

Luxemburg zählt zwar viele Zulieferer der deutschen Autoindustrie – einem nun massiv bedrohten Sektor – doch zeigen sich diese Unternehmen selbst zuversichtlich, weil sie es geschafft haben, sich rechtzeitig aus der Problemzone der Antriebstechnik zu verabschieden. Neue Kunden haben sie vor allem in den Bereichen Telekommunikation, Gebäudetechnik, Flugzeugbau und Weltraumfahrt gewonnen.

Ohnehin stellt sich heutzutage die Frage, was konkret unter herstellender Industrie zu verstehen ist, weil das Produzieren an sich zuweilen weniger bedeutend ist als das Entwickeln und Forschen. Keine Fabrikhalle, sondern lediglich Büro- und Laborräume braucht beispielsweise der seit fast 20 Jahren in Betzdorf ansässige Satellitenbauer LuxSpace, der mit 70 bis 80

Mitarbeitern kleine Himmelskörper und deren Bestandteile herstellt. Typisch ist diese Sachlage auch für die allermeisten Produzenten im Elektronik-, Kommunikations- oder Gesundheitsbereich.

Von den Brutto-Ausfuhrvolumina in Höhe von 168 Milliarden Euro stellen die Güter nur 29 Milliarden und die Dienstleistungen 139 Milliarden dar. Von letzteren stammen 77,6 Milliarden aus dem Finanzsek-

tor und 5,8 Milliarden von den Versicherungen. Das Transportwesen steuert 12,2 Milliarden bei, die Reisebranche 5,0 Milliarden und der IT/Telekom-Bereich 3,9 Milliarden, während die „Sonstigen Dienstleistungen für Unternehmen“ beachtliche 25,8 Milliarden erreichen. Fazit: Die Finanzwelt bleibt weiterhin eine tragende Säule der Wirtschaft, ist aber nicht mehr der Wachstumstreiber.

Solide Finanzmetropole

Der Finanzplatz im engeren Sinne (also die von CSSF und Zentralbank überwachten Akteure) beschäftigt rund 10 % der Erwerbstätigen des Landes, das entspricht gut 52.000 Jobs. Davon stellen die eigentlichen Banken mit Volllizenz heute nur noch die Hälfte dar, während sie zur Jahrtausendwende 87 % des gesamten Finanzsektors ausmachten.

Seit 2010 hat der Finanzplatz lediglich 9.000 neue Jobs geschaffen, während landesweit insgesamt 155.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden sind. Heute macht der Finanzsektor nur noch 10 % des Arbeitsmarktes aus, gegenüber 12 % vor 15 Jahren. Die Banken selbst beschäftigen statt 7 % nur noch 5 %, was durchaus als positiv zu bewerten ist, da hier eindeutig eine zu starke Abhängigkeit abgebaut wurde. Übrigens verharret die Zahl der Bankangestellten heute genau auf dem Niveau von 2007, während die anderen Bestandteile der Finanzmetropole personell um 80 % gewachsen sind.

Als positiv lässt sich vermerken, dass der Finanzplatz heute viel solider aufgestellt ist, weil er nicht nur seine Kundschaft erneuert und seine traditionellen Produkte verbessert konnte, sondern vor allem eine Anpassung an die sich ständig verändernden Erfordernisse geschafft hat und tatkräftig weiterverfolgt. Die klassischen Tätigkeiten wie Kontoeinlagen und Kreditvergabe haben sich zurückentwickelt und wurden ersetzt durch mehr Vermögensberatung und -verwaltung, die ständige Entwicklung neuer Finanzprodukte, vielfältigere Investmentfonds-dienstleistungen, das Mitwirken beim Beschaffen von Risikokapital und bei Firmenumstrukturierungen usw.

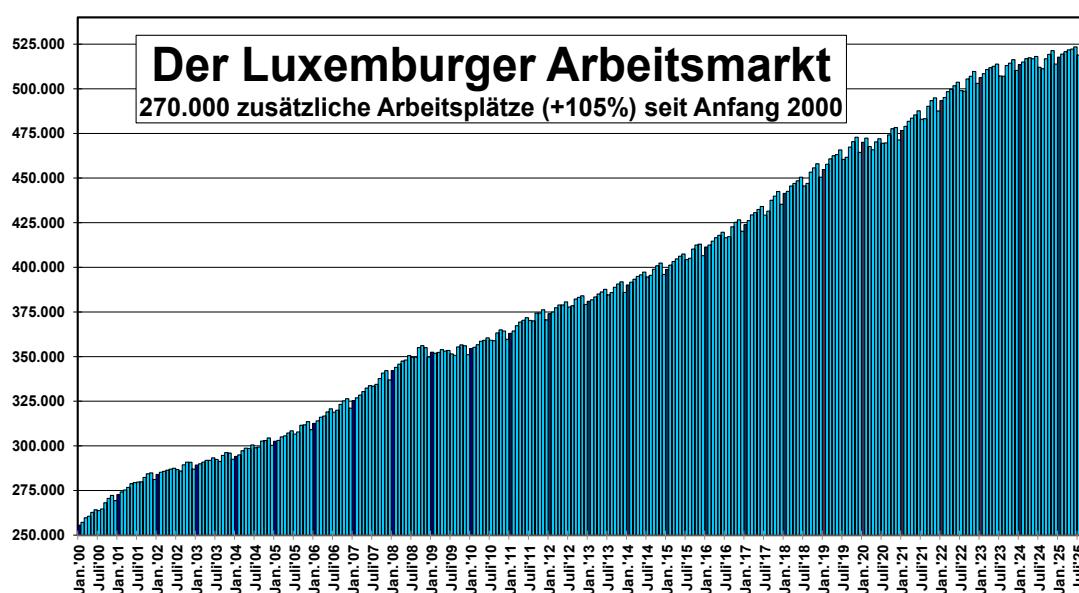
Luxemburg zählt viele FinTechs und bleibt bei Börsennotierungen, Wertpapierverwahrung und -abwicklung, elektronischem Zahlungsverkehr usw. führend involviert. Da zudem kein Bankgeheimnis mehr gegenüber ausländischen Fiskalbehörden besteht, sind die Banken von der Angst befreit, von einer „Dampfwalze“ der EU-Steuerharmonisierung überrollt zu werden.

Unsren Akteuren stellen sich zwar immer wieder neue Herausforderungen – so versucht Frankreich derzeit, unserer CSSF die Investmentfondsüberwachung zu entziehen – der Finanzplatz ist jedoch offensichtlich gut gerüstet, um bei der angesagten schnellen Vertiefung des europäischen Kapitalmarktes eine Hauptrolle einzunehmen.

Die Mitverdiener

Nicht enthalten in den erwähnten Beschäftigungszahlen sind die knapp 5.000 Beschäftigten der recht erfolgreichen Versicherungsbranche, die jüngst ihr internationales Geschäft stark ausbauen und abrunden konnte, nicht zuletzt dank der Brexit-Entwicklung.

Ebenso nicht mitgezählt sind die großen Audit- und Beratungsfirmen mit über 12.000 Mitarbeitern sowie die Anwaltskanzleien mit 3.800 bei Gericht zugelassenen Rechtsanwälten. Zur Anzahl der Rechtsberater drängt sich ein Vergleich mit den entsprechenden Zahlen für Gerichtsstandorte wie Metz, Nancy oder Reims auf, die jeweils deutlich



unter 500 Beschäftigten liegen. Bezuglich der „Big Four“ Firmen (PwC, KPMG, EY und Deloitte) ist dagegen hervorzuheben, dass sie ihren Personalbestand in den letzten zehn Jahren von 5.000 auf 10.000 Mitarbeiter mehr als verdoppelt haben.

Beide Berufsgruppen arbeiten zwar in einem erheblichen Ausmaß, aber nicht ausschließlich für die internationalen Finanzakteure. Ihre enorme Expansion erklärt sich daher weniger durch das Wachstum der Bankenwelt, sondern vielmehr durch eine Ausweitung der europäischen Finanz- und Fiskalregulierungen sowie durch die beachtliche Entwicklung der sogenannten Soparfs, die wir im Folgenden genauer vorstellen wollen.

Business Center

Die Bezeichnung der sogenannten SOPARFs, der „SOciétés de PARticipation Financière“, ist eher irreführend, weil sie den Eindruck vermittelt, dies seien bloß abstrakte Holdingstrukturen ohne reale Tätigkeit. Diese Firmen haben – von der Öffentlichkeit eher unbemerkt – eine solide Bedeutung für Luxemburg gewonnen. So erbringen sie derzeit 28 % der gesamten Körperschaftssteuern (gegenüber nur 22 % seitens der Banken und 24 % von den übrigen Unternehmen des Finanzplatzes!) sowie 26 % der kommunalen Gewerbesteuern. Bei den Kapitalertragssteuern beträgt ihr Anteil sogar 75 %, bei den Vermögenssteuern 70 % und bei den Tantiemensteuern 57 %.

Es handelt sich hier um Luxemburg-Niederlassungen multinationaler „Nicht-Finanz“-Konzerne unterschiedlicher geografischer Herkunft und diverser Marktsegmente, die im Inland keine oder kaum Handels- und Produktionstätigkeiten ausüben.

Sie verwalteten, überwachten und koordinieren grenzübergreifende Beteiligungen mit Konzernbilanzierung und Steueroptimierung. Oft stellen sie auch zentrale Dienste für ihre ausländischen Tochter- oder Schwesterfirmen sicher, wie etwa eine Zentralisierung des Schuldendienstes und der Liquiditätsanlagen des Gesamtkonzerns, Zentraleinkauf und Logistiksteuerung, Verwaltung von geistigem Eigentum, multikulturelles Marketing usw.

Holdings mit Substanz

Historisch gesehen sind die Soparfs zwar die Nachfolger der abgeschafften Holdings von 1929, doch haben sie nichts gemeinsam mit den 40.000 Briefkastenfirmen von einst. In der Regel müssen sie nämlich den Fiskalbehörden in ihrem Herkunftsstaat und in den Ländern, in denen sie produzieren und ihre Produkte und Dienstleistungen absetzen, nachweisen, dass ihre luxemburgische Firma „Substanz“ besitzt, das heißt, dass sie vor Ort Personal beschäftigt und über eine tatsächliche Geschäftsführung verfügt. Prinzipiell werden die Soparfs in Luxemburg „normal besteuert“, weshalb sie in den Genuss der Vorteile der bestehenden bilateralen „Anti-Doppelbesteuerungsverträge“ mit 80 bis 90 Staaten in der ganzen Welt kommen.

Zuweilen sind es Europazentralen von Konzernen aus anderen Kontinenten, manchmal formal sogar die oberste Konzernspitze von ausländischen Gruppen, deren reale Entscheidungszentralen meistens weit entfernt liegen. Zuweilen besteht die Niederlassung aus nur einer Handvoll Mitarbeitern, öfters ist es aber auch ein beachtliches Verwaltungs- und Koordinierungszentrum mit Hunderten von Managern und Spezialisten, in Einzelfällen – wie etwa bei Ferrero oder Amazon – sogar mit einer vierstelligen Mitarbeiterzahl.

Wie bei den Akteuren des Finanzplatzes gibt es für die Soparfs keine Hinweise auf eine Verlangsamung ihres Gedeihens oder auf ein mögliches Schrumpfen. So sind etwa an der Fiskalfront keine ausländischen Angriffe in Sicht. Die längerfristige Entwicklung entzieht sich jedoch

eindeutig jeder luxemburgischen Kontrolle, und hinsichtlich der Qualität oder der strategischen Ausrichtung neuer Soparfs haben unsere Behörden keinen Einfluss.

Zeitenwende

Um hier nicht in eine neue Abhängigkeit zu geraten, brauchen wir ebenfalls Firmen, bei denen nicht bloß das Corporate Management in Luxemburg angesiedelt ist, sondern die auch eine produktive Tätigkeit ausüben. Ansonsten können wir nicht mit von der Partie sein, wenn sich die Wirtschaft in Europa und der Welt technologisch neu ausrichtet. Die intensiven Probleme der derzeitigen Multikrise, die alle gleichzeitig zu meistern sind, bieten nämlich nun besonders viele unternehmerische Gelegenheiten mit langfristigem Potenzial.

Enorme Anstrengungen verlangen etwa die Anpassungen zum Klimawandel und die Absicherung der Energieversorgung, genau wie die angesagte Digitalisierung mit ihrer Invasion von Algorithmen, Künstlicher Intelligenz und Robotern. Gleichzeitig wird der globale Handel mit seinen komplexen Lieferketten durch Nationalismus, Protektionismus und Zollwahnsinn infrage gestellt. Europa hat politisch erkannt, dass derzeit hohe Strukturinvestitionen in vielen Bereichen erforderlich sind, trotz einer heiklen Haushaltsslage in vielen Staaten.

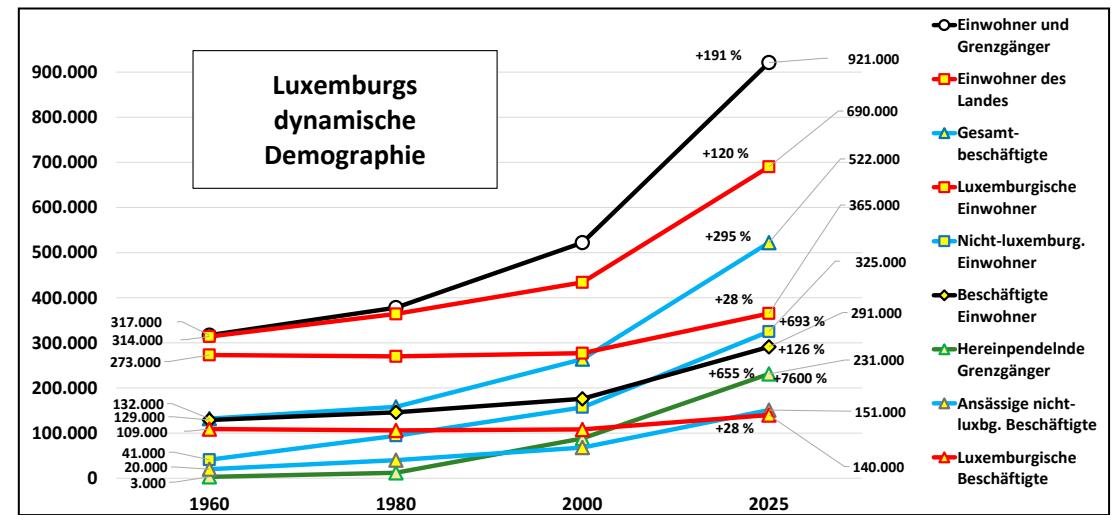
Die beträchtlichen Budgetmittel, die kurz- und mittelfristig bereitgestellt werden, betreffen zum Teil gänzlich neue Produkte und Dienstleistungen, mit entsprechenden Chancen für innovative und dynamische Unternehmen. Das sichtbarste Beispiel ist dabei derzeit der Sicherheits- und Verteidigungsbereich, weil nun eine massive Aufrüstung angeagt ist. Zum Ukraine-Krieg könnten weitere Konflikte hinzukommen, und gleichzeitig geht uns die sichere Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten verloren.

Auch Luxemburg hat als NATO-Mitglied seine Verteidigungsausgaben, die 2020 nur 0,4 Milliarden betragen, für 2025 schlagartig von geplanten 0,8 Milliarden auf reale 1,2 Milliarden Euro erhöht. Die Verdreifachung binnen fünf Jahren ist aber nur ein Anfang, denn bis 2035 ist zusätzlich eine Vervierfachung auf 4,6 Milliarden geplant. Um diese Zahlen in ihrer Enormität einzuordnen, sei etwa daran erinnert, dass Luxemburg für alle Budgetausgaben des kommenden Jahres lediglich 30 Milliarden Euro eingeplant hat, davon 4,6 Milliarden für das Erziehungsministerium.

Die Finanzierung der Aufrüstung wird für viele Staaten Europas verheerende budgetäre und politische Folgen haben. Auch für das budgetär gut aufgestellte Luxemburg wird dies wahrscheinlich ein wichtiges Thema werden, auf das wir zurückkommen werden. Hilfreich werden hier wohl die Einkünfte der neuen „BEPS-Pillar 2“-Steuer, die führenden internationalen Experten zufolge Luxemburg jährlich Milliarden einbringen werden, im Haushaltsgesetz für 2026 aber nur mit 80 Millionen angeführt sind.

Aufrüstung

Wenn bei dieser enormen Ausgabensteigerung nicht vor allem ausländische Lieferanten beglückt werden sollen, muss schon ein Teil des Geldes hierzulande verbleiben. Deshalb arbeiten Regierung und Verwaltung im Rekordtempo am Aufbau eines neuen Wirtschaftszweiges für Verteidigung und militärisch-zivilen Bedarf („Defense &



Dual-Use“). Dabei werden wohl Space und Cybersecurity zwei zentrale Handlungsfelder sein, weil wir in diesen Bereichen schon über ein beachtliches Know-how verfügen.

Immerhin sind im Handumdrehen in Steinsel und Foetz Fabriken für Militärfahrzeuge und Kriegsdrohnen (Ausstoß: 1.000 Drohnen pro Monat) entstanden. Doch bleibt es noch weit bis zu einer soliden Verteidigungsindustrie, wenngleich die Regierung eine Liste von 110 Akteuren vorlegte, die im Sicherheitsbereich produzieren oder forschen. Nicht bekannt ist, welche Leistungen die Regierung bei der jüngsten Bestellung von 54 Jaguar- und Griffon-Panzerfahrzeugen mit deren Herstellern vereinbart hat.

Dual-Use

Sicherheit und Verteidigung beruhen nicht bloß auf Waffen und Munition, sondern basieren zunehmend auf Software und Hightech. Die kriegswichtigen Drohnen, Flugzeuge und Militärfahrzeuge sind ausnahmslos weltraumgesteuert oder -vernetzt. Weil inzwischen in ganz Europa wichtige öffentliche Infrastrukturen zunehmend zur Zielscheibe von bösartiger Sabotage werden, rückt nun auch die Telekom- und Datensicherheit in den Verteidigungsbereich.

Nun gehören der Weltraum, die digitale Verschlüsselung und der Fernmelde- schutz seit Jahren schon zu den Prioritäten unserer staatlichen Modernisierungsagenda, sodass sie zu Hoffnungsträgern der „Dual-Use“-Strategie werden. Um in diesen Bereichen weiteres Risikokapital für Privatinvestoren bereitzustellen, entsteht zurzeit unter Federführung der Nationalen Kredit- und Investitionsge- sellschaft SNCI ein staatlicher „Defense Fund“ mit einer Erstausstattung von 150 Millionen Euro.

Größter Akteur im Verteidigungsbereich ist heute die Société Européenne des Satellites (SES) mit ihrer renommierten Tochter „SES-Space & Defense“. Der wichtigste Einzelkunde des Satellitenbetreibers in Betzdorf ist seit zwei Jahrzehnten das US-amerikanische „Department of Defense“. Derzeit stammt bereits ein Viertel des gesamten SES-Umsatzes – das sind immerhin Jahreseinnahmen von über 900 Millionen Euro! – von 60 Militär- und Si- cherheitskunden aus 30 Ländern nebst NATO und UNO. Beeindruckend!

Weichensteller Staat

Der ökonomische Umschwung, den der neue Bedarf im Verteidigungsbereich auslöst, unterscheidet sich von den andern anstehenden Umwälzungen lediglich

dadurch, dass er total öffentlich finanziert werden muss. In den übrigen Bereichen mit akutem und massivem Handlungsbedarf in Europa (wie Klima, Energie, Digitalisierung und Kl. souveräne Lieferketten, autonomes Fahren usw.) wird die Neuorientierung hingegen größtenteils auf Initiativen und Entscheidungen der Privatwirtschaft beruhen.

Dabei wird das Engagement der Investoren von den Rahmenbedingungen abhängig sein, welche die politischen Entscheidungsträger schaffen, sowie auch von der schnellen Anpassung und Ausweitung der öffentlichen Infrastrukturen. In den letzten Jahrzehnten kam Luxemburg als Wirtschaftsstandort gut voran, weil es seine relativen Vorteile optimal nutzte und zielpstrebig bewahrte, nicht zuletzt auch, weil unser Staat budgetär immer handlungsfähig geblieben ist.

Von entscheidender Bedeutung ist heute, dass die derzeitige Regierung, genau wie ihre Vorgänger, den Investitionen in öffentliche Infrastrukturen eine hohe Priorität einräumt, trotz des Widerstands von extremen Sparpredigern, Budgetpessimisten und „Antidefizit-Extremisten“. Die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandortes sowie auch die künftige Lebensqualität der Einwohner verlangen eine mutige Vorwärtsstrategie.

Prioritäten setzen

Einer Volkswirtschaft geht es nämlich nicht anders als einem Einzelunternehmen. Erfolgreich bleibt nur, wer sich ständig den Erfordernissen der modernen Welt anpasst. Wer sich aber nicht anstrengt, gerät schnell unter die Räder. Weil sich die ARBED beharrlich auf Stahl beschränkte, kennen heute die Jugendlichen nicht einmal mehr deren Namen.

Es besteht einfach kein Zweifel daran, dass bei der neuen Digitalisierungswelle jene Regionen und Länder ins Hintertreffen kommen, die keine Künstliche Intelligenz nutzen wollen oder können. Dies bedeutet jedoch keineswegs, dass alle Ausgaben in diesem Bereich schnell Gewinne abwerfen werden, oder dass der derzeitige weltweite Höhenflug der Börsen nicht in einem spektakulären Crash enden kann.

Die Zukunft ist immer ungewiss, und die aktuelle Lage ist international sehr konfliktgeladen und wirkt extrem bedrohlich. Luxemburg aber kann es mit entschlossenen Anstrengungen und klugen Plänen schaffen, unter der Einbringung hoher Investitionen die vielen Herausforderungen in neue Entwicklungsmöglichkeiten umzuwandeln.

Paul Zimmer

Luxemburger Demographie	1960	2025	Veränderungen
Einwohner und Grenzgänger	317.000	921.000	+ 191 % + 604.000
Einwohner des Landes	314.000	690.000	+ 120 % + 376.000
Gesamtbeschäftigte	132.000	522.000	+ 295% + 390.000
Luxemburgische Einwohner	273.000	365.000	+ 34 % + 92.000
Nicht-luxemburg. Einwohner	41.000	325.000	+ 693 % + 284.000
Beschäftigte Einwohner	129.000	291.000	+ 126 % + 162.000
Hereinpendernde Grenzgänger	3.000	231.000	+ 7600 % + 228.000
Ansässige nicht-luxbg. Beschäftigte	20.000	151.000	+ 655 % + 131.000
Luxemburgische Beschäftigte	109.000	140.000	+ 28 % + 31.000



les Jardins d'Alysea
MAISON DE SOINS
Résidence 5 étoiles

Wöllkomm bei lech!

Eingebettet in eine ruhige und grüne Oase, unmittelbar am Naturschutzgebiet von Krauthem, liegt das Pflegeheim „Les Jardins d'Alysea“ nur 15 Minuten von Luxemburg-Stadt entfernt.

Behaglichkeit, eine zauberhafte Lage, hochwertige Dienstleistungen, Aktivitäten und Unterhaltung, vollendete Kochkunst und die Einhaltung strikter Hygienemaßnahmen sind hier Garanten für sorgloses Wohlbefinden!

VIEL MEHR ALS NUR EIN PFLEGEHEIM
„Les Jardins d'Alysea“ bietet in zwei modernen Gebäuden ein hohes Maß an Komfort sowie erstklassiger Pflege und Sicherheit für Dauer- oder Genesungsaufenthalte - dies alles unter Berücksichtigung der Intimsphäre und der privaten Vorlieben der Bewohner!

SICH „WIE ZUHAUSE“ FÜHLEN...
„Les Jardins d'Alysea“ verfügt über geräumige und behagliche Privatbereiche, gemütliche Gemeinschaftsräume, einen Pflanzengarten, eine einladende Terrasse und einen Wellnessbereich.

Für das leibliche Wohl stehen Restaurants und eine Cafeteria zur Verfügung, wobei das Angebot natürlich an die Ernährungspläne der Bewohner angepasst wird.

UMFASSENDE UND INDIVIDUELLE PFLEGE
Die Wohn- und Pflegestruktur eignet sich sowohl für gering pflegebedürftige Personen als auch für Menschen mit körperlichen Beschwerden, Personen mit Gedächtnisstörungen sowie für Alzheimer-Patienten oder Patienten mit ähnlichen Pathologien.

Ein spezialisiertes Team von Fachkräften aus dem Medizin- und Pflegebereich sorgt für umfassende Hilfe, Pflege und Unterstützung im Alltag, sowie für eine auf jeden Bewohner angepasste Versorgung. Unterstützend gewährleisten Ärzte eine regelmäßige und individuelle medizinische Betreuung.

VORÜBERGEHENDE ODER DAUERHAFTE AUFENTHALTE
„Les Jardins d'Alysea“ bietet eine große Auswahl an Unterkünften, die je nach Ihren Bedürfnissen oder Wünschen kurz-, mittel- oder langfristige Bedürfnisse abdecken. Wir bieten unter anderem Unterkünfte für Menschen an, die sich von einer Krankheit oder einer Operation erholen oder einfach eine Pause vom Alltag machen möchten. Interessierte können das Wohnheim auch im Rahmen einer „Découverte“ kennenlernen und sich von der Gastfreundschaft der Mitarbeiter, dem Service und dem Charme unseres Wohnheims begeistern lassen.




48, rue de Hellange
L-3327 Crauthem
Tel.: 27 12 93-1
welcome@alysea.lu
www.alysea.lu



HOMEXPERTS.LU

Méi Service, Manner Risiko!

*Well hei bekëmmert
de Patron sech
nach selwer èm
all Client.*




**LEICHTER GEHT'S NICHT!
MIT NUR EINEM TERMIN IHR
BLUT SPENDEN.**

Buchen Sie Ihren Termin unter
www.dondusang.lu

Mehr unter:
www.dondusang.lu

DON DU SANG

27 55-4000 | www.dondusang.lu



Scannen und
Termin buchen

croix-rouge luxembourgeoise 

Cours de formation et d'appui scolaires



Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire classique et général luxembourgeois

INSCRIPTION ET INFORMATIONS

ACCUEIL TÉLÉPHONIQUE:
mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30,
mercredi: de 14h30 à 16h30,
jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

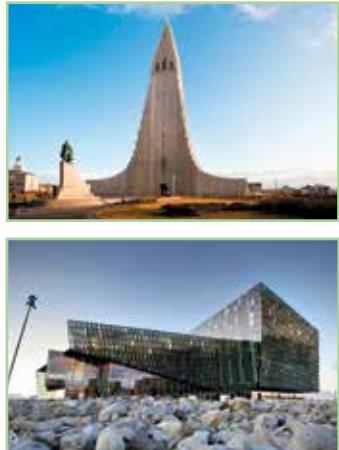
Tél.: 26 77 77 77 – afas@cgfp-services.lu
<https://www.cgfp-services.lu/services/afas>

AFAS CGFP 
Association de Formation et d'Appui scolaires a.s.b.l.

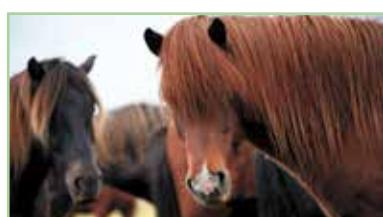


LUX VOYAGES

DERTOUR



ISLAND - RUNDREISE MIT FLAIR



Island berührt – mit spektakulären Wasserfällen, stillen Fjorden, schwarzen Sandstränden und faszinierenden Vulkanlandschaften.

Diese elftägige Autoreise führt Sie entspannt durch die schönsten Regionen der Insel aus Feuer und Eis – mit gut geplanten Tagesetappen und mit Übernachtungen in charmanten, stilvollen Hotels.

Entdecken Sie den berühmten Golden Circle, die Gletscherlagune Jökulsárlón, die schwarzen Strände, das Naturparadies Diamond Circle sowie die Region Myvatn. Ein besonderes Highlight ist der Besuch des Myvatn Nature Bath – eines der schönsten Thermalbäder Islands – der Eintritt ist bereits im Reisepreis inbegriffen.



**Reisepreis ab: 2.499 € * pro Person
im Doppelzimmer, inklusive**

- 10 Übernachtungen mit Frühstück
- ausgewählte Eintritte
(Lava Center Hvolsvöllur, Myvatn Nature Bath)
- Reiseführer

Reisezeitraum: vom 01.05. bis 31.10.

* Frühbucherbonus bei Buchung bis zum 31.01.2026

*Individuelle Autoreise ohne Reiseleitung
Mietwagen nicht inklusive*

Gerne beraten wir Sie und stellen Ihnen die ausführliche Reisebeschreibung dieser und vieler weiterer Dertour-Reisen vor. Wenden Sie sich einfach an Lux Voyages, Ihre CGFP-Reiseagentur.



LUX VOYAGES s.à r.l.
25-A, boulevard Royal ▪ L-2449 Luxembourg
Tel.: 47 00 47 - 1 ▪ info@luxvoyages.lu

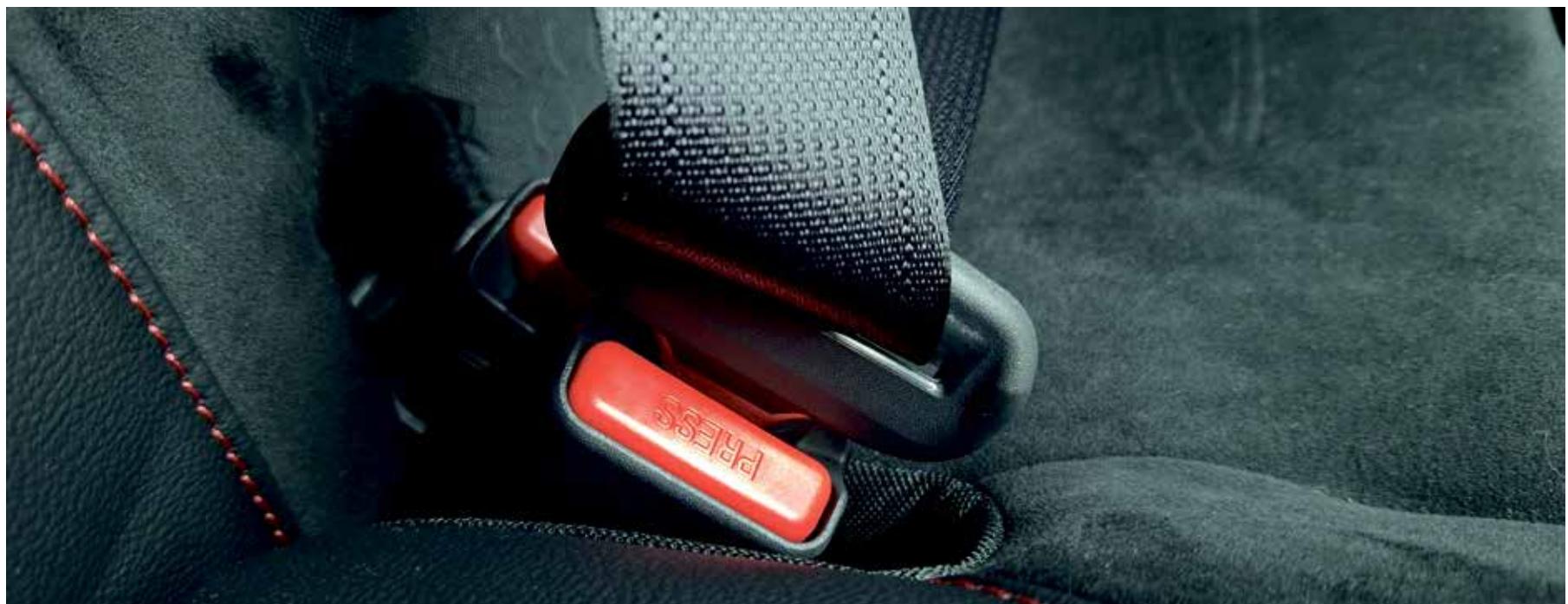




fonction
publique

SPÉCIAL MOBILITÉ

Pourquoi boucler les ceintures de sécurité à l'arrière, même sans passager ?



Ce geste est devenu un réflexe : en voiture, on boucle sa ceinture de sécurité. Mais il faudrait également boucler les ceintures de sécurité à l'arrière, même en l'absence de passager.

On les boucle depuis environ un demi-siècle. Dans de nombreux pays européens, le port de la ceinture de sécurité à l'avant d'un véhicule est devenu obligatoire dans les années 1970, puis l'obligation a été étendue aux places arrière une vingtaine d'années plus tard.

Des bretelles protectrices

Lors de la course automobile Paris-Marseille de 1896, une voiture est équipée d'un harnais, ancêtre de la ceinture de sécurité. Sept ans plus tard, un Québécois dépose un brevet pour des « bretelles protectrices pour automobiles ». En 1954, la marque espagnole Pegaso, qui produit des coupés sportifs en petite série, monte pour la première fois une ceinture de sécurité : elle est ventrale et à deux points. En 1959, la première ceinture à trois points apparaît sur une Volvo Amazon : il s'agit d'une ceinture abdominale complétée par une sangle oblique passant sur le thorax.

Dans les années 1970, le port de la ceinture devient obligatoire aux places avant, avec toutefois certaines restrictions : en France, il n'est alors obligatoire qu'en dehors des agglomérations. Les choses s'accélèrent ensuite : après l'apparition de la ceinture avec enrouleur en 1976 et du prétenisseur en 1987, le port de la ceinture devient obligatoire sur toutes les routes, y compris aux places arrière, dans les années 1990.

Un tiers d'irréductibles

Pour la plupart des automobilistes, boucler sa ceinture de sécurité est devenu un réflexe machinal. Un comportement qui n'est toutefois pas encore universel. Il semblerait qu'environ un tiers des automobilistes européens restent réfractaires, avec de grandes disparités entre les pays. Le port de la ceinture est le plus répandu au Danemark, à l'inverse de la Bulgarie, où il demeure le plus faible : selon des données récentes, plus de 80 % des automobilistes bulgares (conducteurs et passagers) ne portent pas leur ceinture de sécurité.

Si la ceinture de sécurité a largement fait preuve de son efficacité, son port à l'arrière, même sans passager, reste encore méconnu.

Rigidifier la banquette arrière

Peu d'entre nous ont le réflexe d'attacher les ceintures de sécurité de la banquette arrière, même en l'absence de passager. Cette habitude peut certes paraître étrange, mais elle est pourtant devenue une recommandation officielle de la Direction générale de la circulation espagnole.

Il y est expliqué que les banquettes arrière ne sont pas toutes fixées de la même manière, les modalités de fixation variant selon les constructeurs. Sur les véhicules plus anciens, ces banquettes peuvent même bouger, glisser ou se déformer lors de manœuvres brusques ou en cas d'impact.

Sur la base de nombreux tests, il apparaît que les ceintures de sécurité attachées contribuent à rigidifier l'ensemble de la banquette et à empêcher ces mouvements intempestifs qui peuvent compromettre la sécurité des occupants installés à l'avant. Les ceintures agissent alors comme un renfort supplémentaire, maintenant la structure (et la banquette) en place.

L'effet éléphant

La ceinture permet également de maintenir les objets posés sur la banquette arrière en place. Certes, les bagages et autres objets doivent en principe être rangés dans le coffre, mais lorsqu'ils sont posés sur la banquette arrière sans être attachés, ils peuvent produire un « effet éléphant » en cas d'impact ou de freinage très brusque.

L'« effet éléphant » est un concept qui illustre la force dévastatrice d'un objet ou d'un corps non attaché lors d'un choc. À 60 km/h, un objet ou un passager de 75 kg non attaché peut frapper le siège avant avec une force équivalente à celle d'un éléphant de 4,2 tonnes. Boucler les ceintures à l'arrière ou risquer de recevoir la banquette arrière ou un éléphant dans le dos : le choix est vite fait.

AUTO FESTIVAL 2026



Golf GTI Edition 50

2.0 TSI, 325 ch, boîte auto. 7 vitesses

Prix net **39.900 € TTC**

OFFRE FESTIVAL

379€ TTC /mois⁽¹⁾

Offre PrivateLease. ~~447€ TTC /mois~~

AVANTAGE FESTIVAL

10.400€ TTC

La nouvelle Golf GTI

Made by life. Made for life.

volkswagen.lu/Autofestival



Consommation moyenne Golf GTI (WLTP): 7,9–7,6 l/100km. Émissions CO₂: 179–173 g/km. Les valeurs de consommation et d'émission indiquées ont été déterminées selon les méthodes de mesure prescrites par la loi. Photo non contractuelle. Sous réserve de modifications ou d'erreurs. Offres valables pour des commandes jusqu'au 28/02/2026. (1) Exemple: durée de 48 mois, 15.000 km/an,acompte de 3 500 €. Partie financement hors services supplémentaires pouvant être ajoutés (assurances, entretiens, pneus...).

A photograph of a man and a woman hugging joyfully in a modern parking garage. They are standing next to a red car. The man is wearing glasses and a brown sweater, and the woman is wearing a white blouse and grey trousers. A hand holding a clipboard is visible on the left side of the frame.

BANQUE RAIFFEISEN, S.C.

Financez votre coup de cœur.

**Prêt auto : financez votre projet
tout en maîtrisant votre budget.**

Parlons de votre projet en agence ou sur raiffeisen.lu

Sous réserve d'acceptation du dossier par la Banque.



Raiffeisen

Conditions
spéciales
jusqu'au
28/02/2026

Le Luxembourg, l'un des pays les plus sûrs d'Europe

Bonne nouvelle : le Luxembourg figure parmi les pays européens où les routes sont les plus sûres. Toutefois, le niveau de sécurité routière varie considérablement d'un pays à l'autre.

Si l'on évoque beaucoup l'harmonisation européenne dans plusieurs secteurs, en matière de sécurité routière, l'Europe a encore beaucoup de chemin à parcourir. Sur la base de données de 2024 fournies par le Conseil européen de la sécurité des transports (ETSC), Vignettesuisse a établi un classement des pays les plus sûrs et de ceux où la prudence est de mise.

Les pires conducteurs européens

Selon ces données, ce sont globalement les anciens « pays de l'Est » qui font figure de plus mauvais élèves en la matière. La Serbie est le pays le plus dangereux, avec 78 morts sur les routes pour un million d'habitants, soit un taux supérieur de 73 % à la moyenne européenne. La Roumanie occupe la deuxième place avec 77 décès par million d'habitants, soit 71 % au-dessus de la moyenne de l'UE, suivie de la Bulgarie (74 décès par million d'habitants, malgré l'installation d'une

pléthore de radars automatiques) et de la Grèce (64 décès par million d'habitants, soit une amélioration de trois places par rapport à l'année précédente).

Les routes les plus sûres d'Europe

À l'autre bout du classement, voici les pays où les routes semblent être parmi les plus sûres d'Europe. Dans le classement des cinq pays où il est le plus sûr de conduire, on retrouve la Belgique (malgré l'état parfois désastreux des routes et l'indiscipline notoire des automobilistes locaux), l'Autriche, qui fait jeu égal avec les Pays-Bas, l'Espagne (dont les routes sont globalement bien entretenues et dont les conducteurs sont plus disciplinés qu'on ne le pense généralement) et l'Allemagne.

Le bon classement du Luxembourg

Le Grand-Duché de Luxembourg a réalisé une énorme progression par rapport à sa position précédente ! Il se classe désormais à la sixième place des pays européens les plus sûrs pour les automobilistes, alors qu'il occupait la 18^e place en 2023.

En 2024, le pays n'a enregistré que 18 décès sur les routes. Cela repré-



sente 27 morts par million d'habitants, contre 39,3 seulement un an plus tôt, rapporté à sa population de 672 050 habitants.

Pour parvenir à ce résultat remarquable, le pays a engagé diverses actions : installation de nou-

velles caméras, renforcement des contrôles, lutte contre l'usage du téléphone portable au volant, amélioration de la sécurité pour les cyclistes et révision des limitations de vitesse. Des mesures qui, comme le montrent les chiffres, donnent de bons résultats.

VOLVO

La Volvo EX30 Business Edition



Le SUV compact, 100% électrique

À partir de 33.770€ TTC**

À partir de 299€ TTC/mois*

17,0 - 19,0 kWh/100 km | 0 g CO₂/km (WLTP)

*299 Eur TTC / mois en Private lease version LIGHT. Conditions valables pour une Location Longue Durée sur 36 mois et pour 30 000 kms avec apport initial de 5.000 € TVAC. Loyer calculé après déduction de la prime gouvernementale applicable. Offre Via Volvo Car Fleet Services (division d'Axus Luxembourg SA) - 270 route d'Arlon L-8010 Strassen. Offre faite sous réserve d'acceptation par l'assureur crédit. **Prix net et remise calculés pour une EX30 BEV 69kWh SM EXT. RANGE CORE Business Edition.

Scandia Luxembourg
Route de Thionville 184,
L-2610 Luxembourg
tél : 27 77 41

Scandia Diekirch
9-11 Fridhaff,
L-9379 Diekirch
tél : 81 24 99

EN SAVOIR PLUS

Scandia

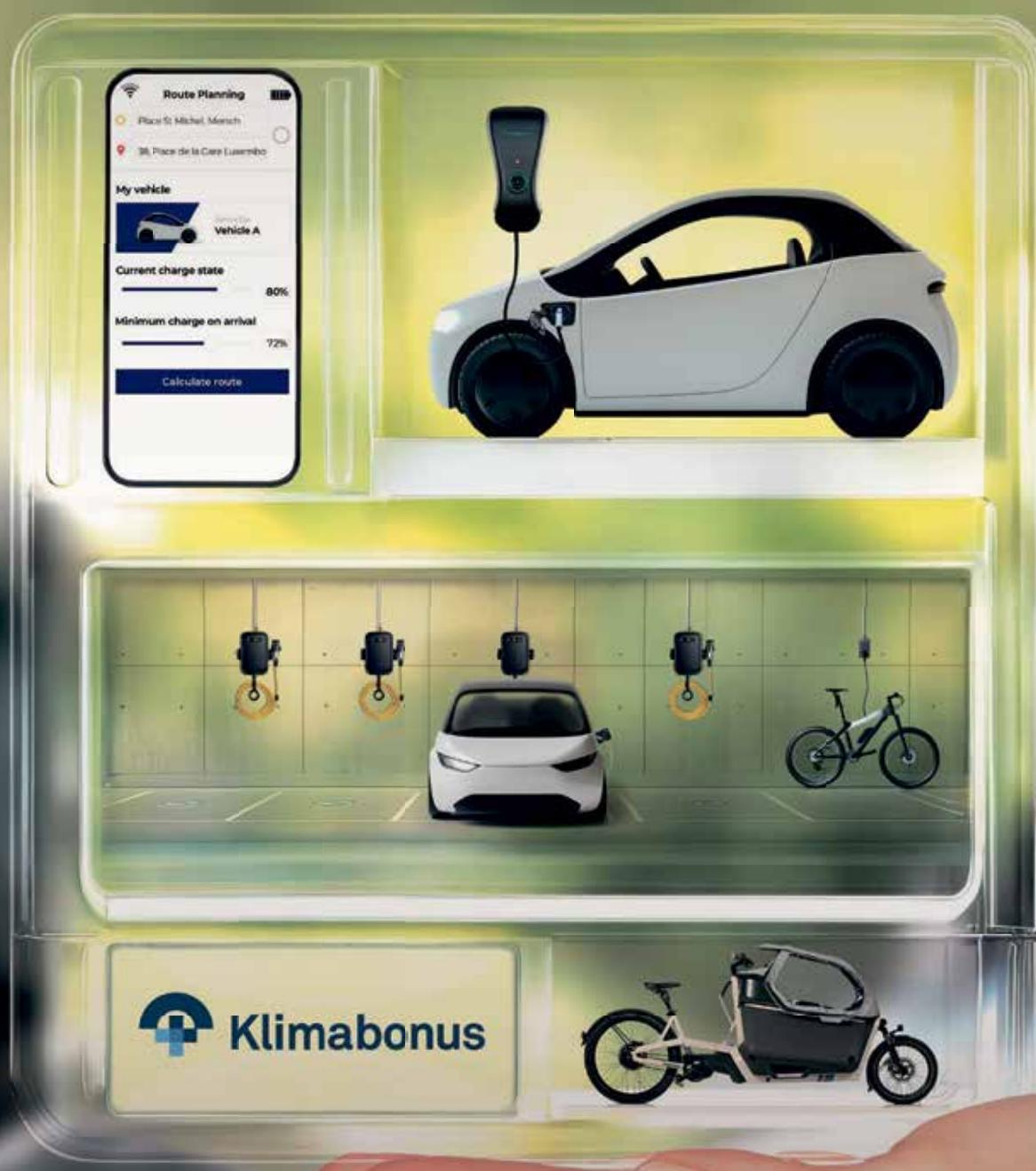
www.scandia.lu

Scandia Luxembourg

Scandia Diekirch

EN SAVOIR PLUS

ALLES OP ENGER PLAZ FIR ÄREN ELEKTROMOBILITÉITSPROJET



klima-agence.lu

Wieselt mat eiser onofhängeger a gratis
Berodung op Elektromobilitéit a
profitéiert vun de Klimabonus-Bäihellefen.



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG



**klima
agence**
Shaping our
future together

Infrastructures de charge en résidence : relever les défis, avancer avec des solutions claires



Avec l'essor de la mobilité électrique, les besoins de solutions de charge à domicile se multiplient, y compris dans les résidences. Klima-Agence propose des outils pratiques pour guider les copropriétaires et les syndics dans leurs projets.

Installer une borne dans une résidence peut parfois présenter quelques défis. Les projets impliquent souvent plusieurs acteurs : copropriétaires, syndic, gestionnaire de réseau, mais aussi des prestataires techniques. Il faut clarifier les besoins et les contraintes techniques, choisir le matériel adapté et prévoir une solution évolutive et ouverte pour répondre aux besoins futurs d'autres copropriétaires.

Des défis bien réels pour les copropriétés

Les immeubles existants disposent souvent d'une **capacité électrique limitée**, qui ne permet pas d'alimenter plusieurs bornes en simultané sans adaptation. À cela s'ajoutent des questions d'**allocation de puissance, de gestion des pics de consommation, de répartition des coûts**, de conformité et de coordination entre syndics, installateurs et résidents.

En copropriété, des systèmes collectifs de gestion intelligente de la charge sont indispensables à partir de quatre emplacements de charge. Ils permettent de maîtriser la puissance disponible du bâtiment et de la répartir de manière équitable entre les copropriétaires qui chargent.

Un accompagnement spécialisé pour les résidences

Pour guider les résidences à travers ces décisions, Klima-Agence propose un soutien spécialisé.

Notre **experte en infrastructures de charge en copropriété, Nagisa Ueno**, accompagne les copropriétaires et syndics pendant toutes les étapes : démarches administratives, compréhension des contraintes électriques et des solutions techniques proposées, explication des devis, identification des solutions cohérentes pour votre bâtiment.

L'objectif est de **décrypter, expliquer, rassurer**, pour permettre à chacun d'avancer sereinement, sans devoir maîtriser tous les détails techniques.

Des outils pratiques pour structurer votre projet

Pour préparer votre projet, Klima-Agence met à disposition des supports concrets, adaptés aux réalités du terrain.

La **fiche pratique « Infrastructure de charge en résidence »** accompagne pas à pas les copropriétaires et les professionnels, depuis les premières démarches – demandes d'autorisation et de devis – jusqu'à la réception de l'installation et l'obtention d'aides financières Klimabonus. Un **modèle de cahier des charges** permet d'harmoniser les devis et de s'assurer de n'oublier aucun élément.

Le « **formulaire home check pour les résidences** » permet de collecter

les informations sur l'immeuble : puissance électrique disponible, infrastructures existantes, avancement du projet, personne de contact, plans, etc. Il facilite ainsi la visite d'un prestataire spécialisé et permet d'établir un devis complet et précis.

La **plateforme en ligne bornes.klima-agence.lu** permet de comparer les différents modèles de bornes de charge et les systèmes de gestion intelligente disponibles au Luxembourg, en vérifiant leur compatibilité et leur éligibilité aux aides financières.



PHOTOVOLTAÏQUE

ET BORNES DE RECHARGES POUR VÉHICULES ÉLECTRIQUES

26 95 75 11

www.solartech.lu

Nouvelle méthode de financement pour votre installation photovoltaïque*

Comparez et choisissez le dispositif le plus intéressant pour vous.

Contactez-nous au **26 95 75 11**

*Projet de loi N°8463 introduisant une procédure de préfinancement pour les installations solaires photovoltaïques et [...] modifiant la loi modifiée du 23 décembre 2016 (avis du CE du 29 avril 2025)

Projet de règlement grand-ducal portant exécution de la loi du [jj/mm/aaaa] introduisant une procédure de préfinancement pour les installations solaires photovoltaïques

Exemple d'installation - 15.30kWc

34 PV TrinaSolar 450Wc Full Black
Onduleur Hybride Sungrow SH15T 15kVA
Batterie Sungrow SBR096 9.6kWh

Coût total : 36 270€ TTC

Subvention actuelle 50%
(Prolongation du délai d'établissement de la facture finale au 31/12/26)*
Subvention étatique : 17 188€ HTVA
Prime communale Luxembourg-Ville (50%) : 8 594€ HTVA

Coût réel : 10 488€**

Nouvelle méthode de financement
(Délai de demande financière au 31/12/31)*
Subvention étatique : 12 250€ HTVA
Prime communale Luxembourg-Ville (50%) : 6 125€ HTVA

Coût réel : 17 188€**

**Exemple d'aides. Plus d'informations via la Klima Agence

PROMO - PROMO - PROMO - PROMO - PROMO - PROMO - PROMO - PROMO

SYSTÈME DE SECOURS EN CAS DE PANNE DE COURANT (BACKUP) OFFERT SUR VOTRE INSTALLATION

VALABLE POUR LES COMMANDES PASSÉES JUSQU'AU 31-03-2026

Supervisez votre installation en direct sur votre smartphone ou ordinateur

ENTREPRISE FORMATRICE
MIE BILDER AUSI www.eidm.lu

Fédération des artisans

FGT Fédération du Génie Technique

Solartech® • 18c Duerfstrooss L-9689 Tarchamps • N°TVA : LU28652029 • RCS : B206054

Distraction et conduite ne font pas bon ménage



Des chercheurs se sont penchés sur les nombreuses distractions qui peuvent représenter un danger lors de la conduite d'un véhicule. Le téléphone, le navigateur GPS, la conversation avec les passagers, etc., sont notamment épinglés.

Selon plusieurs études, la distraction au volant est l'une des causes les

plus fréquentes d'accidents. Certaines sources de distraction sont toutefois largement sous-estimées.

Plus de distraction, moins de concentration

En voiture, les sources de distraction sont extrêmement nombreuses : téléphone avec kit mains libres,

radio allumée, navigateur GPS, multiples écrans et informations disponibles sur le tableau de bord, et même les conversations avec les autres passagers.

Toutes ces activités peuvent empêcher l'automobiliste de se concentrer entièrement sur la route et les autres usagers (voitures, camions, vélos, motos, trottinettes, scooters, etc.). Ces distractions peuvent potentiellement entraîner des situations à risque en augmentant le temps de réaction en cas d'urgence.

Une récente étude menée par des chercheurs de l'université Fujita Health (Japon) et publiée dans la revue scientifique très réputée PLOS Ecosystems s'est penchée sur les gestes et comportements susceptibles de distraire le conducteur.

Des réactions fortement ralenties

Dans le cadre de cette étude, les chercheurs japonais ont demandé à 30 adultes de réaliser une tâche sur écran : regarder le plus vite possible des points lumineux clignotants apparaissant de façon aléatoire, tout en répondant à voix haute à diverses questions. Ils ont ensuite

répété l'expérience sans effectuer d'autre tâche.

Le résultat a été éloquent : tenir une conversation ralentit significativement le temps de réaction, les participants mettant plus de temps à focaliser leur regard sur l'événement. Ce qui peut avoir de graves conséquences sur la conduite et la capacité de réaction face à une situation d'urgence.

Converser ou conduire, il faut choisir

Les chercheurs expliquent ce résultat par la « charge cognitive » : lorsque l'on parle (en conversant avec un passager ou en téléphonant en kit mains libres), le cerveau doit simultanément traiter des informations, planifier et formuler la parole. Ce processus complexe entre alors en concurrence avec d'autres tâches, telles que la conduite.

En revanche, l'écoute d'un podcast, d'un livre audio ou d'une émission de radio n'influence pas de la même manière les capacités visuelles et de réaction du conducteur, car il s'agit d'une activité passive. Les ressources mentales restent alors suffisantes pour la conduite.

AUTOFESTIVAL
24 JAN - 2 FEV 2026

EXPLORER
100% ÉLECTRIQUE



**À partir de
198€**
TTC*



Assurance & entretien inclus – 36 mois

*Voir conditions en concession et selon disponibilités en stock. Photo non contractuelle.

Ettelbruck - Grand Garage Paul Wengler
Grevenmacher - Garage Schmit & Fils
Wiltz - Garage Schiltz
+352 812 157-41 - www.fordwengler.lu


PAUL WENGLER
GRAND GARAGE ETTELBRUCK

BESTCHARGE
powered by PETRO-CENTER

Hypercharge Réseau
N°1 zu Lëtzebuerg !

Äre Partner a Saachen
Elektromobilitéit !

- Bis 400KW DC
- Direkt bezuelen iwwert d'APP
fir Privatleit a Betriber

fast charging system
for electric vehicles

BESTCHARGE
energy experts
powered by Petro-Center™

GET IT ON
Google Play

Download on the
App Store

QR code

BESTCHARGE Kaart an App mat Accès op méi wéi
950.000 Luedpunkten zu Lëtzebuerg an Europa

Eegene BESTCHARGE Réseau
mat 500 Hypercharge Luedpunkten bis Enn 2026

PETRO-CENTER SA | 2, rue Jean Fischbach | L-3372 Leudelange
Tel : +352 26 37 27 -1 | Fax : +352 26 37 27 900 | petro-center.lu

BESTCHARGE
energy experts
powered by Petro-Center™

SPÉCIAL MOBILITÉ

fonction publique

Ford rend la technologie BlueCruise mains libres accessible à tous



Ford a annoncé aujourd'hui l'élargissement de la disponibilité de BlueCruise, donnant ainsi à des milliers de clients supplémentaires l'accès à la conduite « hands-off, eyes-on » sur autoroute.

Après une première disponibilité sur le Mustang Mach-E en Europe, le système avancé d'aide à la conduite sera introduit sur quatre modèles supplémentaires : Puma, Puma Gen-E, Kuga et Ranger PHEV à partir du printemps 2026.

Dans le monde entier, les conducteurs Ford et Lincoln ont déjà parcouru plus de 888 millions de kilomètres (552 millions de miles) sur autoroute grâce à cette technologie. En élargissant sa disponibilité

à une gamme plus large de modèles Ford, encore plus de clients pourront profiter d'un confort accru et d'une plus grande facilité d'utilisation lors de leurs trajets sur autoroute, arrivant à destination plus reposés et prêts à poursuivre leur journée.

Zones bleues

BlueCruise a été le premier système de ce type à recevoir une homologation en Europe en 2023 lors de son lancement en Grande-Bretagne. Depuis, BlueCruise a été approuvé sur 16 marchés européens, ce qui en fait le système le plus largement disponible dans sa catégorie en Europe. Il donne accès à plus de 135000 kilomètres (84 000 miles) d'autoroutes désignées, appelées « Zones Bleues », permettant ainsi aux clients d'effectuer aisément des trajets transfrontaliers.

Grâce à cette large couverture géographique, un client peut par exemple utiliser BlueCruise dans six pays lors d'un trajet de Stockholm à Rome, un parcours de plus de 2 000 kilomètres (1500 miles), dont près de 25 heures en conduite totalement mains libres.

Conduite Hands-Off, Eyes-On

BlueCruise s'appuie sur les capacités du Ford Intelligent Adaptive Cruise Control (IACC) et assiste le conducteur dans la direction, l'accélération, le freinage, le maintien dans la voie et la distance de sécurité avec le véhicule qui précède. Cela fonctionne grâce à la surveillance des marquages au sol, des panneaux de vitesse et des conditions de circulation, tant aux vitesses d'autoroute qu'en trafic dense.

Lorsque BlueCruise est activé sur une autoroute approuvée, une Zone Bleue, le conducteur peut retirer ses mains du volant à condition de garder les yeux sur la route, ce qui offre un confort supplémentaire lors des longs trajets.

Avant de passer à la conduite mains libres, un véhicule équipé de BlueCruise vérifie que les marquages au sol sont visibles, que le conducteur regarde bien la route et que les autres conditions sont remplies.

BlueCruise utilise une combinaison de radars et de caméras pour détecter et suivre la position

et la vitesse des autres véhicules. Une caméra frontale reconnaît les marquages au sol et les panneaux de vitesse. Pour s'assurer que le conducteur garde les yeux sur la route lorsque ses mains sont retirées du volant, une caméra orientée vers le conducteur suit le regard et la position de la tête, même lorsqu'il porte des lunettes de soleil.

BlueCruise sera disponible sur certains modèles Puma, Puma Gen-E, Kuga et Ranger PHEV du nouveau millésime à partir du printemps 2026, lorsqu'ils seront équipés du « Driver Assistance Pack » et d'une transmission automatique. Les options d'abonnement et les prix seront annoncés à l'approche de la date de commercialisation.



PROFITÉIERT BEI LUXMOTOR VUN DE FORD FESTIVAL KONDITIONEN + 5 JOER GARANTIE (GRATIS)



LUXMOTOR | 
Concessionnaire officiel

LuxMotor SARL

5, rue Henri Tudor
Z.A. Syrdall 1
L-5366 Munsbach
Tél. (+352) 26 12 22-1

LuxMotor SARL

3, rue de l'Avenir
L-3895 Foetz
Tél. (+352) 26 54 41-1

AUTOFESTIVAL
24 JAN - 2 FEV 2026



info@luxmotor.lu
www.luxmotor.lu

THE FIRST OF A NEW ERA.

THE NEW BMW iX3.



Le plaisir de conduire

Informations environnementales : bmw.lu
15,1-17,9 kWh/100 KM • 0 g/km CO₂ (WLTP)
* Infos & conditions sur bmw.lu

Bilia Luxembourg
7, Rue Christophe Plantin
L-2339 LUXEMBOURG
Tel. (+352) 49 19 41-1
bmw@bilia.lu
bilia.bmw.lu

Bilia Mersch
21, Rue de la Gare
L-7535 MERSCH
Tel. (+352) 32 91 11-218
mersch@bilia.lu
bilia.bmw.lu

 **Bilia**



binsfeld

naturstrom **DRIVE**

**Économisez
en rechargeant
votre véhicule au
bon moment et
au meilleur tarif.**

Choisissez
l'offre électricité
qui vous correspond
sur **enovos.lu** ou
sur l'**app MyEnovos**





**Gut wohnen heißt:
gut beraten sein.**

BHW – Ihr Partner für die eigenen vier Wände

**Ihr direkter Link zur
Terminvereinbarung.
Wir freuen uns auf Sie:
info-lux@bhw.lu**



Wohnen ist alles: Leben, Zukunft, Sicherheit. Machen Sie Ihren Traum vom Eigenheim wahr und arbeiten Sie mit einem Partner zusammen, der es versteht, Sie bedarfsgerecht zu unterstützen.

Die CGFP ist der Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst. Als Mitglied der CGFP profitieren Sie von Top-Konditionen, attraktiven Vorzugsdarlehen und von steuerlichen Vorteilen – abhängig von Ihrer individuellen Einkommenssituation für Ihren eigenen Wohnraum.

Am besten Sie sprechen noch heute unverbindlich mit einem BHW Berater über Ihre Möglichkeiten. Nutzen Sie einfach den Link oder rufen Sie die CGFP Hotline 473651 an.

BHW Bausparkasse
Niederlassung Luxemburg
16, rue Erasme
L-1468 Luxembourg Kirchberg
info-lux@bhw.lu
www.bhw.lu

BHW
Gemeinsam für Ihr Zuhause